



**Regierungsprogramm
der CDU-Bremen
für die 17. Legislaturperiode der
Bremischen Bürgerschaft**

**beschlossen auf dem
Landesparteitag der CDU Bremen
am 09. März 2007**

CDU-Regierungsprogramm zur Bürgerschaftswahl 2007

Aus Überzeugung für Bremen und Bremerhaven	3
Bremen: modern, weltoffen, hanseatisch	3
Eine neue Agenda für die Bremer Politik	5
CDU: Mit vollem Einsatz für Bremens Selbstständigkeit	6
Familienleben in Bremen und Bremerhaven	8
Klarer Kompass: Das „C“ in unserem Namen	8
Vorfahrt für Familie	8
Gleiche Rechte und Chancen für Frauen schaffen	9
Für Kinder sorgen	10
Wertvolle Jugend	13
Bildung in Bremen und Bremerhaven	15
Kurswechsel in der Bildungspolitik fortsetzen	16
Berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung	19
Studium, Forschung und Wissenschaft im Lande Bremen.....	22
Studium, Forschung und Wissenschaft im Lande Bremen.....	22
Wissensland Bremen	23
Starke Wirtschaft und Arbeit in Bremen und Bremerhaven	25
Starke Häfen in Bremen erhalten.....	26
Technologie	28
Luft- und Raumfahrt.....	29
Mittelstand.....	30
Überregionale Verkehrsinfrastruktur	34
Tourismus	36
Chance auf Arbeit	38
Attraktives Leben in Bremen und Bremerhaven.....	40
Stadtentwicklung.....	40
Regionaler Verkehr	43
Umwelt.....	46
Kulturstadt – Stadtteilkultur	53
Leben mit Behinderungen.....	55
Kirchen und Religionsgemeinschaften.....	56
Ein sicheres Leben gewährleisten	56
Schlagkräftige Justiz	63
Ausländerintegration mit Zukunft	66
Gesundes Gesundheitswesen	68
Verbraucher ist jeder.....	69
Bremen und Bremerhaven bewegen	70
Aktiv im Alter	74
Starke Verwaltung in Bremen und Bremerhaven	78
Politik vor Ort	78
Verwaltung für die Bürger	79
Öffentlicher Dienst	81
Bremen in der Region	82
Finanzen in Bremen und Bremerhaven	84
Bremen dauerhaft aus der Schuldenfalle befreien	84
Bremens Selbstständigkeit sichern – Zukunftschancen wahren	87

1 **Aus Überzeugung für Bremen und Bremerhaven**



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven,

in Ihren Händen halten Sie das Regierungsprogramm der Bremer CDU für die kommenden Jahre. Sie werden feststellen: Wir haben uns viel vorgenommen. Große und schwierige Aufgaben liegen vor uns. Wir wollen uns diesen Herausforderungen stellen und Ihnen mit diesem Programm unseren Weg für Bremen zeigen. Sie werden merken, dass wir stolz sind auf das, was wir in der Regierungsverantwortung zusammen mit Ihnen in den vergangenen Jahren für unser Land erreicht haben. Wir sind stolz auf den neuen und frischen Wind der Veränderung, der dank unserer Regierungsbeteiligung durch Bremen weht.

Bremen: modern, weltoffen, hanseatisch

Bremen ist ein schönes Land. Bremen ist das Land, in dem wir gerne leben. Bremen ist das Land, in dem es sich gut leben lässt. In Bremen fühlen wir uns wohl, alte Hanseaten genauso wie Zugezogene und Neubürgerinnen und Neubürger. Wir stehen für ein modernes, weltoffenes Bremen, das sich seiner Geschichte bewusst ist, seine Traditionen pflegt und in dem Werte wie Toleranz, Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und Leistungsbereitschaft mit Leben erfüllt werden. Wir Christdemokraten haben die Entwicklung dieses Landes in den letzten 12 Jahren maßgeblich gestaltet. Denn Sie, die Bürgerinnen und Bürger, haben uns immer wieder ihr Vertrauen geschenkt, die umfangreichen Aufgaben zu meistern und unser Land voran zu bringen.

Die CDU ist der Garant dafür, Bremen mit einer klaren und an den Stärken des Landes orientierten Politik lebenswert und zukunftssicher zu erhalten. Gerade in Zeiten des Umbruchs und der knappen Ressourcen ist eine verantwortliche Landes- und Kommunalpolitik Voraussetzung dafür, dass wir auch morgen noch gerne in Bremen und Bremerhaven leben.

Bremen und die CDU – eine Erfolgsgeschichte

Wir haben maßgeblichen Anteil daran, dass die Große Koalition für das Land Bremen ein Erfolgsmodell ist:

Wir haben durch eine kluge Wirtschaftspolitik in unseren beiden Städten ein starkes Wachstum geschaffen und den Anschluss an die übrigen Länder wieder gefunden. Wir haben die bremischen Häfen stark und wettbewerbsfähig gemacht. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wieder die Möglichkeit haben, in Bremen und Bremerhaven zu arbeiten. Deshalb haben wir von Anfang an in die Zukunft Bremens investiert. Allein im Technologiepark Bremen haben sich infolge unserer Investitionspolitik mehr als 300 Unternehmen mit mehr als 6000 Arbeitsplätzen angesiedelt.

Wir haben in der Bildungspolitik radikal umgesteuert. Die Kinder in den Schulen im Land werden wieder zunehmend nach ihren individuellen Begabungen gefordert und gefördert. Ihnen und ihren Eltern wird wieder vermittelt, dass Leistung zählt und dass jeder nach seiner Befähigung, nach seinen Neigungen und seinen Begabungen eine gerechte Bildungschance hat. Wir haben uns für neue Ausbildungsplätze stark gemacht, und wir haben 500 Millionen Euro in die Stärkung der Hochschulstandorte Bremen und Bremerhaven investiert – mit Erfolg: Die Universität Bremen als ehemalige „rote Kadenschmiede“ hat es dank unseres neuen Wissenschaftskurses in die Endrunde des Exzellenzwettbewerbs geschafft und ist bei der Einwerbung von Drittmitteln unter den fünf besten Universitäten Deutschlands. Und wir haben inzwischen sogar eine erfolgreiche Privatuniversität in Bremen.

Wir haben Bremen im wahrsten Sinne des Wortes einen „neuen Anstrich“ gegeben. Wir haben Bremen und Bremerhaven für die Einwohner, aber auch für unsere Gäste attraktiv gemacht. Die Menschen sind vom Universum, dem Deutschen Auswandererhaus, den Museen, den Theatern, der Schlachte und von den Einkaufsmöglichkeiten in unseren beiden Städten begeistert. Unser Bundesland gewinnt Einwohner: Bremen wächst! Es gibt zahlreiche attraktive Wohnangebote für die Menschen, die in unserem Bundesland wohnen und leben wollen. Ein ähnlich stabiles Wachstum der Einwohnerzahl gab es in Bremen zuletzt vor vierzig Jahren!

Wir haben Sicherheit und Ordnung wieder hergestellt. Hierfür war nicht nur ein anderes politisches Klima notwendig, durch das die Beschäftigten der Polizei und der Ordnungsbehörden wieder die Rückendeckung der Politik spüren. Dazu gehörte auch eine umfassende Polizeireform, die inzwischen Früchte trägt. Diese zeigen sich zum Beispiel am Rückgang der Straftaten um fünf Prozent. Die Polizeireform war außerdem die Voraussetzung, um auf die Zwischenfälle auf der Discomeile oder den Drogenhandel im Viertel richtig und konsequent reagieren zu können.

Wir haben dazu beigetragen, dass Bremen wieder etwas zählt in Deutschland und dass die Bremerinnen und Bremer stolz auf ihr Land sein können. Bremen hat nicht nur eine unverwechselbare Geschichte und ein ebenso unverwechselbares Stadtbild,

sondern auch allen Grund optimistisch in die Zukunft zu blicken. Bremen ist eine erlebnisreiche und eindrucksvolle Stadt. Wir sind ein profilierter Logistik- und Technologiestandort. Wir waren 2005 „Stadt der Wissenschaft“. Wir haben ein Wirtschaftswachstum, das deutschlandweit seines gleichen sucht, und wir haben Menschen, die in bester hanseatischer Bürgertradition anpacken und an einem Strang ziehen, wenn es darum geht, Bremen voran zu bringen.

Das Land steht vor großen Herausforderungen

Mit dem vorliegenden Programm wollen wir aber nicht in die Vergangenheit, sondern vor allem in die Zukunft blicken. Und dort gibt es für die CDU noch eine Menge zu tun: in unseren bisherigen Schwerpunkten, aber auch darüber hinaus.

Die vergangene Wahlperiode der Großen Koalition stand unter der Leitlinie „Sparen und gezielt in die Zukunft investieren“. Angesichts der schwierigen Haushaltslage Bremens werden wir auch weiterhin alles tun müssen, um die Landesfinanzen zu sanieren. Dies ist erforderlich, um die Selbständigkeit unseres Bundeslandes zu erhalten, aber auch, um die Handlungsfähigkeit des Staates wieder herzustellen. Auf diese Handlungsfähigkeit sind vor allem die Schwachen in unserer Gesellschaft angewiesen.

Andere große Probleme, vor der die Landespolitik seit Jahren steht und die sich nur nach und nach lösen lassen, sind der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit und die Bewältigung des tief greifenden Strukturwandels, in dem sich die früher vor allem vom Schiffbau geprägte bremische Wirtschaft nach wie vor befindet. Diese Themen wollen wir auch in den nächsten vier Jahren anpacken. Trotzdem wird es für eine Fortsetzung der Regierungsbeteiligung der CDU kein einfaches „weiter so“ geben, sondern wir werden neue Schwerpunkte setzen.

Eine neue Agenda für die Bremer Politik

Im Mittelpunkt unserer Regierungspolitik in den nächsten vier Jahren wird die Frage stehen, wie wir das gesellschaftliche Zusammenleben in Bremen und Bremerhaven gestalten können. Welche Werte und welches Klima sollen unsere Stadtgesellschaften prägen? Angesprochen sind damit neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die für uns Priorität Nummer Eins bleibt, Herausforderungen wie die weitere Verbesserung der Chancengleichheit im Bildungswesen, eine stärkere Förderung von Familien, aber ebenso ein effektiver Schutz von Kindern vor Gewalt und Vernachlässigung, die Integration von Zuwanderern in unsere Werteordnung oder der demographische Wandel, der unsere beiden Städte grundlegend verändern wird. Diese und andere Themen aus den Bereichen Bildung, Familien, Soziales und Wertevermittlung verlangen einen großen Einsatz von uns allen. Dies ist genauso notwendig, um heutigen und künftigen Generationen gleichermaßen ein Leben in Wohlstand zu sichern, wie eine gute Innen- oder Wirtschaftspolitik notwendig ist, um die wir uns selbstverständlich weiterhin intensiv kümmern werden.

Die Bremer CDU stellt sich dieser Aufgabe. Wir wollen das Land voranbringen. Wir werden eine erneute Regierungsbeteiligung für weitere strukturelle Veränderungen in Bremen nutzen. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt stärken, ohne die Leistungsträger in der breiten Mitte unserer Gesellschaft zu überfordern. Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern Perspektiven bieten und Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe eröffnen. Dazu gehört, den Menschen Mut zu machen zur Anstrengung sowie das Vertrauen in ihre eigene Zukunft und in die Zukunftsfähigkeit des Landes zu stärken. Die CDU ist der verlässliche Partner in Bremen, der mit Konstanz und Konsequenz an diesen Zielen arbeitet. Ich möchte Sie gewinnen, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen.

CDU: Mit vollem Einsatz für Bremens Selbstständigkeit

In der kommenden Wahlperiode steht Bremen vor der größten Herausforderung seiner Nachkriegsgeschichte. Auch wenn wir hinsichtlich des Erfolges der Bremer Klage in Karlsruhe zuversichtlich sind, lässt sich nicht mit Sicherheit voraussehen, wie das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ausgehen wird. Dasselbe gilt für die Verhandlungen mit der Großen Koalition in Berlin und den anderen Ländern über die zweite Stufe der Föderalismusreform. Mit einem rot-grünen Senat würde Bremen bei diesen Verhandlungen weder überzeugen noch bestehen können. Denn nirgendwo sonst in Deutschland gibt es noch rot-grüne Landesregierungen. Eine Fortsetzung der Großen Koalition ist die einzige realistische Alternative, damit Bremen sich optimal für Verhandlungen auf Augenhöhe mit dem Bund und den Ländern aufstellt.

Erst nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und nach dem Abschluss der Verhandlungen über die zweite Stufe der Föderalismusreform wird absehbar sein, wie sich die Finanzlage Bremens weiter entwickelt. Daher haben wir in diesem Wahlprogramm ganz bewusst auf Versprechungen verzichtet, deren Einhaltung wir nicht garantieren können. Ich verspreche Ihnen den vollen Einsatz der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der CDU in der Bürgerschaft, in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven und in den Beiräten zum Wohle des Landes und der Menschen, die in ihm leben. Wir Christdemokraten haben in der Vergangenheit bewiesen, dass wir in der Lage sind, die Entwicklung dieses Landes verantwortungsvoll zu gestalten. Das gilt auch und gerade für schwierige Zeiten wie diese.

Lassen Sie uns Bremen und Bremerhaven gemeinsam voranbringen!

Überzeugen Sie sich auf den folgenden Seiten von unseren Vorstellungen und Ideen. Prüfen Sie unseren Plan, mit dem unsere Städte die Herausforderungen der Zukunft meistern sollen. Dies ist kein Programm allein für die nächsten 4 Jahre, es enthält Projekte, die über 2011 hinaus wirken.

Bei der Gliederung des Programms haben wir uns von der Idee leiten lassen, unsere Ziele und Standpunkte anhand der wichtigsten Lebensphasen ausführlich darzustellen. Am Ende des Programms finden Sie zudem ein Stichwortverzeichnis zur schnellen „Navigation“.

Bitte bedenken Sie auch: Bei dieser Wahl sind die Karten neu gemischt. Es gibt im Senat keinen Henning Scherf mehr und die SPD will keine Aussage zur Fortsetzung unserer erfolgreichen Zusammenarbeit machen. Deshalb gilt: Wer am 13. Mai 2007 die Fortsetzung der Großen Koalition will, der muss dieses Mal CDU wählen!

Schenken Sie der Bremer CDU und mir Ihr Vertrauen. Beauftragen Sie uns mit Ihrer Stimme am 13. Mai 2007, das Land Bremen – zusammen mit Ihnen – zukunftsfähig zu gestalten. Ich will mit einer Starken CDU im Senat für ein starkes Bremen kämpfen!

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Thomas Röwekamp', written in a cursive style.

Thomas Röwekamp

Bürgermeister

Familienleben in Bremen und Bremerhaven

Klarer Kompass: Das „C“ in unserem Namen

Gute und verantwortungsvolle Politik fängt bei unseren Kindern an. Eine gute Politik ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern eine Frage von Werten und Überzeugungen. Als wir in Bremen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe Vorfälle erlebt haben, in denen der Staat schlicht versagt hat, hat sich eines schnell gezeigt: Die Ursache hierfür waren nicht die finanziellen Ressourcen.

Die Sozialausgaben sind der größte Posten im Landeshaushalt, und es gibt in Bremen für nahezu alles und jeden Hilfsangebote. Der Staat hat nach unserer Überzeugung aber deshalb versagt, weil den Verantwortlichen das Wesentliche gefehlt hat: ein klarer Kompass.

Die CDU hat einen solchen klaren Kompass. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen. Der Mensch verfügt über besondere Fähigkeiten, wie Selbstreflexion, planende Vorausschau, Vernunft und Kreativität, die ihn über die übrige Schöpfung erheben und in die Lage versetzen kann, sie zu verändern und die Umwelt zu gestalten. Aus der Fähigkeit, in freier Entscheidung selbst zu handeln und eine Unterteilung in Gut und Böse zu treffen, ergibt sich eine besondere Verantwortung des Menschen: Vor sich selbst, vor seinen Mitmenschen und vor Gott dem Schöpfer.

Das „C“ in unserem Namen ist uns Verpflichtung. Die Politik der CDU stellt die Menschen mit ihren in den Menschenrechten verbürgten Grundansprüchen in den Mittelpunkt aller politischen Überlegungen. Wir sagen nicht nur ein klares Ja zu Freiheit und Verantwortung und damit zum Subsidiaritätsprinzip. Die CDU steht auch für Solidarität, Toleranz, Ehrlichkeit und Mitgefühl in unserer Gesellschaft, für politische und gesellschaftliche Mitwirkung und soziale Grundrechte. Wir treten für die Schwachen ein und sorgen für ein soziales und gleichberechtigtes Miteinander. Unsere Politik setzt sich ein für Gerechtigkeit. Diese Werte halten unser Gemeinwesen zusammen und ermöglichen sozialen Frieden. Dabei sind wir offen für jeden, der die Würde und die Freiheit aller Menschen anerkennt und die daraus folgenden Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Auf diesem Fundament baut das gemeinsame Handeln von Christen, Andersgläubigen und Nichtgläubenden in der CDU auf. Diesen Wertekompass gilt es, bereits unseren Kindern zu vermitteln.

Vorfahrt für Familie

Wir wollen als CDU in Bremen und Bremerhaven ein Klima schaffen, das jungen Menschen den Mut zu einer Familie gibt. Familie ist für uns überall dort, wo Erwachsene und Kinder füreinander Verantwortung tragen.

Wir wollen die grundlegenden Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unserem Land legen. Nicht selten entscheiden sich junge Menschen

gegen Kinder, weil sie Sorge haben, damit dauerhaft oder zumindest für einen längeren Zeitraum aus dem Beruf ausscheiden zu müssen. Für die einen bedeutet dies erhebliche finanzielle Schwierigkeiten, für andere die Sorge, dass sie nach längerer Abwesenheit den Wiedereinstieg ins Berufsleben nicht mehr schaffen. An dieser Stelle wollen wir tätig werden. Für uns ist das Wohl des Kindes, die Gewissheit einer guten Betreuung, Erziehung und Schulbildung eine Schlüsselfrage für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit.

Dabei wollen wir insbesondere die lokalen Bündnisse für Familie mit Leben füllen. Bremen und Bremerhaven können durch familiengerechte Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebote und eine familienfreundliche Stadt- und Verkehrspolitik zu familien- und kinderfreundlichen Städten werden.

Im Übrigen akzeptieren wir die Lebensrealitäten und stehen zu dem seit Januar 2005 geltenden Lebenspartnerschaftsrecht, das Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung gleiche Chancen bietet. In Übereinstimmung mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stehen wir für weitere Schritte, zur rechtlichen Stärkung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften.

Gleiche Rechte und Chancen für Frauen schaffen

Gleiche Chancen für Frauen und Männer zu schaffen, ist eine wichtige Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder und Lebensbereiche betrifft. Wir setzen uns für eine an den Bedarfen des Lebens orientierte Unterstützung der Frauen in unserer Gesellschaft ein.

Trotz deutlicher Fortschritte, beispielsweise durch die Einführung des Gender Mainstreaming als gleichstellungspolitisches Steuerungsinstrument in die Bremer Landespolitik, bestehen nach wie vor Defizite, die wir gezielt angehen werden.

So gibt es noch immer keine umfassende Teilhabe von Frauen an Führungsaufgaben in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Fähigkeiten, die Frauen in unserer Gesellschaft in das Berufsleben einbringen, müssen sich stärker in der Erwerbsquote insgesamt und in der Übertragung von Führungsverantwortlichkeit wieder finden. Noch deutlicher ist die Diskrepanz beim akademischen Nachwuchs. In diesem Bereich wollen wir erreichen, dass bereits in den Satzungen und Verträgen der Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen auf eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen hingewirkt wird.

Ebenso wichtig ist uns die gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung von Haus- und Familienarbeit. Frauen sind hier die Hauptleistungserbringer. Dieser Tätigkeit gebührt ebenso große Anerkennung wie einer Erwerbstätigkeit. Sie sollte sich auch durch die Anerkennung der dabei erworbenen Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt beim späteren Aufgreifen einer Erwerbstätigkeit vorteilhaft auswirken und durch den Erwerb von Ansprüchen gegenüber der Sozial- und der Rentenversicherung abgesichert werden.

Auch im Bereich der Stadtplanung und der Stadtteilentwicklung werden die Vorstellungen von Frauen Berücksichtigung finden. In Findorff sind zur Erarbeitung des Stadtteilkonzepts frauen- und familiengerechte Vorschläge in Workshops mit Müttern und Vätern entwickelt worden und in das Stadtteilkonzept eingeflossen. Diese Sichtweise wollen wir auch bei weiteren Stadtteilkonzepten berücksichtigen. Die Stadtplanung hat in Zusammenarbeit mit der Bremer Polizei begonnen, mit Hilfe des so genannten „Monitorings“ systematisch Angst- und Gefahrenorte in Bremen auszumachen. In vielen Stadtteilen sind Wege, Unterführungen und Haltestellen hell und übersichtlich umgebaut worden. Inzwischen gibt es in einigen Bremer Parkhäusern helle und auch mit Kinderwagen gut erreichbare Frauen- und Eltern-Kind Parkplätze.

Für die an den Bedarfen des Lebens orientierte Unterstützung der Frauen in unserer Gesellschaft sind weitere Anstrengungen notwendig, denen wir uns konsequent stellen werden:

- Wir stärken Existenzgründerinnen durch politische Initiativen und praktische Unterstützung.
- Wir stehen für die Fortführung des Gender-Mainstreaming-Konzepts und setzen uns dafür ein, dass die Bremische Verwaltung hierbei eine Vorreiterrolle einnimmt.
- Wir werden die Menschenrechte der in Deutschland lebenden Mädchen und Frauen aus dem muslimischen Kulturkreis aktiv fördern und schützen.
- Wir bekämpfen auch die Nötigung zur Zwangsheirat mit allen Kräften.
- Wir stehen für die Fortsetzung und Ausweitung der erfolgreichen Projekte zur Berücksichtigung frauenspezifischer Belange bei der Stadtplanung.

Für Kinder sorgen

Kinder zu haben, bedeutet mehr, als Kinder zu bekommen. Eltern sind an allererster Stelle für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich. Sie sind zur Erziehung und Fürsorge berechtigt und verpflichtet. Dabei gehört es zur freien Entscheidung der Eltern ob sie ihrer Erziehungsverantwortung allein erziehend, gemeinsam mit einem Partner, mit oder ohne eine berufliche Tätigkeit ausfüllen. Nur dort, wo Eltern ihre Fürsorgepflicht und Erziehungsverantwortung nicht ausfüllen können oder wollen, muss der Staat mit umfassenden Hilfemaßnahmen eingreifen.

Wir müssen den Kindern aus solchen Problemfamilien das geben, was ihre Eltern ihnen verweigern: Liebe, Zuneigung, Geborgenheit, Vertrauen, Aufmerksamkeit und Erziehung. In unseren beiden Städten haben wir eine Reihe von Hilfesystemen, die wir auf ihre Effizienz überprüfen und viel stärker miteinander vernetzen müssen. Ebenso ist für uns von besonderer Bedeutung, schnellstmöglich ein **soziales Frühwarnsystem** aufzubauen. Durch die Verzahnung von Leistungen der Gesundheitshilfe sowie der Kinder- und Jugendhilfe wollen wir ein umfassendes

Betreuungsnetzwerk errichten. Dazu gehört für uns auch die Einführung **verbindlicher Vorsorgeuntersuchungen für Kinder** von der Geburt bis zum 6. Lebensjahr (**U 1 bis U 9**), um möglichst alle Kinder in diesem Alter erreichen zu können. Wenn Eltern ihren Kindern diese Untersuchungen vorenthalten, muss ein umfassendes Hilfesystem von Hebammen und Familienhilfe einsetzen. Unser vordringliches Ziel ist es, den **Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Misshandlung** zu verbessern.

Wir stehen als CDU Bremen für eine konsequente **Sozialpolitik eines starken Staates**, der die Schwachen beschützt und im Notfall regelnd eingreift. Ein Kind drogenabhängiger Eltern gehört nicht in den Kreislauf von Sucht, Krankheit und Prostitution. Es gehört behütet und beschützt durch staatliche Stellen oder in die Obhut einer Pflegefamilie. Wenn Eltern ihrer Verantwortung gegenüber ihrem Kind nicht nachkommen, indem sie staatliche Hilfsangebote und Möglichkeiten nicht wahrnehmen, muss das sanktioniert werden. Zum Wohle der Kinder müssen wir kontrollieren und effektiv durchsetzen, dass Eltern ihre Verpflichtungen erfüllen. Anderenfalls müssen sie ihren Anspruch auf staatliche Leistungen verlieren.

Wir werden uns nicht damit abfinden, dass immer mehr Kinder in unserem Land in Armut leben. Deshalb werden wir in Zukunft den Sanierungskurs unseres Landes konsequenter auf die Schaffung Existenz sichernder Arbeit für Familien ausrichten. **Kinderarmut** bedeutet aber nicht nur materielle Armut. Sie bedeutet für viele Kinder die Armut an Liebe, Aufmerksamkeit und Geborgenheit, das Fehlen von Erziehung und Wertevermittlung, Nachteile in der gesundheitlichen Versorgung und soziale Ausgrenzung. Wo Eltern nicht in der Lage sind, ihren Kindern diese Dinge zu geben oder zu vermitteln, muss der Staat durch seine Erziehungsmöglichkeiten und mit Fürsorge eingreifen.

Auf den Anfang kommt es an

Kinderbetreuung beginnt nicht mehr mit dem klassischen Kindergartenmodell für die Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren. Umfassende Kinderbetreuung setzt bereits bei den Kindern unter drei Jahren an. Obwohl wir in den letzten Jahren bereits erste wichtige Erfolge erzielen konnten, richten wir hierauf auch weiterhin unser besonderes Augenmerk.

Ein entscheidender Schritt auf diesem Weg war die Verabschiedung des **Tagesbetreuungsausbaugesetzes**. Erst durch die Bereitstellung der finanziellen Mittel durch die von der CDU geführte Bundesregierung wurde es in Bremen und Bremerhaven möglich, die Betreuung unserer Kinder quantitativ und qualitativ zu erweitern.

Ein weiterer wichtiger Erfolg in diesem Bereich ist die Einführung des **Elterngeldes** zum 1. Januar 2007. Es soll Eltern ohne große finanzielle Einbrüche ermöglicht werden, die erste Zeit nach der Geburt für das Kind da zu sein und zu Hause bleiben zu können.

Wir haben hart daran gearbeitet, das Angebot der **Kinderbetreuung** in Bremen auszuweiten, durch flexible Öffnungszeiten, eine vergrößerte Angebotspalette und Betreuungsformen, die sich um frühkindliche Bildung bemühen. Damit haben wir wichtige Schritte für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf getan. Wer seine Kinder gut betreut weiß, kann sich mit voller Kraft auf die Erwerbstätigkeit konzentrieren, um den nötigen Unterhalt für die Familie zu verdienen.

Ungeachtet unserer Anstrengungen mussten wir jedoch feststellen, dass der seit Jahrzehnten von der SPD zu verantwortenden Sozialpolitik im Land Bremen Grenzen gesetzt sind. So war es in der Vergangenheit nicht möglich, eine für die Menschen in unserem Land verlässliche und zufrieden stellende Sozialpolitik zu etablieren. Und das obwohl mit rund 530 Mio. € etwa $\frac{1}{4}$ der Gesamtausgaben des Landes Bremen in diesem Ressortbereich anfallen. Aus diesem Grund werden wir in Zukunft unseren Fokus noch stärker auf diesen Bereich richten, um die vorhandenen Mittel effektiver einzusetzen für ein kinderfreundliches Bundesland Bremen.

Zum Ausbau eines qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Betreuungsangebotes für Kinder in Bremen sind noch zahlreiche Verbesserungen nötig, die wir konsequent angehen wollen:

- **Betreuung der unter Dreijährigen ausbauen:** Wir werden nicht bei den bisherigen Erfolgen stehen bleiben. Für Eltern, insbesondere berufstätige, ist eine verlässliche Betreuung ihrer Kinder schon in jungem Alter sehr wichtig. Deswegen werden wir konsequent den eingeschlagenen Weg fortsetzen und das von uns durchgesetzte Erfolgsmodell weiter ausbauen.
- **Qualität der Kinderbetreuung verbessern:** Bereits im Kindergarten kann und muss der Grundstein für gute Bildungschancen und Integration gelegt werden. Wir möchten erreichen, dass die ersten Schritte zur Förderung sozialer und sprachlicher Kompetenzen verbindlich gemacht werden. Zusätzliche Verbesserungen wollen wir durch Angebote in musikalischer oder künstlerischer Früherziehung, Fremdsprachenunterricht und altersgemäße Sport- und Bewegungsangebote erreichen.
- **Einführung eines verpflichtenden dritten Kindergartenjahres:** Nach unserer Ansicht ist dies erforderlich, damit unsere Kinder mit gleichen Chancen und auf einem vergleichbaren Stand ihre Schulzeit beginnen können. Nur so werden wir den Übergang von der Kindertagesbetreuung zur Grundschule stufenlos organisieren können.
- **Beitragsfreies drittes Kindergartenjahr:** Wir werden dafür sorgen, dass auch die Kinder in den Kindergarten kommen, deren Eltern sich das nicht leisten können oder wollen. Wir wollen für alle Kinder die gleichen Grundfertigkeiten sicherstellen, wenn sie in die Schule kommen. Nur so können wir Defiziten vorbeugen, die bei der Integration von Kindern mit

Migrationshintergrund, aber auch in Schule, Berufsausbildung, Studium oder am Arbeitsplatz große Probleme hervorrufen können. Wir setzen uns für die Finanzierung über eine bundeseinheitliche Lösung ein. Die durch die Kostenübernahme des Bundes freiwerdenden Mittel werden wir für Personalverstärkungen zur Binnendifferenzierung in Kitas einsetzen.

- **Ausweitung der Betreuungszeiten und betriebsnahe Betreuungsangebote:** Wir wollen eine Ausweitung der Betreuungszeiten und flexiblere Öffnungszeiten in Kindergärten, um durch die längere und variabelere Betreuung eine zusätzliche Erleichterung für berufstätige Eltern zu erreichen. Zudem möchten wir die betriebsnahen Betreuungsangebote ausweiten. Für viele Eltern bedeutet es eine Erleichterung, wenn sie ihre Kinder betriebsnah untergebracht wissen. Unternehmen können auf diese Weise Mitarbeiter stärker binden und Ausfallzeiten reduzieren.
- **Ausbau der Ferienbetreuung:** Wir wollen die Ferienbetreuung ausbauen, um berufstätige Eltern zu unterstützen, sozial benachteiligten Kindern den Tag strukturierende Angebote zu machen und eine ganzjährige Betreuungsmöglichkeit zu gewährleisten.
- **Überführung der Verantwortlichkeit für Kindergärten in das Bildungsressort:** Um einen stufenlosen Übergang von der Kindertagesbetreuung zur Grundschule zu garantieren und in diesem Bereich eine Politik aus einer Hand zu gewährleisten, setzen wir uns dafür ein, die Verantwortlichkeit für die Kinderbetreuung ins Bildungsressort zu geben.

Wertvolle Jugend

Die CDU will den Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven **Selbstbewusstsein, Verantwortungsgefühl und Zukunftsperspektiven** vermitteln. Dazu gehört eine an den gesellschaftlichen Grundwerten orientierte Erziehung. Wir brauchen eine Erziehung, die einen ehrlichen und rücksichtsvollen Umgang miteinander beinhaltet. Immer häufiger ist zu beobachten, dass Eltern nicht die Zeit oder die Kraft haben, ihren Kindern diese Werte zu vermitteln. Daher setzen wir uns für den bedarfsgerechten Ausbau der gebundenen Ganztagschule ein. Hier kann bereits ein wesentlicher Grundstein der Erziehung gelegt werden. Die Jugendlichen sind einen Großteil des Tages betreut und geraten so weniger schnell in einen gefährlichen Kreislauf von Langeweile, überschüssiger Energie und fehlendem Rückhalt.

Ein konkretes Projekt der CDU Bremen ist die auf unsere Initiative beschlossene Möglichkeit der aktiven Teilhabe für Jugendliche an der Politik auf Beiratsebene. Mit der Herabsetzung des Wahlalters bei den Beiratswahlen auf 16 Jahre wollen wir junge Menschen früher für Politik interessieren und sie einbinden.

Zugleich wollen wir durch Verbesserungen im Bildungswesen, Kooperationen zwischen Schulen und Jugendfreizeitheimen bezogen auf die gemeinsame Nutzung

von Räumen, gute Sport-, Freizeit- und Kulturangebote sowie vor allem gute Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in den Jugendlichen den Wunsch wecken, das eigene Leben selbst in die Hand zu nehmen und die sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen.

Wir verlangen aber auch ein ***konsequentes Handeln gegenüber kriminellen Jugendlichen***. Wer wiederholt straffällig wird, kann nicht mehr durch das normale System von Erziehung und Wertevermittlung aufgefangen werden. Hier ist ein konsequentes und hartes Durchgreifen erforderlich, das den betroffenen Jugendlichen ihre Grenzen klar aufzeigt und alle übrigen vor diesen Einflüssen schützt. Auch Jugend schützt vor Strafe nicht.

Bildung in Bremen und Bremerhaven

Bessere Bildung für Bremen – der Anfang ist gemacht

Vergleichsstudien wie PISA, IGLU oder VERA haben nachdrücklich belegt, dass die jahrzehntelang von der SPD verantwortete Bildungspolitik gescheitert ist. Bremen belegt bei diesen Studien den letzten Platz unter den Bundesländern. Die aufgezeigten Defizite sind das Resultat des alten Schulsystems und nicht der Schülerinnen und Schüler. Wir haben das Bildungssystem seither konsequent umgebaut. Nach Jahrzehnten der Gleichmacherei zählt heute an unseren Schulen wieder der Leistungsgedanke. Das ist ein Erfolg unserer Regierungsbeteiligung.

Deshalb sagen wir als CDU ganz klar: Wir brauchen **keine neue Schulstrukturdebatte**. Wir brauchen **keine Einheitsschule**. Wir brauchen gute Schulen für bessere Bildung. Die CDU steht für die Wende in der Bremischen Bildungspolitik.

Gute Schulen für bessere Bildung

Wir haben die **Orientierungsstufe abgeschafft**, weil wir keine Einheitsschule in Klasse 5 und 6 brauchen. Deshalb wird es mit der CDU keine Ausweitung des Modellversuchs der 6-jährigen Grundschule geben. Wir haben **Vergleichsarbeiten und zentrale Abschlussarbeiten** an allen Schulen eingeführt. Deutlich und messbar wird: **Es kommt auf die Leistung an**. Wir haben die Schulzeit an den Gymnasien auf 12 Jahre verkürzt, damit die Ausbildungszeit unserer Jugendlichen im europäischen Vergleich gesenkt. Wir haben das Schulangebot durch 30 neue Ganztagschulen erweitert und zum Schuljahr 2006/07 die **verlässliche und verpflichtende Grundschule** von 8 bis 13 Uhr für alle eingeführt. Eltern können somit Beruf und Erziehungsverantwortung besser vereinbaren, und unseren Kindern wird die Förderung zuteil, die sie brauchen.

Die **Zusammenführung von Haupt- und Realschule zur Sekundarschule** soll die Zukunftsperspektiven der Schülerinnen und Schüler verbessern. Wir haben mit der Einrichtung der Sekundarschule Neuland betreten. Die CDU begleitet die Entwicklung der Sekundarschule intensiv. Unser Ziel ist es, in der Sekundarschule die Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die Kinder brauchen, um sich in Ausbildung und Beruf eine eigene Lebensperspektive aufbauen zu können.

Die Einführung des Rahmenplanes für Bildung und Erziehung im Kindergarten wird helfen, den Elementar- und den Primarbereich besser miteinander zu verknüpfen. Betreuung muss durch zusätzliche Angebote, wie eine musikalische oder künstlerische Früherziehung, einen spielerischen Unterricht in einer Fremdsprache oder altersgemäße Sport- bzw. Bewegungsangebote ergänzt werden.

Wir haben in den vergangenen Jahren rund **330 Millionen Euro** in **Baumaßnahmen, Instandhaltung und Sanierung von Schulgebäuden investiert**.

Wir verfügen über viele attraktive Lernorte. Die Sanierung maroder Schulgebäude hat für uns auch künftig eine hohe Priorität. Zahlreiche Schulgebäude müssen noch saniert werden und auf den heutigen pädagogischen und technischen Stand gebracht werden. Daher werden wir weiter in moderne Schulgebäude investieren. Wir setzen diese Politik fort, um Gebäude, technische Ausstattung und IT-Support auf einem zeitgemäßen Standard zu haben.

Wir haben mit einer konsequenten Ausrichtung die **Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich auf den Weg gebracht**. Neben den Vergleichsarbeiten und zentralen Abschlüssen ist ein kontinuierlicher Prozess zur Qualitätsentwicklung begonnen worden. Die Eltern haben ab der 5. Klasse die freie Schulwahl. Sie können für ihre Kinder die Schule auswählen, die deren Begabungen und Fähigkeiten entspricht. Wir wissen um die hohe Belastung der Lehrerinnen und Lehrer im eingeleiteten Prozess hin zu mehr Qualität in Schulwesen. Begonnene Schritte für ein neues Lehrerberufsbild werden wir fortsetzen.

Auf Initiative der CDU gibt es jetzt einen Leitfaden für die **freiwillige Einführung einheitlicher Schulkleidung** in Bremen. Wir sind überzeugt, dass eine einheitliche Schulkleidung Probleme des Schulalltags, wie das „Abziehen von Klamotten“ oder den zunehmenden „Markenwahn“ von Jugendlichen verringern, Gewalt und soziale Ausgrenzung mindern und zu einer Verbesserung des Schulklimas beitragen kann. Zudem wird die Identitäts- und Profilbildung von Schulen durch einheitliche Schulkleidung gefördert.

Wir haben die Arbeit der Schulen in freier Trägerschaft durch die schrittweise Anhebung der Zuschüsse an den Bundesdurchschnitt gestärkt. Die **Privatschulen** sind für uns eine wichtige und notwendige Bereicherung des staatlichen Schulangebotes.

Wir haben dafür gesorgt, dass der **Unterricht in Biblischer Geschichte** verpflichtendes Lehrfach ist. Als Ersatz kann Philosophie oder der Schulversuch „Islamkunde“ gewählt werden.

Wir stehen weiterhin vor großen Herausforderungen. Wenn wir uns nachhaltig verbessern wollen, dann müssen wir uns besser und schneller entwickeln als andere. Wir haben uns dem Ziel verschrieben, Kindern durchgängige Bildungswege zu eröffnen. Um dies zu gewährleisten, brauchen wir auch künftig ein breites Angebot. **Denn Schulvielfalt ist Chancenvielfalt.**

Kurswechsel in der Bildungspolitik fortsetzen

Es ist bildungspolitisches Ziel der CDU, Kindern das Wissen, die Fähigkeiten und die Kompetenzen zu vermitteln, die sie brauchen, um ihr Leben selbst in die Hand nehmen und später auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können. Wir werden den nach jahrzehntelanger verfehlter Bildungspolitik eingeleiteten Kurswechsel für bessere Schulen und besseren Unterricht fortsetzen. Wir brauchen alle Schülerinnen und

Schüler in unserem Land, müssen ihre Stärken fördern und ihren Schwächen entgegenarbeiten. Wir haben uns folgende Ziele gesetzt:

- **Unterrichtsausfall beseitigen:** Für die CDU hat die Beseitigung des Unterrichtsausfall oberste Priorität. Der vorgesehene Unterricht nach der Stundentafel muss erteilt werden.
- **Mehr Deutschunterricht in der Grundschule:** Deutschkenntnisse sind unabdingbare Voraussetzung für den Lernerfolg. Zu Beginn der Grundschule müssen alle Kinder in der Lage sein, dem Unterricht in deutscher Sprache zu folgen. Dafür brauchen wir eine effektive Sprachstandserhebung. Darüber hinaus wollen wir in der Grundschule die Zahl der Deutschstunden um jeweils eine Stunde in den Klassen 3 und 4 erhöhen.
- **Klassen in der Grundschule verkleinern:** Die CDU Bremen setzt sich für eine deutliche Verkleinerung der Klassen in den Grundschulen auf 22 Kinder ein. Dafür brauchen wir mehr Grundschullehrer. Die Grundlage für den Bildungserfolg wird in der Grundschule gelegt. Am Ende der 4. Klasse brauchen wir deshalb einen vergleichbaren Mindeststandard in den Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen.
- **Benotung in der Grundschule:** Im Sinne der Qualitätsentwicklung benötigen wir Noten und verbindliche Standards für Klassenarbeiten in der Grundschule ab der 3. Klasse. Wir setzen uns für eine Straffung der Zeugnisse in der Grundschule von vier auf eine Seite ein. Die bewährte Verbindung von Bericht und zusammenfassender Note soll beibehalten werden.
- **Bildung aus einer Hand:** Wir wollen eine Bündelung der Verantwortung. Wir setzen uns dafür ein, Kindergärten in die Verantwortung des Bildungssenators zu geben. So können wir in dieser wichtigen Lebensphase Politik aus einem Guss vom Kindergarten bis zum Berufseinstieg gestalten.
- **Gesundheit:** Zusätzlich zur Einführung von verpflichtenden Vorsorgeuntersuchungen für die ersten Lebensjahre wollen wir das Thema Gesundheit verstärkt in den Lehrplan aufnehmen. Armut äußert sich nicht selten in schlechter Ernährung und ungesunder Lebensweise. Oft wäre dies bei richtiger Aufklärung schon mit geringen Mitteln zu ändern.
- **Qualitätsentwicklung für besseren Unterricht:** Wir werden die begonnenen Prozesse zur Qualitätsentwicklung intensivieren und eine langfristige wissenschaftliche Begleitung einführen. Die festgesetzten Leistungsanforderungen in allen Schulstufen und Schularten müssen regelmäßig überprüft und weiter angehoben werden.
- **Defizite früh erkennen und beheben:** Wir werden uns für ein Bildungssystem einsetzen, das Defizite früh erkennt und durch frühe Förderung behebt. Dieses bezieht ausdrücklich den vorschulischen Lernort Kindergarten mit ein. Faktisch ist die Schule heute eine Art „Reparaturbetrieb“

für elterliche Versäumnisse. Schulpflicht und Beschulung in einer Ganztagschule eröffnen die Möglichkeit, vernachlässigten Kindern einen Bezugsrahmen und eine Tagesstruktur für Bildung *und* Erziehung zu geben.

- **Durchgängige Bildungswege:** Vom Kindergarten bis zum Schulabschluss wollen wir durchgängige und durchlässige Bildungswege ermöglichen. Wir werden uns bei der gymnasiale Oberstufe für eine qualitative Verknüpfung von „Profiloberstufe“ und „Zentralabitur“ durch die Festlegung von Kern- und Wahlfächern einsetzen.
- **Ausgewogene Ganztagschulentwicklung:** Die CDU wird den begonnen Aufbau von Ganztagschulen in gebundener Form bedarfsgerecht fortsetzen., wobei die Wahlmöglichkeit der Eltern zwischen der Ganztags- und Halbtagschule bestehen bleibt. Dabei werden wir darauf achten, dass die Ganztagschule als Schulangebot nicht nur für soziale Brennpunkte eingerichtet wird.
- **Bildung der Persönlichkeit:** Bildung ist mehr als die Leistung, die mit Tests - wie beispielsweise PISA – gemessen wird. Der Bildungsauftrag der Schule ist ein allgemeiner und muss die Persönlichkeits- und Charakterbildung durch Erziehung zu Toleranz und Gemeinsinn sowie durch die Vermittlung einer sprachlichen, kulturellen, staatsbürgerlichen, historischen, ästhetisch-musischen und ethisch-moralischen Grundbildung fördern. Wir setzen uns für eine stärkere Verankerung der Wertevermittlung an Schulen ein. Der Unterricht in den Fächern Biblische Geschichte und Philosophie/Ethik muss verstärkt von Fachlehrern durchgeführt werden.
- **Öffnung der Hochschulen:** Wir befürworten eine weitere Öffnung der Hochschulen, damit auch die Schulen diese Infrastruktur nutzen können. Wir setzen uns für den Ausbau der bestehenden Kooperationen, wie das „Frühstudium“, die Kinder-Uni“ an der Jacobs-University oder das „Luft- und Raumfahrtprofil“ in der gymnasialen Oberstufe ein.
- **Fortsetzung des Schulversuchs „Islamkunde“:** Wir werden uns im Rahmen der Landesverfassung für eine Ausweitung des Schulversuchs „Islamkunde“ einsetzen. Für die Integration von zugewanderten Familien muslimischen Glaubens ist er von großer Bedeutung. Für uns ist klar: Der Unterricht muss auf Deutsch, von an deutschen Hochschulen ausgebildeten Lehrkräften und nach Lehrplänen der zuständigen Schulbehörden erfolgen.
- **Integration und Teilhabe:** Integration erfordert Teilhabe. Teilhabe bedeutet für schulpflichtige Kinder mit Migrationshintergrund die Teilnahme an allen schulischen Veranstaltungen. Dies gilt insbesondere für den Sport-, den Schwimm- und den Sexualkundeunterricht, sowie für Ausflüge und Klassenfahrten. Das Kopftuch bei unterrichtendem Personal an Schulen im Lande Bremen lehnen wir ab.

- **Lehrplanreform:** Die Überarbeitung der Lehrpläne ist eine beständige Herausforderung für alle an Schulen in Bremen und Bremerhaven Beteiligte. Wir setzen uns für eine Lehrplanreform nach klaren Vorgaben ein, die die bestehenden Lehrpläne entrümpelt und sie zu einem modernen Leitfaden für die Bildung unserer Kinder macht. Wir wollen die Einführung eines Pflichtfächerkanons für alle Schularten, der in die Lehrerbildung einbezogen werden muss.
- **Eigenverantwortliche Schule:** Wir werden den eingeleiteten Prozess der „Eigenverantwortlichen Schule“ vorantreiben und diesen nach den beruflichen Schulen sukzessive auch auf die allgemein bildenden Schulen ausweiten. Schulen müssen im Rahmen eines festen Kontraktes klare pädagogische und organisatorische Kriterien erfüllen. Sie brauchen Planungssicherheit und Verlässlichkeit.
- **Privatschulen stärken:** Wir unterstützen als CDU das Schulangebot privater Schulen und werden uns für den Einstieg in die im Land Bremen bisher nicht gewährten Investitionszuschüsse einsetzen.
- **Weniger Behörde – mehr Lehrer:** Aufgaben und Struktur der Bildungsbehörde müssen auf den Prüfstand. Im Zweifel sind Lehrer, die unterrichten, wichtiger als Lehrer, die verwalten. Wir brauchen eine Bildungsbehörde, die sich als Dienstleister versteht und eine effektive Schulaufsicht gewährleistet. Lehrkräfte sind ganz besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Damit sie diese meistern können, müssen wir sie dazu befähigen und sie in ihrem Engagement unterstützen. Ohne kontinuierliche und verpflichtende Weiterbildung geht es nicht.
- **Schulsport aufwerten:** Wir sind der Auffassung, dass es im Bereich des Schulsports Veränderungen geben muss. Um die Akzeptanz des Sportunterrichts bei den Schülerinnen und Schülern zu erhöhen, müssen Trendsportarten wie Beachvolleyball, Inline-Skaten oder Klettern in die Lehrpläne aufgenommen und angeboten werden. Außerdem sollte den Schülerinnen und Schülern verstärkt der Zugang zu maritimen Sportarten eröffnet werden. Wir unterstützen die Diskussion über die notwendige Neuausrichtung des Sportunterrichts im Rahmen der Ganztagschulen. Hier gilt es, die sich bietenden Chancen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Vereinen und Verbänden und unter Berücksichtigung ihrer berechtigten Belange zu nutzen und bereits bestehende Kooperationen auszubauen.

Berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung

Eine erfolgreiche berufliche Ausbildung ist der Schlüssel für die Zukunft junger Menschen. Wer Jugendarbeitslosigkeit vermeiden und die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss senken will, muss die berufliche Bildung stärken.

Wir stehen zur **dualen Ausbildung**. Veränderungen der Berufsbilder erfordern allerdings eine Flexibilisierung der Ausbildungsordnungen. Wir befürworten größere Freiräume für die Betriebe in der Handhabung der Ausbildungsordnungen, um auf Herausforderungen schneller eingehen zu können. Neue Berufsbilder brauchen neue Ausbildungsberufe. Die Qualität dualer Berufsausbildung ist eng mit der Qualität der Arbeit in den beruflichen Schulen verbunden. Ein Wettbewerb zwischen den Berufsschulen um das Angebot von Beschulungsleistungen in den verschiedenen Berufsfeldern kann dabei zu einer Verbesserung der Qualität führen.

Im **Berufsschulstandortkonzept** sehen wir die Möglichkeit, die Berufsschule durch die Schaffung starker Berufsschulzentren langfristig gut aufzustellen. Dabei soll die Einrichtung einer Berufsoberschule nicht außer Acht gelassen werden. Die Möglichkeit der Weiterbildung ist für jeden wichtig und für viele eine Chance, auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Wir setzen uns für ein bedarfsorientiertes und qualitativ hochwertiges Angebot zur Fort- und Weiterbildung ein.

Eine wichtige Rolle bei der Ausbildung junger Menschen mit Migrationshintergrund spielen diejenigen Betriebe, deren Inhaber oder Geschäftsführer ebenfalls einen Migrationshintergrund haben. Entscheidend hierbei ist es, diese Unternehmer zu motivieren, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und ihnen Hilfestellungen bei den notwendigen Formalitäten zu geben. Dieser Aufgabe haben sich in Bremen das Bremer Ausbildungsbüro in der Handelskammer und das ehrenamtlich organisierte TEWIFO (Türkisch Europäisches Wirtschaftsforum Bremen Nordwest) sehr erfolgreich angenommen.

Ausbildung stärken

- **Sekundarschule stärken:** Wir widmen uns der weiteren Profilbildung der Sekundarschule. Schulberater an allen Schulformen können einen wesentlichen Beitrag zur Beratung über die weiteren Bildungsgänge leisten. Die Berufsorientierung und die Vermittlung einer handfesten Ausbildungsreife in der Sekundarschule werden wir als besonderen Schwerpunkt unserer Schulpolitik vertiefen.
- **Berufsschule stark halten:** Wir setzen uns für eine Berücksichtigung der in der Berufsschule erbrachten Leistungen bei den Abschlussprüfungen der Kammern ein. Dies führt zu größerer Transparenz und stärkt die Berufsschule. Wir unterstützen die Zusammenarbeit von Betrieben und Berufsschulen, Kammern und Verbänden, damit die Bedürfnisse aller Beteiligten im Rahmen einer partnerschaftlichen Kooperation berücksichtigt werden.
- **Berufsoberschulen:** Wir setzen uns für eine Angliederung von Berufsoberschulklassen an die beruflichen Schulen ein. Leistungsstarke

Schüler haben dann die Möglichkeit, nach Abschluss ihrer Berufsausbildung die Fachhochschulreife oder die allgemeine Hochschulreife zu erwerben.

- **Weiterbildung fokussieren:** Das Angebot der Fort- und Weiterbildung muss konzentriert und die Zahl der Träger reduziert werden. Wir setzen uns für eine Bündelung der Kräfte ein, damit wir mehr Weiterbildung bekommen.
- **Ausbildungspakt statt Ausbildungsplatzabgabe:** Entschieden sprechen wir uns gegen eine Ausbildungsplatzabgabe aus. Wir brauchen keine neuen Hemmnisse, keine zusätzlichen Kosten und keine neue Bürokratie. Wir brauchen starke Partner in der beruflichen Ausbildung. Wir wollen die Unternehmer in Bremen und Bremerhaven auf der Grundlage des nationalen Ausbildungspaktes mit einem regionalen Ausbildungspakt in die Verantwortung nehmen, um für unsere ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen Ausbildungsplätze bereit zu stellen und ihnen eine Chance zum Einstieg in die Ausbildung zu geben.
- **Nationaler Qualifikationsrahmen (NQR/DQR):** Bei der nationalen Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens müssen Arbeitsmarktorientierung, Transparenz und Mobilität die entscheidenden Kriterien sein. In betrieblicher Ausbildung erworbene Qualifikationen sind gleich wichtig wie schulisch erworbene Qualifikation einzuordnen.

Studium, Forschung und Wissenschaft im Lande Bremen

Die Wissenschaft hat mit der Universität Bremen, der privaten Jacobs-University, der Hochschule Bremen, der Hochschule Bremerhaven, der Hochschule für Künste und der Hochschule für öffentliche Verwaltung eine hohe Bedeutung im und für das Land Bremen. **Wissenschaft** ist nicht nur ein **Wirtschaftsfaktor**, sondern zugleich **Standortfaktor**. Die „Stadt der Wissenschaft 2005“ hat gezeigt, welche Vielfalt Bremen und Bremerhaven zu bieten haben und welche Dynamik im Wissenschaftsbereich insgesamt steckt.

Das Land Bremen ist ein weltoffener und **innovationsfreudiger Wissenschafts- und Technologiestandort** mit einer ausgebauten wissenschaftlichen Infrastruktur. Die Hochschulen und die Forschungsinstitute sind unverzichtbarer Faktor für die Modernisierung des Landes geworden.

Bremen hat sich als Land mit den Schwerpunkten Meereswissenschaften und Maritime Technologien, Materialwissenschaften und Bionik, Luft- und Raumfahrt, Logistik, Informations- und Kommunikationswissenschaften sowie Gesundheits- und Pflegewissenschaften überregional einen hervorragenden Ruf in Forschung und Lehre erworben.

Institute wie das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung in Bremerhaven, das Max-Planck-Institut für Marine Mikrobiologie, das Fraunhofer Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung (IFAM) oder der Fallturm des Zentrums für angewandte Raumfahrttechnologie und Mikrogravitation (ZARM) sind Leuchttürme der Forschung.

Die Universität Bremen zählt mit Platz 5 bei den Drittmitteln je Professor zu den drittmittelstärksten Universitäten in Deutschland. Im Jahr 2004 hat die Universität Bremen insgesamt rund 73 Mio. Euro Drittmittel akquiriert. Im Bildungsmonitor 2006 der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ belegt Bremen bei den Hochschulen Platz 1.

Der Technologiepark an der Universität hat sich hervorragend entwickelt und steht für einen **erfolgreichen Technologietransfer**. Aus dem Investitionssonderprogramm haben wir seit Regierungsbeteiligung der CDU rund 500 Mio. Euro in Wissenschaft und Forschung investiert. Sie sind dem Aus- und Umbau unserer Universität und den Hochschulen direkt zugute gekommen.

Exzellenz im Norden

Mit der 1999 gegründeten **International University Bremen** (inzwischen: Jacobs-University) hat Bremen eine Spitzeneinrichtung bekommen, deren interdisziplinäre und internationale Ausrichtung eine entscheidende Bereicherung für den Wissenschaftsstandort in Forschung und Lehre ist. Die Jacobs-University Bremen hat durch ein beispielloses privates Engagement der Jacobs Foundation eine langfristige Perspektive.

Die **Universität Bremen** hat sich in den letzten 12 Jahren von der „roten Kaderschmiede“ zu einer der zehn besten Forschungsuniversitäten in Deutschland entwickelt. Das Erreichen der Endrunde bei der ersten Exzellenzinitiative hat das eindrucksvoll belegt. Die Graduiertenschule „Ozeanränder“ an der Universität Bremen war erfolgreich und hat für die nächsten fünf Jahre eine Förderung von einer Million Euro jährlich gewonnen.

Mit der Verabschiedung des Studienkontengesetzes wurden im Lande Bremen **Langzeitstudiengebühren eingeführt**. Diese Entscheidung war wichtig und ist richtig. Sie bedeutet zusätzliche Einnahmen für die Hochschulen und sorgt dafür, dass die Studierenden verantwortungsvoll mit ihrem Studienkonto umgehen: **Wer zügig studiert, wird belohnt. Wer trödeln zahlt.**

Mit der beschlossenen **Novelle des Bremischen Hochschulgesetzes** wird die Eigenständigkeit der Hochschulen gestärkt. Zahlreiche Aufgaben und Kompetenzen sind durch eine Ausweitung des Satzungsrechts den Hochschulen übertragen worden. Mit der „Reformklausel“ können die Hochschulen neue Organisationsformen und Kooperationen erproben. Eine neue Aufgaben- und Kompetenzverteilung wird eine weitere und notwendige Stärkung und Professionalisierung der Hochschulleitungen bringen.

Wissensland Bremen

- **Schwerpunkte setzen:** Es ist Aufgabe der Hochschulen, eigene Schwerpunkte zu setzen. Nur wenn beide Seiten – Politik und Hochschulen – Verantwortung übernehmen, werden wir im Interesse des Wissenschaftsstandorts Bremen erfolgreich sein. Bei aller Profilierung dürfen wir nicht in der Breite – wie mit einem Rasenmäher – sparen. Natur- und Geisteswissenschaften sowie angewandte Wissenschaften lassen sich nicht gegeneinander ausspielen.
- **Gestaltungsspielraum schaffen:** Wir setzen uns für eine Bündelung der Kräfte und eine weitere Profilierung unserer Stärken ein. Dazu brauchen wir Gestaltungsspielräume, die wir nur durch eine gezielte Neuordnung einzelner Bereiche schaffen können. Doppelangebote innerhalb des kleinsten Bundeslandes sind nicht mehr vertretbar.
- **Planungssicherheit:** Die Universität und die Hochschulen brauchen Planungssicherheit durch eine verlässliche Zusage der Politik, mit welchen Mitteln sie in den nächsten Jahren rechnen können. Der Hochschulgesamtplan und der Wissenschaftsplan müssen die Leitlinien und eine verlässliche finanzielle Basis vorgeben, sollen den Hochschulen aber genügend Spielraum für eigene Schwerpunktsetzungen lassen.
- **Jacobs-University:** Das Projekt der Jacobs-University als Campus-Universität nach amerikanischem Vorbild haben wir von Anfang an und nach

Kräften unterstützt. Wir werden die Jacobs-University auch künftig tatkräftig unterstützen.

- **Kooperationen nutzen:** Wir wollen die Kooperation mit Niedersachsen und den Universitäten und Hochschulen in unmittelbarer Nachbarschaft ausbauen. Die Lehrerausbildung bietet dabei vielfältige Möglichkeiten. Dazu wollen wir auch die Metropolregion Bremen / Oldenburg für Kooperationen nutzen.
- **Makakenversuche an der Universität beenden:** Wir gehen davon aus, dass die invasiven Tierversuche an Makaken im Rahmen der Neuro- und Kognitionsforschung an der Universität Bremen mit Ablauf der laufenden Genehmigungsperiode beendet werden. Voraussetzung ist, dass die eingesetzte Kommission diese Beendigung für zulässig hält. Unabhängig davon werden wir für diese Forschung keine weiteren Mittel des Landes zur Verfügung stellen.
- **Frauenförderung:** In der Förderung des akademischen Nachwuchses brauchen wir ein Stipendienprogramm für Frauen, um die Anzahl der Promovendinnen und Habilitandinnen zu erhöhen. Die Hochschulen sollen in ihren Grundordnungen die Förderung von Frauen als Aufgabe und Zielsetzung festschreiben.
- **Studienwahl fokussieren:** Die CDU befürwortet den breiten Einsatz von Selbsttests und Auswahlverfahren. Die Hochschulen sollen erkennen, dass es auch für sie besser ist, sich die Studierenden selbst auszusuchen. Für Studienbewerber ist ein vorstrukturiertes Auswahlverfahren die Chance, sich ihres Studienwunsches frühzeitig zu vergewissern und zu einer zielgerichteten Studienwahl zu kommen.
- **Wissenschaftsmarketing stärken:** Wir fordern einen Ausbau des Wissenschaftsmarketings. Nur wer sich selbst bekannt macht, wird zum Beispiel beim Technologietransfer erfolgreich sein. Wir müssen mit den Pfunden wuchern, die wir an den Hochschulen in Lehre und Forschung haben.
- **Verkürzung der Studienzeiten:** Für die Studierenden, den Wissenschaftsstandort Bremen und die bremische Wirtschaft ist nach unserer Ansicht eine weitere Verkürzung der Studienzeiten notwendig und wichtig. Die neue Studienstruktur soll ein entscheidendes Element zur Verkürzung sein.
- **Mehr Eigenverantwortung:** Die Novelle des Bremischen Hochschulgesetzes hat den Hochschulen im Lande Bremen eine größere Eigenverantwortung gegeben. Wir setzen uns für eine weitere Stärkung der Autonomie von Hochschulen in den für sie zentralen Bereichen des Studienangebotes und der Berufung von Professoren ein.

Starke Wirtschaft und Arbeit in Bremen und Bremerhaven

Neue Arbeitsplätze schaffen

Der Erhalt vorhandener und die Schaffung neuer, dauerhafter Arbeitsplätze stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Neue Arbeitsplätze entstehen dort, wo die Wirtschaft wächst. Hierzu hat die von Senatoren der CDU verantwortete Wirtschaftspolitik im Land Bremen gute Rahmenbedingungen geschaffen.

Die Globalisierung und die enormen technischen Veränderungen im industriellen Sektor haben die Erwerbstätigkeitsstruktur im Land Bremen radikal verändert. Wir haben uns seit dem Beginn unserer Regierungsbeteiligung im Jahr 1995 dem unausweichlichen Strukturwandel im Land Bremen gestellt, diesen tatkräftig vorangetrieben und bis heute vieles erreicht. Der Wirtschaftsstandort Bremen und Bremerhaven hat inzwischen ein breites Profil in der maritimen Technologie, der Luft- und Raumfahrt, der Automobilindustrie und der Wissenschaft herausgebildet. Grundlage für den Strukturwandel der vergangenen Jahre war eine konsequente Innovationspolitik durch gezielte Investitionen in neue Technologien und die Förderung von Dienstleistungsbranchen.

Seit unserer Regierungsbeteiligung entwickelt sich die bremische Wirtschaft überdurchschnittlich. Zwischen 1996 und 2005 ist das Bruttoinlandprodukt um 13,0% gestiegen – damit liegen wir im Bundesvergleich auf Platz 2. Die Zahl der Beschäftigten im industriellen Sektor ist in Bremen mit 100 Mitarbeitern je 1000 Einwohner wesentlich höher als im Durchschnitt deutscher Großstädte (69 Mitarbeiter je 1000 Einwohner).

Bremen und Bremerhaven haben sich in den vergangenen 12 Jahren zu hoch attraktiven Wirtschaftsstandorten mit hervorragendem Ruf und ausgezeichneten Standortbedingungen entwickelt.

Neben der Fortsetzung der erfolgreichen Wirtschaft- und Investitionspolitik muss in den kommenden vier Jahren die Weichenstellung für die Wirtschaftsstrukturen im Land Bremen bis 2020 erfolgen. Die Herausforderungen des demographischen Wandels, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und die technologische Entwicklung sind nur einige Stichworte in diesem Zusammenhang. Wir wollen eine Zukunftskommission aus nationalen Experten einsetzen, die Vorschläge und Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige und moderne Wirtschaftspolitik für den Zeitraum bis 2020 erarbeitet.

Häfen und Logistik

Im Jahr 2005 gab es im Land Bremen rund 86.000 hafenabhängige Beschäftigte. Bundesweit hängen rund 174.000 Arbeitsplätze von den Bremischen Häfen ab. Bremen und Bremerhaven gehören zu den wichtigsten deutschen Logistikstandorten.

Trotz sinkender Bundesmittel für den Ausbau der Hafeninfrastruktur haben wir in den vergangenen zehn Jahren jährlich rund 100 Millionen Euro in die Leistungsfähigkeit

unserer Häfen in Bremerhaven und Bremen investiert. Mit dem Containerterminal (CT) IIIa und dem CT IV haben wir die Erweiterungsmöglichkeiten für den Containerumschlag in Bremerhaven voll ausgenutzt. Der Ausbau des Osthafens erweitert die Kapazitäten im Autoumschlag.

Der Erfolg gibt uns Recht: Der Umschlag in den Bremischen Häfen bricht jedes Jahr neue Rekorde. Im Jahr 2006 wurde ein Wachstum beim Container- und Stückgutumschlag von rund 20% erreicht. Erstmals in der Geschichte werden über vier Millionen Container über die Bremischen Häfen transportiert. Der Automobilumschlag hat sich seit 1995 mehr als verdoppelt und die ergänzenden Dienstleistungen der Fahrzeugveredelung entwickeln sich rasant. Allein im vergangenen Jahr sind durch unsere konsequente Politik für Hafeninvestitionen hunderte neuer Arbeitsplätze entstanden. Neben der positiven Entwicklung an der Bremerhavener Stromkaje gibt es auch bei den Stadtbremischen Häfen sehr erfreuliche Nachrichten. Der Neustädter Hafen mit dem angeschlossenen Güterverkehrszentrum Links der Weser und den Gebieten zwischen Industrie-, Holz- und Fabrikenhafen wächst in Bezug auf Umschlagsmenge, Anzahl der ansässigen Unternehmen und Zahl der Arbeitsplätze. Auch der Weserport ist für die wirtschaftliche Entwicklung von hoher Bedeutung. Hinsichtlich einer weiteren positiven Entwicklung im Massengutumschlag ist eine Prüfung notwendig, wie die Infrastruktur zukunftsgerecht ausgebaut werden kann.

Eine Grundvoraussetzung für diese dynamische Entwicklung war die von uns durchgesetzte Verselbstständigung von BLG und bremenports. Mit der BLG partizipiert Bremen am weltweit wachsenden Markt der Logistik und sichert lokale Arbeitsplätze. Die Vernetzung zwischen BLG und mittelständischer Logistikwirtschaft ist ein wichtiger Arbeitsmarktfaktor. Das Hafenmanagement von bremenports ist als Logistikdienstleister in der Lage, unsere Häfen effizient, dynamisch und professionell zu betreiben.

Die Überseestadt hat sich zu einem boomenden Standort entwickelt. Rund 7000 Arbeitsplätze sind dort vorhanden. Weitere 3700 sind durch die Umstrukturierung neu geschaffen bzw. gesichert worden. Und wir stehen erst am Beginn der Entwicklung: Bis 2025 werden bis zu 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze und rund eine Milliarde Euro an privaten Investitionen folgen. Deutliches Zeichen für den Erfolg des von uns organisierten Strukturwandels ist das geplante EWE-Hochhaus. Es wird zum architektonischen Wahrzeichen eines modernen Bremens und für den Strukturwandel in den früheren Hafenrevieren.

Starke Häfen in Bremen erhalten

- Die hohe Logistikkompetenz in Bremen und Bremerhaven schafft Arbeitsplätze.
- Mit bremischer Beteiligung am JadeWeserPort wollen wir die Zukunftsfähigkeit der Bremer Häfen sichern.

- Mit dem Ausbau der Kaiserschleuse und weiteren Investitionen in den Erhalt unserer Hafenanlagen werden wir die Häfen im Land Bremen fit für die Zukunft machen.
- Wir werden das Kompetenzzentrum Logistik auch in den kommenden vier Jahren fortentwickeln.
- Die Mehrheit an der BLG sichert Bremen langfristig hohe Einnahmen und Einfluss auf seine Interessen: Ein Verkauf der BLG kommt für uns nicht in Frage.
- Die drei Masterpläne Automobile, Industriehäfen sowie Links der Weser werden wir konsequent umsetzen.
- Für Bremerhaven werden wir einen Masterplan Fischereihafen entwickeln und umsetzen, in dem die zukünftige Nutzung und Ausrichtung dieses wichtigen Hafenindustriegbietes festgeschrieben wird.

Schiffbau und Schifffahrt

Bremen war und ist ein bedeutender Schiffbaustandort. Waren es früher die großen Werften, sind es heute zahlreiche Spezialbetriebe, die wichtige Industriearbeitsplätze bereitstellen.

Noch immer sind im Land Bremen über 2000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter direkt und indirekt im Schiffbau und deren Zulieferindustrie tätig. Inzwischen haben die Bremer Werften eigene Schwerpunkte in Modernisierung, Umbau, Kreuzfahrtschiffbau und Spezialschiffbau gesetzt und sind weltweit konkurrenzfähig. Am Reedereistandort Bremen sind mehrere weltweit tätige Reeder ansässig.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die industrielle Basis im Schiffbau im Land Bremen nicht verloren geht.
- Wir werden einen Schwerpunkt in der Förderung des innovativen Schiffbaus setzen.
- Wir werden die Verbundbildung mit der Zulieferindustrie weiter fördern und dadurch die Arbeitsplätze sichern.
- Wir wollen durch gezielte Nachwuchsförderung für die Bremer Werften und Reedereien den Nachwuchs an hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichern.
- Wir setzen uns für den Erhalt der Tonnagesteuer ein, von der die Bremer Reeder profitieren.
- Wir setzen uns dafür ein, Verwaltungsverfahren und die Dienstleistungen der Verwaltung, z.B. bei Schiffsregistrierungen, zu flexibilisieren und stärker an die Bedürfnisse der weltweit tätigen Reedereien anzupassen.

- Wir setzen uns für den Erhalt der CIRR-Förderung (= Kredite zur Förderung Deutscher Exporte) durch den Bund ein.

Technologie

Neue und zukunftsträchtige Arbeitsplätze entstehen in neuen Technologiefeldern, wie im Bereich mobiler Anwendungen, der Luft- und Raumfahrt, der Biotechnologie und den Materialwissenschaften. Das Land Bremen hat in den vergangenen Jahren einen Schwerpunkt auf diese Technologien gelegt und die Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft gefördert.

Aus diesem Grund haben wir rund 500 Millionen Euro aus dem Investitionssonderprogramm in den Um- und Ausbau der Hochschulen investiert. Dadurch konnten Bremen und Bremerhaven eine konkurrenzfähige Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur aufbauen. Die Auszeichnung als „Stadt der Wissenschaften 2005“, das sehr gute Abschneiden bei der Exzellenzinitiative des Bundes und nicht zuletzt auch die Spende in Höhe von 200 Mio. Euro für die Jacobs-University sind eindeutige Belege für die Leistungsfähigkeit der Bremer Hochschulen. Zur Förderung von regionalen Netzwerken als Grundlage für die notwendigen Transferprozesse haben wir zahlreiche Projekte und Programme gestartet. Allen voran sei das Programm „Innovision 2010 – Bremer Innovationsoffensive“ genannt. Damit verfolgen wir das ehrgeizige Ziel, Bremen bis zum Jahr 2010 unter den zehn führenden deutschen Technologiestandorten zu etablieren. Das Programm gibt bis 2010 eine langfristige Orientierung für die bremische Innovationspolitik. 300 kleine und mittelständische Unternehmen mit rund 6.000 Arbeitsplätzen im Technologiepark an der Universität, der Science Park an der Jacobs-University, die Airport Stadt, die erfolgreichen Gründerzentren t.i.m.e. Port I und II, das Technologie Transfer Zentrum (ttz) und das Zentrum für maritime „blaue“ Biotechnologie (BioNord) in Bremerhaven sind Beleg für den erfolgreichen Technologietransfer und die Richtigkeit unserer Innovationspolitik.

- Wir wollen das Programm Innovision 2010 konsequent fortführen, damit Bremen bis 2010 zu den ersten 10 Technologiestandorten in Deutschland gehört.
- Wir wollen Bremen und Bremerhaven zu Standorten von neuen Entwicklungen, Trends und Innovationen machen.
- Wir werden dafür sorgen, dass Unternehmen die Forschungsergebnisse der wissenschaftlichen Einrichtungen im Land für Produktverbesserungen und Produktneuerungen nutzen können, damit sich die Forschungsarbeit noch intensiver in Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze umsetzen lässt.
- Wir wollen die erfolgreichen Gründerzentren BioNord und t.i.m.e. Port ausbauen, um Existenzgründungen aus den Bremer Hochschulen zu ermöglichen.

- Bei der Wirtschaftsförderung wollen wir einen Schwerpunkt auf den Technologietransfer und Existenzförderung setzen.
- Wir wollen den Technologietransfer noch stärker an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren. Dazu muss der inhaltliche Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft durch konkrete gemeinsame Projekte verbessert werden. Auch mittelständische Unternehmen können an der wissenschaftlichen Leistung der Universität und der Hochschulen in Bremen und Bremerhaven partizipieren.
- Das bei der Einwerbung von Drittmitteln erfolgreiche tzt in Bremerhaven wollen wir konsequent weiterentwickeln und den zukünftigen Herausforderungen anpassen.
- Wir setzen uns dafür ein, die Projektförderungen neben den Prozessinnovationen stärker auf Produktinnovationen zu fokussieren, um durch neue Produkte zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.

Luft- und Raumfahrt

Bremen hat sich auf Grund der von der CDU verantworteten Wirtschafts- und Innovationspolitik in den vergangenen Jahren zu einem erstklassigen Hochtechnologiestandort entwickelt. Die Luftfahrtindustrie hat mit Airbus eine wichtige Säule, die zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft. Inzwischen sind in der Region Bremen rund 10.000 Menschen in der Luftfahrtindustrie beschäftigt. Diese Arbeitsplätze gilt es zu sichern. Allein 2005 und 2006 wurden jährlich 1000 neue und hoch qualifizierte Mitarbeiter in Bremen eingestellt. Diese Branche boomt bei Wachstumsprognosen von 7 bis 12 Prozent im Jahr. Durch gezielte Projekte in Forschung und Entwicklung, z.B. zum Thema Landeklappen, konnte Bremen die Bindung von Airbus an den Standort weiter erhöhen.

Auch die Raumfahrtwirtschaft ist für Bremen zu einer Schlüsselbranche geworden. Bremen ist mit 1.800 von bundesweit 5.000 Beschäftigten die „Nummer 1 der Deutschen Raumfahrtstandorte“. Die Raumfahrtwirtschaft mit den Firmen EADS–ST und OHB sind Markenzeichen Bremens.

Das Bundesland hat in der Vergangenheit zahlreiche Raumfahrtprojekte, wie den Phoenix, unterstützt, um erste Adresse zu bleiben. Die kürzlich beschlossene Ansiedlung des DLR-Instituts für Raumfahrtsystemtechnik ist Beleg und Auszeichnung dieser Entwicklung.

Die Beteiligung Bremens am EADS-Konzern ist Voraussetzung dafür, den Einfluss auf Standortentscheidungen im EADS-Konzern zu erhalten und damit aktive Industriepolitik für Arbeitsplätze am Standort zu betreiben.

- Wir wollen die Rahmenbedingungen für Zulieferbetriebe durch gute Verkehrsinfrastruktur und Gewerbegebiete verbessern.

- Wir wollen durch gezielte Projektförderungen die hohen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in Bremen unterstützen, damit auch andere Branchen profitieren können.
- Wir wollen Bremen aktiv zur Europäischen Modellregion Raumfahrt entwickeln.
- Wir wollen die Beteiligung Bremens an der High-Tech-Strategie des Bundes sicherstellen.

Automobilwirtschaft

Bremen hat eine große Tradition im Automobilbau. Noch heute ist dies der beschäftigungsintensivste Industriebereich im Land Bremen. Rund 21.000 Menschen sind in Bremen in der Automobilwirtschaft beschäftigt. Auch für große produzierende Unternehmen haben wir ein industriefreundliches Umfeld geschaffen. Durch die Ansiedlung von Automobilzulieferern im Gewerbegebiet Hansalinie haben wir einen wichtigen Beitrag geleistet, um DaimlerChrysler hier zu halten. Bremen ist ein attraktiver Standort mit wettbewerbsfähigen Standortkosten und qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Wir setzen uns durch eine gezielte Unterstützung des Automobilbaus und mit einer aktiven Gewerbeflächen- und Ansiedlungspolitik für eine starke Automobilwirtschaft ein.

Stahlindustrie

Die Stahlindustrie muss auch weiterhin eine Zukunft in Bremen haben. Mit mehr als 3600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehören die Stahlwerke zu den wichtigsten Arbeitgebern. Wie setzen uns weiter dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für diesen Industriezweig so beschaffen sind, dass das ansässige Unternehmen im Wettbewerb bestehen kann.

Mittelstand

Kleine und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk sind das Rückgrat der Wirtschaft. Von den 22.000 Betrieben im Land Bremen sind 98% kleine und mittlere Unternehmen. Sie stellen die meisten Arbeitsplätze zur Verfügung. Außerdem haben sie den größten Anteil am Beschäftigungswachstum und bilden überdurchschnittlich aus. Im Bereich der Existenzgründungen, insbesondere auch durch Existenzgründerinnen, haben wir in den vergangenen Jahren große Fortschritte erzielt. Existenzgründer sind ein Motor für den Strukturwandel und sorgen für eine hohe Dynamik im Wirtschaftsleben. Die Existenzgründerinitiative B.E.G.IN hat seit 1998 etwa 12.000 Wagemutige bei dem Sprung in die Selbständigkeit begleitet und

unterstützt. Daraus sind rund 19.000 neue Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven entstanden.

Mit dem Bremischen Mittelstandsförderungsgesetz haben wir die Rahmenbedingungen für diese Betriebe deutlich verbessert und die Ziele aus dem Regierungsprogramm 2003 verwirklicht. Die „Mittelstandsklausel“ soll dazu beitragen, alle staatlichen Maßnahmen auf die Konsequenzen für die klein- und mittelständischen Unternehmen zu überprüfen

- Wir setzen uns für eine mittelstandsgerechte Vergabepolitik ein, daher bevorzugen wir die Ausschreibung in Fach- und Teillosten.
- Wir wollen das Beratungsangebot für kleine und mittlere Unternehmen mit Schwerpunkten Krisenmanagement, Unternehmensstrategie und Unternehmensfinanzierung ausbauen.
- Wir wollen mittelständische Unternehmen zu mehr Ausbildung ermutigen, da dies im Gesellschafts- und im Eigeninteresse der Unternehmen liegt.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Voraussetzungen zur Eigenkapitalbildung bei kleinen und mittleren Unternehmen verbessert und mittelstandsgerechte Rahmenbedingungen bei Kreditvergaben geschaffen werden.
- Wir wollen die Meistergründungsprämie als festen Bestandteil der mittelständischen Förderpolitik absichern.
- Wir wollen die Hilfen bei Unternehmensnachfolgen und bei Existenzgründungen ausbauen.

Einzelhandel

Bremen ist ein starker Einzelhandelsstandort, der über eine hoch attraktive Innenstadt sowie Nebenzentren verfügt. Die Investitionen in die Innenstadt haben das Stadtbild in den vergangenen Jahren positiv verändert und es kann als Oberzentrum in die Region rund um Bremen ausstrahlen. Aber auch die Nebenzentren sollen sich durch ein breit gefächertes Angebot auszeichnen. Durch die Möglichkeit der Business Improvement Districts (BID) besteht zukünftig die Chance, gerade vor Ort die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Stadtteil und dem dortigen Einzelhandel zu steigern.

Bremen-Nord

Auch für Bremen-Nord liegt der Schwerpunkt unserer Politik in den kommenden Jahren darin, neue Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende zu sichern. Die geringe Arbeitsplatzdichte in Bremen-Nord gilt es zu beheben (zum Vergleich: Bremen-Nord hat 17 Arbeitsplätze auf 100 Einwohner, Bremen-Stadt 51 Arbeitsplätze auf 100 Einwohner). Neben der Verbesserung der Standortbedingungen wollen wir zukunftsorientierte und nachhaltige Arbeitsplätze und Unternehmen gezielt fördern.

Bremen-Nord ist von dem Strukturwandel in besonderem Maße betroffen. Durch die Schließung von ansässigen Großbetrieben und dem Abbau von Arbeitsplätzen, insbesondere im industriellen und verarbeitenden Bereich, sind in den vergangenen Jahren 20% der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze verloren gegangen.

Bremen hat hierzu bereits mit verschiedenen Programmen den Weg zur Schaffung neuer Arbeitsplätze eingeschlagen. Das Regionale Sonderprogramm zur Begleitung der Umstrukturierung im Stahlsektor (ReSoSta) stellt 20 Mio. Euro zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Unterstützung von Existenzgründungen zur Verfügung. Dazu gehören z.B. der Science Park und auch die Einrichtung eines Recyclingparks Unterweser.

Auch Vegesack wurde durch zahlreiche Maßnahmen attraktiver, z.B. durch die Programmplanung „Mittelzentrum Vegesack“. Auch die Wirtschaftsfördermaßnahmen am Steindamm und am Bremer Industriepark bilden die Grundlage für neue Arbeitsplätze.

In Bremen-Nord hat inzwischen die Jacobs-University einen zentralen Stellenwert und markiert den Strukturwandel in diesem Bereich. Das kürzlich vorgelegte Programm „Wohnen und Arbeiten in Bremen-Nord“ bildet die Grundlage für die Weiterentwicklung dieser Region.

Eine wichtige Voraussetzung für die Expansion bestehender Unternehmen bzw. für die Ansiedlung neuer Firmen ist eine gute Verkehrsanbindung. Die beschlossene Bereitstellung der Mittel für eine Verlängerung der B 74 ist für Bremen-Nord von höchster Priorität. Wirtschaftsverkehre werden auf dieser Trasse gebündelt und können ihre Ziele besser erreichen. Gleichzeitig werden die Wohngebiete von diesen Verkehren entlastet.

Die Wiederinbetriebnahme des Personennahverkehrs auf der Strecke der Farge-Vegesacker-Eisenbahn (FVE) soll zahlreiche Gebiete Blumenthals und Vegesacks deutlich näher an die Innenstadt heranführen. Die prognostizierten 4.500 Fahrgäste pro Tag können dann bequem, schnell und umweltschonend ihre Ziele erreichen.

- Wir setzen die bisherige Wirtschaftsförderung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze fort.
- Wir werden die bestehenden Gewerbegebiete konsequent weiterentwickeln, neue Gewerbegebiete ausweisen und deren leistungsfähige Verkehrsanbindung sicherstellen.
- Wir werden die Kooperation zwischen Jacobs-University und neuen Firmen im Sciencepark fördern.
- Wir werden uns dafür einsetzen, die Themenfelder Tourismus und Gesundheit in Bremen-Nord weiter konzeptionell zu entwickeln und auszugestalten.

- Wir werden die Aufwertung der Einzelhandelsstandorte, z.B. des Sedanplatzes oder des Kramergrundstücks, fortsetzen und uns um die Nebenzentren Lesum und Blumenthal kümmern.
- Wir setzen uns für eine weitere Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur durch eine zügige Verlängerung der B 74 sowie die Inbetriebnahme des Personenverkehrs auf der Farge-Vegesacker-Eisenbahn ein.
- Wir wollen durch die Bereitstellung zusätzlicher Flächen für den Einfamilienhausbau und durch die Nutzung von Brachen und besonders interessanten Flächen in unmittelbarer Wasserlage den Wohnstandort Bremen-Nord weiter stärken.
- Wir wollen Bremen-Nord für Wohnen und Arbeiten noch attraktiver machen und deshalb konsequent das Programm „Wohnen und Arbeiten in Bremen-Nord“ umsetzen.

Nahrungsmittelindustrie

Bremen und Bremerhaven sind mit Weltmarken wie Beck's und Jacobs Kaffee sowie mit Spitzenprodukten von Kraft Foods, Nordsee, Frosta und Deutsche See einer der führenden Standorte in der Branche. In diesem beschäftigungsintensiven Bereich arbeiten rund 12.000 Menschen. Eine besondere Rolle im Bereich des Technologietransfers nehmen das tz sowie das Biotechnologiezentrum Nord ein, das Wissenschaft rund um das Meer betreibt. Innovative Stoffe mit gesundheitsfördernder Wirkung fließen so beispielsweise in Nahrungsmittel, Medizin und Kosmetik ein.

- Wir wollen die Standortkosten wettbewerbsfähig gestalten, um die großen Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie in Bremen zu halten.
- Wir werden den bestehenden Technologietransfer weiter fördern und ausbauen und besonders in diesem Bereich Existenzgründungen unterstützen.

Medienwirtschaft

Die Medienwirtschaft gewinnt zunehmend an Bedeutung und schafft insbesondere in mittelständischen Unternehmen neue Arbeitsplätze. Bremen hat nicht zuletzt durch die Neuplanungen im Faulenquartier den Grundstein für ein Medienzentrum in Bremen gelegt, der in den kommenden Jahren gemeinsam mit Radio Bremen und privaten Medienunternehmen weiterentwickelt werden muss.

Das Engagement in der Film- und Fernsehförderung muss deshalb fortgesetzt werden; dazu gehört die Unterstützung der Nachwuchsarbeit durch das Filmbüro Bremen und die Filmförderung im Verbund der Nordmedia.

Umweltechnologie

Neben der Automobil- und Lebensmittelindustrie ist die Umweltechnologie ein starker Innovationsmotor für die Region. Ein für das Land Bremen besonders attraktives Feld ist dabei die Windenergie. Hierzu ist bereits ein Netzwerk von Planern über Hersteller bis hin zu Service-Betrieben aufgebaut worden. Bremen und Bremerhaven haben sich in den vergangenen Jahren durch gezielte Förderung zu einem Kompetenzzentrum der Windenergie entwickelt. In Bremerhaven siedelten sich gleich mehrere Spezialisten für die Entwicklung, den Bau und die Wartung von Offshore-Windkraftanlagen an.

- Bremen und Bremerhaven haben sich zu einer Metropole für die Windenergiebranche entwickelt, die wir weiter ausbauen wollen.
- Windkraft ist eine Wachstumsbranche, in der bereits jetzt rund 800 Arbeitsplätze entstanden sind und deren Dynamik wir nutzen wollen.
- Vor allem das Potenzial neuer Offshore-Windkraftanlagen eröffnet einen Markt für umweltfreundliche Stromproduktion, den wir insbesondere für Bremerhaven, das mit seiner zentralen Lage in der Deutschen Bucht herausragende Standortbedingungen hat, erschließen wollen.
- Wir wollen deshalb Bremerhaven durch den Ausbau wissenschaftlicher Einrichtungen und weiterer Unternehmensansiedlungen zu einem Kompetenzzentrum für Offshore-Windenergie in Nordwestdeutschland machen.

Überregionale Verkehrsinfrastruktur

Die Bremer Wirtschaft ist aufgrund ihrer Prägung durch Produktion, Dienstleistungen und Logistik abhängig von einer exzellenten Verkehrsinfrastruktur bei allen Verkehrsträgern.

In den vergangenen Jahren konnten durch die Einwerbung von Bundesmitteln und durch die Bereitstellung von bremischen Mitteln wichtige **Straßenbauprojekte** abgeschlossen werden, wie der sechsstreifige Ausbau der Autobahn 27, die Anbindung der Überseestadt oder die B 71 in Bremerhaven. Auf den Weg gebracht sind die Verlängerung der B 74 nach Bremen-Farge und die Bereitstellung von Mitteln für die Schließung des Autobahnringes A 281.

Die Schließung des **Autobahnringes** mit der Untertunnelung der Weser hat für uns höchste verkehrspolitische Priorität. Sie führt zu einer besseren Anbindung von Wirtschaftsstandorten und zu einer besseren Umwelt- und Luftqualität.

Nach der Fertigstellung der A 281 werden zahlreiche innerstädtische Straßen, die derzeit noch durch Lkw- und Berufsverkehre belastet sind, weitaus weniger Verkehr zu bewältigen haben, wie zum Beispiel die Neuenlander Straße oder die Stromer

Landstraße. Für diese Straßen und die angrenzenden Viertel ergeben sich völlig neue Entwicklungsperspektiven. Wir entwickeln dafür die notwendigen Konzepte.

Die **Küstenautobahn A 22** ist endlich im Verkehrswegeplan des Bundes enthalten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich Bremen gemeinsam mit Niedersachsen an der Realisierung dieser Verkehrsader beteiligt.

- Wir setzen uns für die Schließung der Lücke in der A 281 und die Weserquerung, für den zügigen Ausbau der Cherbourgerstraße als Hafenanbindung an die A 27 und die Y-Trasse für die Verbindung der Bahnlinien Bremen-Hamburg und Bremen-Hannover zur Entlastung des Bremer Hauptbahnhofes ein.
- Wir befürworten eine leistungsfähige Bahnanbindung für die Häfen in Bremerhaven, Bremen und Wilhelmshaven sowie den Ausbau der Strecke Wilhelmshaven–Oldenburg–Langwedel–Uelzen.
- Wir treiben den weiteren 6-spuriger Ausbau von A 1 und A 27 voran und stehen für die zügige Umsetzung der Küstenautobahn A 22.
- Wir setzen uns für Vollendung des 2,6 km langen Abschnitts der B 74 zwischen Farger und Kreinsloger Straße und den Ausbau des Autobahnzubringers Überseestadt ein.
- Die Baumaßnahmen im Bremer Osten (Hans-Bredow-Straße) müssen, unserer Ansicht nach, zu einem zügigen Abschluss gebracht werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass sich Bremen gemeinsam mit Niedersachsen und den niedersächsischen Kommunen an den weiteren Schritten zur Realisierung der A 22 beteiligt.
- Wir stehen für die Außenweser- und Unterweservertiefung.
- Wir sind für den Ausbau der Weser-Schleusen in Minden und Dörverden und unterstützen die Verkehrswegeanpassung der Mittelweser.

Gesundheitswirtschaft

Wir haben in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass sich unser Land zum **Oberzentrum im Bereich der Gesundheitswirtschaft** entwickelt hat. Dafür stehen die renommierten Krankenhäuser, die hohen medizinischen Standards und die rund 40.000 Beschäftigten. Der Bereich der Gesundheitswirtschaft ist einer der dynamischsten Wachstumsmärkte. Die Potenziale wollen wir noch besser nutzen und gezielt in neue Arbeitsplätze umwandeln.

Die Umstrukturierung der kommunalen Krankenhäuser ist nicht zuletzt durch den „Klinikskandal“ in eine Sackgasse geraten. Angesichts der Entwicklungen bei den Gesundheitskosten ist es unabdingbar, die kommunalen Krankenhäuser wettbewerbsfähig zu machen und ihre Selbstständigkeit zu erhalten. Ein wesentlicher

Baustein ist die Umsetzung des Masterplans für das Klinikum Bremen-Mitte. Er sieht ein modernes zukunftsfähiges Krankenhaus, krankenhaushnahe Dienstleistungen und ein neues innerstädtisches Wohnquartier vor.

In Bremen-Nord wollen wir das Gelände der Wilhelm-Kaisen-Kaserne mit unterschiedlichen medizinischen Angeboten zu einem Gesundheitszentrum entwickeln.

Tourismus

Der Tourismussektor ist ein weiterer Schwerpunkt der Bremischen Wirtschaft. Im Land Bremen leben 30.000 Menschen vom Tourismus im Gaststätten- und Übernachtungsgewerbe. Konsequente Investitionen in diesem Bereich haben unsere Städte Bremen und Bremerhaven verändert und dazu geführt, dass sie ein attraktives Reiseziel für Städtereisende aus ganz Deutschland und den europäischen Nachbarländern geworden sind.

Insgesamt kommen jährlich mehr als 40 Millionen Tagestouristen nach Bremen und Bremerhaven. Die Zahl der Übernachtungsgäste ist seit Anfang der 90er Jahre um rund 50 Prozent gestiegen.

Das Schaufenster Fischereihafen mit Gastronomie, Handel, Theater und Museum, das Gebiet um den Alten/Neuen Hafen mit dem Deutschen Schiffahrtsmuseum, dem Deutschen Auswandererhaus, dem im Bau befindlichen Klimahaus, dem Zoo am Meer und der neuen Marina sind Leuchttürme des Tourismus in Bremerhaven. In Bremen und Bremerhaven haben wir wieder Innenstädte, in denen man sich wohl fühlt. Sögestraße, Obernstraße, Lloyd-Passage, Am Wall – das sind Bremens Einkaufsadressen Nummer 1 in der Innenstadt. Auch die Nebenstraßen und die Stadtteilzentren haben in den vergangenen Jahren eine kontinuierliche Aufwertung erfahren. Ab April 2007 wird das neue Ladenöffnungsgesetz gelten. Wir konnten erreichen, dass zukünftig jeder Einzelhändler selbst entscheiden kann, ob und wie lang er sein Geschäft an Werktagen und sonnabends öffnet. Fest steht für uns aber auch: der Sonntag bleibt Ruhetag.

Mit Universum, Überseemuseum, Kunsthalle, Bremer Theater, Glocke, Musical Theater und Deutscher Kammerphilharmonie Bremen seien nur einige unserer Bremer Kultureinrichtungen mit überregionaler Bedeutung genannt, die sich in den vergangenen Jahren zu Besuchermagneten entwickelt haben.

Die Messe Bremen ist im Aufwind, die erweiterte Stadthalle und die angrenzenden Messehallen sind gut ausgelastet. Im Jahr 2005 wurden rund 300.000 Besucherinnen und Besucher in den Hallen auf der Bürgerweide gezählt. Freimarkt und Weihnachtsmarkt ziehen daneben Jahr für Jahr weitere fünf Millionen Besucher aus nah und fern in ihren Bann.

Mit der touristischen und gastronomischen Erschließung der Schlachte und der Öffnung der Stadt zur Weser hin haben wir einen neuen Besuchermagneten und ein neues Stück Lebensqualität mitten im Stadtzentrum geschaffen. Ein Besuch an der Schlachte ist inzwischen zu einem Stück Bremer Lebensart geworden.

Es ist uns gelungen, Ryanair an den Flughafen Bremen zu binden. Schon heute starten und landen am Flughafen Bremen 1,75 Millionen Fluggäste. Ab März 2007 wird Bremen per Direktflug zusätzlich aus weiteren 10 europäischen Städten erreichbar sein. Dies wird nicht nur die Reisefreude der Bremerinnen und Bremer steigern, sondern auch die Zahl der Touristen in unseren Städten spürbar erhöhen. Bis 2009 können eine Million zusätzliche Passagiere über den Bremer Flughafen reisen. Ganz nebenbei entstehen am Flughafen rund 150 neue Arbeitsplätze. Insgesamt werden durch die Ansiedlung direkt und indirekt rund 1000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

- Wir wollen den Messeplatz Bremen weiter ausbauen.
- Wir setzen uns für den weiteren Ausbau des Streckennetzes am Bremer Flughafen ein.
- Wir wollen mit einer Konzentration der Marketingaktivitäten die Wirksamkeit der Maßnahmen erhöhen.
- Wir wollen mit gezielten Investitionen die Attraktivität der touristischen Angebote in Bremen und Bremerhaven sichern und ausbauen.
- Wir wollen das Schaufenster Fischereihafen konsequent weiterentwickeln.
- Wir werden die Schlachte bis in die Überseestadt verlängern.

Aus Fehlern lernen

Zugegeben nicht jedes Projekt, das wir uns in der Vergangenheit vorgenommen haben war auf den ersten Blick erfolgreich. Das Musical Theater hat einen langen Anlauf genommen, ist aber inzwischen eine anerkannte und erfolgreiche Spielstätte mit wachsenden Besucherzahlen. Die Hoffnungen und Erwartungen die wir mit der Umwandlung des AG-Weser Geländes und dem Bau des Space-Park verbunden hatten wurden bisher enttäuscht. Dafür ist die große Koalition mitverantwortlich und dieser Verantwortung stellen wir uns. Bedenken Sie aber: Diesem Projekt stehen eine ganze Reihe überaus erfolgreicher und gelungener Entscheidungen gegenüber, die den Strukturwandel vorangebracht und somit viele Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen haben. Mit Zauderern und Zweiflern hätte es vielleicht keinen Space-Park gegeben aber mit Sicherheit auch keinen Technologiepark, kein Universum, keine Jacobs-University, keine Schlachte, kein Deutsches Auswandererhaus, keine Airport-Stadt und kein Schaufenster Fischereihafen. Wir halten es daher auch zukünftig bei unserer Wirtschaftspolitik mit dem Bremer Sinnspruch: „Buten un Binnen wagen und winnen“.

Chance auf Arbeit

Der Strukturwandel in Bremen und Bremerhaven ist noch nicht beendet. Die Arbeitslosigkeit ist in Bremen und in Bremerhaven immer noch viel zu hoch, trotz der sehr positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr. Wir wollen als CDU Vorfahrt für Arbeit. Arbeit schafft für die Menschen in Bremen und ihre Familien die Lebensgrundlage und gibt ihnen Perspektiven. Arbeit ist die grundlegende Voraussetzung für solide Staatsfinanzen und soziale Sicherungssysteme. Im Fokus steht für uns die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Junge Menschen brauchen Perspektiven, um ihre Zukunft entschlossen und tatkräftig anzugehen und zum Wohle unseres Landes beizutragen. Arbeit schafft Mut und Lebensinhalt, soziale Absicherung und finanzielle Möglichkeiten, ein eigenes Leben zu gestalten. Wer Arbeit hat, läuft selten Gefahr, aus dem sozialen Netz heraus zu fallen oder in das soziale Abseits zu geraten. Deshalb ist es unser vordringliches Ziel, jungen Menschen die Chance auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu verschaffen.

Ältere Arbeitnehmer mit ihrer Leistungsfähigkeit und Erfahrung dürfen nicht auf das Abstellgleis geschoben werden. Heutzutage bedeutet ein Arbeitsplatzverlust für Menschen im Alter ab 50 Jahren häufig das „Aus“ auf dem Arbeitsmarkt. Das können wir nicht akzeptieren. Die meisten Menschen sind in diesem Alter uneingeschränkt leistungsfähig. Durch ihre Erfahrungen und ihr Wissen können sie in Unternehmen und Betrieben von besonderem Nutzen sein. Ohne Arbeit hingegen sind sie zwangsläufig auf die sozialen Sicherungssysteme im Bereich von Arbeitslosenversicherung oder Rente angewiesen. Es ist den Menschen gegenüber nicht vertretbar, sie auf diese Weise zur Untätigkeit zu verurteilen und ihnen ihre Lebensgrundlage oder Sicherheit zu nehmen. Wir fördern deshalb Initiativen, die Perspektiven für ältere Arbeitnehmer schaffen.

- Wir werden die wirtschaftspolitischen Maßnahmen noch stärker auf den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Bremen und Bremerhaven konzentrieren.
- Wir wollen die Verantwortung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Arbeitspolitik in einer Hand sehen und setzen uns dafür ein, den Ressortbereich Arbeit in die Verantwortung des Senators für Wirtschaft und Häfen zu übergeben.
- Wir setzen uns für den Ausbau und die Intensivierung der Beratung von Unternehmern mit Migrationshintergrund ein, damit auch in diesen Unternehmen qualifiziert ausgebildet werden kann, um insbesondere jungen Migranten eine Startchance zu geben und das Potenzial aller jungen Menschen zu nutzen.

- Für uns hat eine an den Anforderungen des bremischen Arbeitsmarktes orientierte Qualifikation der Arbeitslosen Priorität.
- Wir wollen eine Schulbildung, die jungen Menschen zukünftig die für eine Berufsausbildung notwendigen Voraussetzungen und Fähigkeiten vermittelt.
- Wir wollen bestehende Ausbildungsverbände unterstützen und die Schaffung weiterer Verbände stärken, damit zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen und junge Menschen die Chance auf eine umfassende Ausbildung haben, ohne dass die Betriebe diese teuer außerbetrieblich zukaufen müssen.
- Wir wollen die Unternehmer in Bremen und Bremerhaven auf der Grundlage des nationalen Ausbildungspaktes mit einem regionalen Ausbildungspakt in die Verantwortung nehmen, um für unsere ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen Ausbildungsplätze bereit zu stellen und ihnen eine Chance zum Einstieg in die Ausbildung zu geben.
- Wir setzen uns für Kombilöhne im Niedriglohnbereich ein, um mehr Menschen in Beschäftigungsverhältnisse zu bringen.
- Wir wollen die Pflichtmitgliedschaft in der Arbeitnehmerkammer durch eine freiwillige Mitgliedschaft ersetzen.
- Wir wollen verstärkt Beteiligungsmodelle der Mitarbeiter an Unternehmen fördern, um die wirtschaftliche Verantwortung für Unternehmen auf eine breite Basis zu stellen.
- Wir wollen benachteiligten Gruppen, z.B. jugendlichen Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen über 50 Jahren, eine Chance auf dem Arbeitsmarkt geben, indem wir eine temporäre Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber dieser Personengruppen garantieren.
- Wir wollen uns an der Einrichtung von privaten Kinderbetreuungsangeboten in Unternehmen beteiligen und die staatliche Betreuung schrittweise im gleichen Umfang reduzieren.
- Wir wollen Unternehmen dazu bewegen, flexible Arbeitszeitmodelle einzuführen, um qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu finden.
- Wir setzen uns für Deregulierung und Entlastung der Wirtschaft von unnötiger Bürokratie ein, um wieder Kapazitäten für Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen.
- Wir wollen in Betrieben ein Klima schaffen, das den Wert der Erfahrung und Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für den Betrieb anerkennt.
- Wir wollen Modelle wie „55 Plus“ (Förderung qualifizierter Arbeitsgelegenheiten für ältere Langzeitarbeitslose) fördern und ausweiten.

Attraktives Leben in Bremen und Bremerhaven

Stadtentwicklung

Das Bild Bremens hat sich rasant verändert. Nirgendwo wird dies deutlicher als in der Überseestadt, dem früheren Zentrum der stadtbremischen Häfen. Bereits heute arbeiten knapp 7000 Menschen in diesem Areal. Zahlreiche Neuansiedlungen ergänzen die bereits existierenden Nutzungen. Beispielfhaft können genannt werden:

- die Hochschule für Künste im Speicher XI,
- der Speicher I, der vielen neuen Firmen auch aus der Medienbranche eine neue Heimat gibt,
- der Port 2 als erster fertig gestellter Neubau in der Überseestadt,
- und die Windenergieunternehmen der Energiemeile.

Die Entwicklung der Überseestadt bleibt das wichtigste Stadtentwicklungsprojekt der nächsten Jahre. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die planerischen, rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten geschaffen werden, die Überseestadt im Allgemeinen und insbesondere

- das Quartier Europahafen als erstklassigen Büro- und Dienstleistungsstandort,
- den Eingang zur Überseestadt mit der Errichtung des höchsten Bürogebäudes in Bremen
- und das Kaffeequartier

weiter zu entwickeln.

Die Überseestadt wird als zukunftsweisendes städtebauliches Entwicklungsprojekt das Gesicht Bremens verändern. Dabei sollen Wohnen in Sonderformen und Arbeiten miteinander in Übereinstimmung gebracht werden. Die in der Überseestadt angesiedelten Unternehmen dürfen jedoch in ihrem Bestand und ihrer Tätigkeit nicht beeinträchtigt werden.

Mit der Schlachte hat sich die Stadt bereits erfolgreich zum Wasser ausgerichtet. Attraktive Innenstadtlagen am Wasser sollen weiterhin von besonderer Bedeutung sein. Auch im dicht bebauten City-Bereich gibt es zahlreiche Möglichkeiten, neue und mutige architektonische Impulse zu setzen. Eine Entwicklung des Stephani-Ufers für Wohnen und Arbeiten oder des alten Rettungshafens können dazu beitragen, dass Bremen seine besondere Lage am Fluss noch akzentuierter nutzen kann.

Bremen ist ein attraktiver **Wohnstandort**. In den vergangenen Jahren haben wir es durch die Ausweisung von Flächen für den Wohnungsbau in Borgfeld, Arsten, Huchting und Blumenthal erreicht, attraktive Wohnangebote zu schaffen. Bremerhaven haben wir zu einem großen Baulandanbieter in der Region gegenüber

den niedersächsischen Umlandgemeinden entwickelt. Nach jahrzehntelangen Bevölkerungsverlusten ist seit 1999 in Bremen eine Wende eingetreten. Die Einwohnerzahl Bremerhavens hat sich im Jahr 2006 stabilisiert.

Zunehmend möchten die Menschen wieder in innerstädtischen Lagen in unmittelbarer Nähe zu ihrem Arbeitsplatz, zu Kultur- und Bildungseinrichtungen oder zu attraktiven Einkaufsmöglichkeiten wohnen. Möglichkeiten für urbanes Wohnen für Studenten, Paare oder ältere Menschen, aber insbesondere für Familien wollen wir in folgenden Quartieren verstärkt anbieten: im Stephaniquartier, auf den frei werdenden Flächen des Klinikums Bremen-Mitte, auf dem Gebiet des Stadtwerders, auf den frei werdenden Flächen des Radio-Bremen-Hörfunkgeländes in Schwachhausen und im Abbentorviertel zwischen Am Wall und Faulenstraße.

- Wir wollen diesen Kurs für eine wachsende Stadt beibehalten und weiterhin bezahlbare Wohnbauflächen anbieten. In Bremerhaven werden im gesamten Stadtgebiet in 13 Baugebieten Grundstücke für die unterschiedlichen Ansprüche und Bedürfnisse bereitgehalten. Das umfassende Baulandangebot in Bremerhaven soll einen Beitrag dazu leisten, dass Bremerhavener in der Stadt bleiben und Neubürger dazu kommen.
- In Bremen wollen wir gerade für junge Familien Wohnbauflächen anbieten in Brokhuchting, den Gebieten Wölpsche und Cranzer Straße in Bremen-Nord, in der Osterholzer Feldmark, in Borgfeld, Huckelriede und Habenhausen. Wir setzen uns dafür ein, dass in neu entstehenden Wohngebieten auch bauträgerfreie Grundstücke Berücksichtigung finden.
- Die Entwicklung von Brachflächen und die Aktivierung von Baulücken setzen wir weiterhin fort. Brachflächen und Baulücken bieten viel Raum für individuelles Bauen, gleichzeitig bieten sich sehr interessante Möglichkeiten der Kombination von Wohnen und Büro- bzw. Ladennutzung an. Das Programm „Wohnen an Wall und Weser“, das bei der Identifizierung von geeigneten Wohnflächen im Citybereich und am Fluss helfen soll, setzen wir fort.

Soziale Stadtentwicklung

Eine positive Entwicklung aller Stadtteile ist der CDU sehr wichtig. Es gibt jedoch Stadtteile, die unsere besondere Unterstützung benötigen. Diese Stadtteile sind häufig durch eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote sowie durch einen hohen Zuwandereranteil gekennzeichnet. Mit den im Land Bremen bestehenden Instrumenten ist es möglich, sowohl bauliche Aufwertungen in den Quartieren vorzunehmen, als auch Bildungs- und Sozialarbeit und Integrationsprojekte durchzuführen, um dadurch soziale und wirtschaftliche Benachteiligung abzubauen. Ein gelungenes Beispiel für den eingeleiteten Wandel ist **Osterholz-Tenever**. Durch

den Rückbau von Wohnblocks, die Modernisierung von Wohnungen, eine neue Grünflächenplanung sowie eine begleitende Sozial- und Kulturarbeit konnten wir einen Imagewandel im Stadtteil vollziehen. Die Menschen identifizieren sich jetzt mit ihrem Stadtteil und leben gerne dort. Dies muss auch in anderen Bereichen der Stadt gelingen, ebenso in Bremerhaven.

Am Beispiel des Stadtteils **Bremerhaven-Lehe** sehen wir deutlich, dass die Maßnahmen zu einem Aufbruch im Stadtteil geführt haben. Zudem haben wir in Bremerhaven in mehreren Stadtteilen Wohnungsleerstände durch neue Nutzungsformen beseitigt.

Beispielhaft ist für uns der zwischen der Wohnungswirtschaft und dem Senator für Bau, Umwelt und Verkehr abgeschlossene Kooperationsvertrag für eine Aufwertung des Ortsteils **Lüssum-Bockhorn** in Blumenthal. Dieses Handlungskonzept, das auch für andere strukturell schwierige Bereiche gelten kann, sieht den weiteren Abbau von Wohnungen, städtebauliche und infrastrukturelle Maßnahmen, die Initiierung sozialer und kultureller Projekte und gezieltes Marketing für dieses Gebiet vor.

Wir haben **zusätzliche Mittel aus dem Programm Stadtumbau-West** zur Bewältigung der Aufgaben des Stadtumbaus in Bremen und Bremerhaven eingeworben.

Wir führen die Programme „Soziale Stadt“, „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“, die Städtebauförderung sowie den Stadtumbau West fort. Mit ihnen ist es möglich, Stadtteile mit besonderen Problemstellungen umfassend zu fördern. Dort, wo es möglich ist, stimmen wir diese Programme aufeinander ab, um Synergieeffekte zu erzielen. Bei der Zuteilung der Mittel aus Landesprogrammen berücksichtigen wir ganz besonders die problematischen Bereiche in Bremerhaven.

Die CDU ist sich der wichtigen Rolle der **Gewoba** in Bremen und Bremerhaven sowie der **STÄWOG** in Bremerhaven in den schwierigen Stadtteilen bewusst. Insbesondere ist hervorzuheben, dass Gewoba und Stäwog sich nicht nur auf ihre Kernaufgaben beschränken, sondern versuchen, durch die Unterstützung zahlreiche lokaler Projekte und Initiativen die Lebensverhältnisse in den Quartieren zu verbessern.

Entwicklung der Stadtteile und Aufwertung der Nebenzentren

Bremen ist durch seine historisch gewachsene Stadtstruktur geprägt. Neben der City als Kern sind zahlreiche Neben- und Stadtteilzentren durch ihr reichhaltiges und gut erreichbares Angebot von Handel und Dienstleistungsbetrieben von großer Bedeutung für die Menschen.

Mit dem „Sofortprogramm Innenstadt“ und dem „Aktionsprogramm Innenstadt und Stadtentwicklung“ konnten in den vergangenen Jahren wichtige Projekte in der Bremer Innenstadt, aber auch in den Bremer Stadtteilen angeschoben und umgesetzt werden, wie die Neugestaltung und Erweiterung der Oberen Schlachte,

das Beleuchtungskonzept Innenstadt, die Aufwertung der Vegesacker Straße und der Woltmershauser Straße, sowie die Aufwertung des Einzelhandelszentrums an der Wilhelm-Röntgen-Straße.

Im Bremerhaven ist die gesamte Fußgängerzone umgestaltet und für den Bereich des Alten/Neuen Hafens das Konzept „Havenwelten“ erarbeitet worden. Erste Komponenten wurden bereits fertig gestellt, wie der Zoo am Meer und das Deutsche Auswandererhaus. Im Bau befinden sich noch das Klimahaus und das Sail-City-Hotel.

Wichtige Investitionen zur Stärkung von Stadtteilzentren, Nebenzentren und Einkaufsstraßen haben wir bereits getätigt. Dazu gehören das Haven Höövt, die Wachmannstraße, das Lindenhof-Viertel und die Langemarckstraße.

Wir setzen uns für die Fortschreibung des Programms zur Stärkung der Innenstadt und der Stadtteile ebenso ein wie für ein Programm zur Stärkung der Innenstadt von Bremerhaven und zur Unterstützung der Stadtteile in der Seestadt.

Auf unsere Initiative hin hat die Bürgerschaft das Gesetz zur Stärkung von regionalen Einzelhandels- und Dienstleistungszentren (BID-Gesetz) beschlossen. Örtlichen Initiativen ist es nun möglich, Maßnahmen zur Verbesserung des Standortes, Marketingaktivitäten, aber auch bauliche Aufwertungen zu initiieren und gemeinschaftlich und eigenverantwortlich umzusetzen. Damit soll sichergestellt werden, dass die gewachsenen lokalen Einzelhandelszentren in Bremen dauerhaft neben den modernen Einkaufszentren bestehen können. Wir werben dafür, dass Standortgemeinschaften (BID) im Land Bremen entstehen und werden die Realisierung der Standortgemeinschaften begleiten.

Ausbau des Weserstadions und Verkehrskonzept

Der SV Werder Bremen ist wichtiger Imageträger in unserer Stadt. Seine Pläne zum Ausbau des Weserstadions unterstützen wir. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für Spitzenfußball in unserer Stadt. Gleichzeitig müssen jedoch die Voraussetzungen dafür bestehen, dass die Anwohner in unmittelbarer Nähe des Stadions während der Spiele vom Verkehr entlastet werden. Das vorgelegte Verkehrskonzept wollen wir finanziell absichern und zum Beginn der Spielsaison 2007/2008 umsetzen. Dabei stimmen wir die Planungen eng mit dem eingerichteten Runden Tisch ab.

Regionaler Verkehr

Neben der Umsetzung der beschlossenen Straßenbauprojekte hat für uns die Bereitstellung von Mitteln für die Erhaltung und Sanierung von Straßen, Brücken und Radwegen höchste Priorität. Schlechte Straßen stellen für Wirtschaftsverkehre ein Hindernis dar. Auf Neben- und Wohnstraßen führen Schlaglöcher zu einer Beeinträchtigung der Aufenthaltsqualität und stellen eine Gefahrenquelle dar. Sparen

in diesem Bereich führt zu dramatischen Vermögensverlusten und einer schlechteren Verkehrsqualität. Wir treten für die Schaffung eines „**Sonderfonds Straßensanierung**“ ein, durch den sichergestellt werden soll, dass wichtige Straßen und insbesondere Gefahrenschwerpunkte in Stand gesetzt werden. Dazu gehören für uns Altenwall/Tiefer, Am Wall zwischen Doventor und Bürgermeister-Smidt-Straße, der Autobahnzubringer Überseestadt, die Duckwitzstraße oder die Karl-Carstens-Brücke.

Wir haben das umfangreichste Programm zum Ausbau des **öffentlichen Personennahverkehrs** auf den Weg gebracht. In den nächsten vier Jahren geht es darum, die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen. Vorrangig geht es um Maßnahmen wie die Verlängerung der **Straßenbahnlinie 4** ins niedersächsische Umland nach Lilienthal bis zum Falkenberger Kreuz, die Fertigstellung eines eigenen Bahnkörpers der Linie 4 zwischen Bismarckstraße und Hollerallee, die Verlängerung der **Straßenbahnlinie 1** von der Züricher Straße zum Bahnhof Mahndorf und vom Roland-Center nach Mittelshuchting, die Verlängerung der **Straßenbahnlinien 2 und 10** von Sebaldsbrück bis Osterholzer Landstraße bzw. zum DaimlerChrysler-Werk und die Wiederaufnahme des Schienenverkehrs auf der **Farge-Vegesacker-Eisenbahn**.

Den Grundstein für eine Ausschreibung des **Regio-S-Bahn-Netzes** in der Region haben wir gelegt. Ein wichtiger Bestandteil des Regio-S-Bahn-Netzes stellt die Verbindung von Bremerhaven-Lehe über den Bremer Hauptbahnhof nach Twistringen dar. In der nächsten Legislaturperiode werden komfortablere Fahrzeuge und saubere Bahnhöfe einen großen Beitrag zur Attraktivitätssteigerung im Schienenverkehr leisten. Mit der Umsetzung des Regio-S-Bahn-Systems realisieren wir einen barrierefreien Zugang zu den Bahnsteigen.

Den Hauptbahnhof in Bremerhaven wollen wir umfassend modernisieren. Sowohl das Bahnhofsgebäude als auch die Bahnsteige sollen entsprechend den heutigen Standards umgebaut werden. Durch den Einbau von Fahrstühlen werden auch hier die Züge barrierefrei erreichbar sein. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für die Einführung eines 15-Minuten-Taktes zwischen dem Bremer Hauptbahnhof und Bremen-Vegesack ein.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) sorgen dafür, dass täglich rund 300.000 Menschen pünktlich, komfortabel und sicher mit den Straßenbahnen und Bussen ihr Fahrtziel erreichen. Wir schätzen die Leistungen der Beschäftigten. Wir haben die Voraussetzungen für eine konsequente Fortsetzung des Sanierungskurses und ein wettbewerbsfähiges Unternehmen geschaffen. Der eingeschlagene Sanierungskurs muss fortgesetzt werden.

Verkehrsbeschleunigungsprogramm

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir durch zahlreiche Maßnahmen den Verkehrsfluss im Stadtgebiet spürbar verbessert. Gleichzeitig ist uns wichtig, dass sich alle Verkehrsteilnehmer sicher fortbewegen können. Der Grüne Pfeil ist

mittlerweile flächendeckend im Stadtgebiet eingeführt worden. Rund 70 Prozent der Ampeln werden in der Nacht abgeschaltet, und mit dem Abbau überflüssiger Verkehrszeichen haben wir begonnen. Auf neun Hauptverkehrsstraßen ist inzwischen eine „Grüne Welle“ geschaltet. Außerdem haben wir das LKW-Führungsnetz überarbeitet, so dass die Innenstadt vom Durchgangsverkehr weitgehend entlastet wird. Wir werden uns dafür einsetzen, auch weitere Straßenzüge zu identifizieren, die sich für die Realisierung **Grüner Wellen** anbieten.

Bislang haben wir im Rahmen eines Pilotprojektes in zwei Bremer Stadtteilen überzählige Verkehrszeichen abgebaut. Durch diese Maßnahme haben wir die Verkehrssicherheit erhöht und die Verständlichkeit von Verkehrsanordnungen verbessert. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittel für einen weiteren kontinuierlichen Abbau von Verkehrszeichen in allen Bremer Stadtteilen bereitgestellt werden.

In einigen Städten wurden positive Erfahrungen mit der Einführung so genannter **Rest-Rot-Ampeln** gemacht. Bei diesen Ampeln wird durch ein zusätzliches Signal den wartenden Fußgängern angezeigt, wie viele Sekunden es noch bis zum Umspringen des Ampellichts dauert. Diese Maßnahme trägt deutlich zur Verkehrssicherheit bei. Wir wollen den Einsatz von Rest-Rot-Ampeln im Rahmen eines Pilotprojektes an innerstädtischen Querungspunkten oder im Bereich von Schulen prüfen.

Durch die **Verkehrsmanagementzentrale**, die im Jahr 2004 ihren Betrieb aufgenommen hat, ist es möglich, durch Kameras Daten über die aktuelle Verkehrslage und Störungen auf den Straßen in und um Bremen zu erhalten. Die ermittelte Verkehrslage wird über Radio oder im Internet veröffentlicht. Die Leistungen der Verkehrsmanagementzentrale sind für den Wirtschaftsstandort Bremen von großer Bedeutung, da Staus frühzeitig erkannt und umfahren werden können. Zugleich leistet die Verkehrsmanagementzentrale einen Beitrag zur Verbesserung der Umweltqualität. Wir sichern die Finanzierung dieser Einrichtung auch weiterhin ab.

Fahrradstadt Bremen

Die Bremerinnen und Bremer fahren gerne Fahrrad – ob zur Arbeit oder in der Freizeit. Rund 20 Prozent der täglichen Wege werden in Bremen mit dem Fahrrad zurückgelegt. Fahrradfahrer leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Entlastung von Stadtstraßen und zum Umweltschutz.

Bremen verfügt heute über eines der geschlossensten und dichtesten Radverkehrsnetze aller deutschen Großstädte. In den vergangenen Jahren konnte das Radwegenetz kontinuierlich ausgebaut und das Stellplatzangebot durch Neubau und Verbreiterung von Radwegen in der Langemarckstraße, in der Senator-Apelt Straße, am Waller Ring und in der Landwehrstraße erweitert werden.

Wir treten im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten dafür ein, dass wichtige Radwegeverbindungen wie Tiefer/Altenwall, Wartburgstraße, Münchener Straße oder Bismarckstraße saniert werden. In der Innenstadt und den Stadtteilzentren schaffen wir bedarfsgerecht weitere Fahrradstellplätze.

Aus unserer Sicht ist Car-Sharing (Nachbarschaftsauto) ein wichtiger Baustein eines umweltfreundlichen Verkehrssystems. Beim Car-Sharing kann der Kunde rund um die Uhr über Telefon oder Internet bei einem Car-Sharing-Anbieter für einen beliebigen Zeitraum ein Auto buchen und dieses selbstständig abholen. Car-Sharing-Parkplätze befinden sich im gesamten Stadtgebiet. Bremen ist eine der Pionier-Städte des Car-Sharing in Deutschland. Mehr als 3.800 Kunden an knapp 40 Stationen nutzen das Car-Sharing-Angebot in der Stadt. Die CDU wird sich dafür einsetzen, weitere Stellplatzflächen im öffentlichen Raum, eine wesentliche Voraussetzung für die zügige Verbreitung des Car-Sharing, auszuweisen.

Umwelt

Regenerative Energie ausbauen – Standort stärken

Für die Bremer CDU ist die Umweltpolitik eines der zentralen Politik- und Handlungsfelder der nächsten Jahre! Die Probleme durch den globalen Klimawandel werden immer drängender. Die ersten Auswirkungen sind bereits jetzt auch bei uns in Bremen zu beobachten: Stärkere und regelmäßig auftretende Sturmfluten, lange und trockene Perioden im Sommer. Die CDU ist der Überzeugung, dass wir vor Ort und ganz konkret etwas tun können, um unseren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Moderne Umweltpolitik ist zudem Standortpolitik, schafft Arbeitsplätze und trägt zur Verbesserung der Wettbewerbssituation von Unternehmen bei.

In Bremen betreiben wir seit vielen Jahren eine Politik, die zum einen darauf ausgerichtet ist, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung deutlich zu steigern, und zum anderen, fossile Energieträger viel effizienter zu nutzen.

Ganz konkret wurden in den vergangenen Jahren nachfolgende Maßnahmen ergriffen:

Wir haben den Ausbau der Erzeugung von **Strom aus Sonnenlicht (Photovoltaik)** durch die Solardachbörse ergänzt, in der Dachflächen für die Nutzung der Sonnenenergie angeboten und gesucht werden können. Die **Nah- und Fernwärme** (z. B. Universität Bremen, Technologiepark oder der Stadtteil Leherheide) aus der Müllverbrennungsanlage haben wir ausgebaut und Förderprogramme zur Steigerung der Energieeffizienz in Wohngebäuden sowie ein **Stromsparprogramm für öffentliche Gebäude** aufgelegt. Wir haben die **rationelle Energienutzung** in Gewerbe und Wirtschaft gefördert und am europäischen Benchmarking „European Energy Award“ teilgenommen. Nicht zuletzt haben wir die Nutzung erneuerbarer Energien durch Förderung von Technologieentwicklungen ausbauen können. In

Bremen und Bremerhaven ist für uns als CDU zudem die zusätzliche Wärmedämmung an Häusern ein Schlüssel für eine effizientere Nutzung von Energie.

Die Erfolge dieser Projekte lassen sich zum Beispiel daran erkennen, dass die CO₂-Emissionen jährlich um 500.000 Tonnen reduziert werden konnten.

- Die CDU setzt sich dafür ein, dass die vielfältigen **Förderprogramme für Private** (Wärmeschutz im Wohngebäudebestand, Ersatz von Elektroheizungen) weiterhin angemessen ausgestattet und fortgesetzt werden.
- Wir wollen, dass auch **Industrie und Gewerbe** sowohl Beratung als auch finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung von Maßnahmen zur sparsamen Energieverwendung bzw. bei der Erstellung von Energiekonzepten erhalten.
- Wir werden uns weiter für die Installation von Sonnenkollektoren auf Dachflächen öffentlicher Gebäude und für den Ausbau der Solarenergie einsetzen.
- Wir unterstützen die Realisierung des privatwirtschaftlich geplanten **Wasserkraftwerks** an der Weser.

Windenergie

Eine ganz besondere Bedeutung misst die CDU dem weiteren Ausbau der **Windenergie** bei. Diese hat sich in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt. Dabei leistet die Windenergie nicht nur einen sehr wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, in Bremen ist sie zudem ein Jobmotor. Rund 800 Menschen arbeiten bereits in dieser Branche, mehr als 2.400 können es künftig werden. Insbesondere aufgrund seiner Nähe zum Meer ergeben sich für Bremerhaven sehr gute Entwicklungspotentiale für den Ausbau der Windenergie auf See.

Das Land Bremen hat in den vergangenen Jahren optimale Rahmenbedingungen für Unternehmen geschaffen und damit die Voraussetzungen für eine weitere Stärkung der Windenergiestandorte Bremen und Bremerhaven gelegt:

Wir haben weitere Standorte für Windkraftanlagen ausgewiesen und die Windenergie-Agentur Bremerhaven/Bremen e.V. (WAB) gegründet. Die Forschungs- und Koordinierungsstelle Windenergie (fk-wind) hat ihre Tätigkeit aufgenommen. In Bremerhaven wurde das Center für Windenergie und Meerestechnik (CWMT) der Fraunhofer-Gesellschaft mit dem deutschen Kompetenzzentrum Rotorblatt gegründet. Wir haben Flächen für die Offshore-Prototypen bereitgestellt und damit begonnen, das Gewerbegebiet Luneort als zukünftigen Standort für die Herstellung von Offshore-Windkraftanlagen auszubauen. Wir haben Aus- und Fortbildungsangebote im Bereich der Windenergie geschaffen. In Bremen und

Bremerhaven konnten wir durch diese Maßnahmen namhafte Anlagenhersteller und weitere Windindustrie-Betriebe ansiedeln.

Für die CDU sind diese sichtbaren Erfolge Grund genug, die eingeschlagene Politik zur Unterstützung der Windenergie an Land und auf See fortzusetzen, damit sich die Standorte Bremen und Bremerhaven weiter als Kompetenzzentren für Windenergie profilieren können. Dabei gilt es, sowohl die infrastrukturellen Voraussetzungen als auch die Kompetenzen im Bereich Forschung zu fördern und die Entwicklung notwendiger technologischer Innovationen mit Nachdruck zu unterstützen. Zudem sollen in der kommenden Legislaturperiode die Anlagen an den jetzt beschlossenen Standorten zügig realisiert werden. Wir setzen uns für eine Verbesserung der Netzinfrastruktur ein, damit es nicht zu Instabilitäten im Netz kommt und die hohe Verfügbarkeit der elektrischen Energieversorgung erhalten bleibt.

Energie muss weiterhin bezahlbar bleiben

Hohe Energiepreise treffen in erster Linie die Endverbraucher, direkt durch höhere Energiekosten und indirekt durch insgesamt höhere Preise für Waren und Dienstleistungen. Daneben belasten sie Handel und Industrie und hemmen damit die wirtschaftliche Entwicklung. Trotz einer Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen konnte ein echter Wettbewerb, der sich insbesondere durch niedrige Preise für Endverbraucher bemerkbar macht, bisher nicht entstehen. Die CDU setzt sich aus diesem Grund für eine Beibehaltung der Strompreisprüfung als Instrument der Preiskontrolle ein. Nur so kann gewährleistet werden, dass Energie auch weiterhin bezahlbar bleibt.

Ziel der Energiepolitik muss es darüber hinaus sein, den Stromerzeugungsstandort Bremen zu sichern und auszubauen, um eine langfristig günstige Energieversorgung für die Bürger zu gewährleisten. Dies ist ein Beitrag zur Stärkung des bremischen Energieversorgers und erhält und schafft Arbeitsplätze. Pläne zu Errichtung eines ökologisch und energetisch optimierten (Erhöhung der Effizienz durch Nutzung der entstehenden Wärme als Fernwärme für die Überseestadt) Kraftwerks in Mittelsbüren sind deshalb zu unterstützen.

Stabile Gebühren

Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Kommunen ist die Abfallwirtschaft in Bremen sowohl durch Kostenstabilität als auch durch sehr hohe ökologische Standards gekennzeichnet. Dies ist ein Erfolg der Entscheidung zur Privatisierung der Abfallwirtschaft. Nach vielen Jahren der Gebührenstabilität konnten die Hausmüllgebührensätze im vergangenen Jahr sogar um durchschnittlich 2,5 Prozent gesenkt werden.

Ein besonderes Augenmerk muss in diesem Zusammenhang auf die Neugestaltung der Abwassergebühren gelegt werden. Eine gesplittete Abwassergebühr lehnen wir

ab. Aus Verbraucherschutzgründen und zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes sind alle Spielräume konsequent auszunutzen, um zu einer deutlichen Gebührensenkung für private und gewerblich-industrielle Nutzer zu kommen.

Bremen – eine saubere Stadt

Die Sauberkeit von Fußgängerzonen in der Innenstadt, von Fußwegen, Plätzen und Grünanlagen beeinflusst das Erscheinungsbild unserer beiden Städte und trägt dazu bei, dass sich Bürger und Touristen wohl fühlen. Durch die Arbeit der Leitstelle „Saubere Stadt“ in der Stadt Bremen konnten in den vergangenen Jahren in diesem Bereich wichtige Fortschritte erzielt werden:

Wir haben die Zahl der so genannten „Müllsheriffs“, die die Sauberkeit öffentlicher Flächen überwachen, aufgestockt und regelmäßige Reinigungsfrequenzen für Grünflächen und das Straßenbegleitgrün festgelegt. Die Aktion „Bremen räumt auf“ fand regelmäßig und stadtweit statt. Ein besonderes Augenmerk haben wir auf die Graffiti-beseitigung insbesondere an Tunneln, Unterführungen und Denkmälern gelegt. Durch die Bereitstellung von so genannten Hundekotbehältern konnten die Belastungen in den Grünanlagen erheblich minimiert werden.

Die CDU will den eingeschlagenen Weg zur Sauberkeit in Bremen fortsetzen:

- Wir werden uns für die dauerhafte Finanzierung der so genannten „Müllsheriffs“ einsetzen.
- Wir wollen Private und kleinere Unternehmen bei der Beseitigung von Graffiti an Hauswänden etc. durch ein Förderprogramm finanziell unterstützen.
- Wir wollen, dass stark von Hundekot betroffene Flächen identifiziert und mit zusätzlichen Behältern ausgestattet werden. In diesen Gebieten sollen zudem die Müllsheriffs verstärkt Kontrollen durchführen.
- Wir befürworten eine Erhöhung der Bußgelder für die Nichtbeseitigung von Hundekot.

Sowohl im gewerblichen als auch im privaten Bereich fallen viele Abfälle an. Der Prozentsatz der verwerteten Abfälle ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Dies hat dazu geführt, dass aus der Abfallwirtschaft im Land Bremen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor geworden ist und zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Auch im Bereich der Entsorgung privater Haushalte konnten Verbesserungen erzielt werden: die Einführung der blauen Papiertonne oder die Einführung der gelben Tonne in ausgewählten Stadtteilen. Durch die flächendeckende Mülltrennung im Land Bremen konnte die Abfallmenge in privaten Haushalten deutlich reduziert werden.

Parks und Grünanlagen

Bremen und Bremerhaven sind reich an öffentlichen Grünflächen. Parks, Kleingärten, Friedhöfe, aber auch die zahlreichen Naturschutzgebiete prägen das Bild unserer beiden Städte und bieten Möglichkeiten der Entspannung und Erholung.

Parkanlagen wie der Bürgerpark, der Rhododendronpark mit botanika, Knoops Park im Bremer Norden oder der Speckenbütteler Park bzw. der Bürgerpark in Bremerhaven sind weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt und auch für Touristen wichtige Anziehungspunkte. Die CDU schätzt insbesondere das ehrenamtliche Engagement der zahlreichen Mitglieder von Fördervereinen von Parks und Grünanlagen. Diese leisten durch ihre Tatkraft einen wichtigen Beitrag zum Erhalt, Pflege und Entwicklung der Anlagen.

In der vergangenen Legislaturperiode konnte die Umgestaltung bzw. Sanierung zahlreicher öffentlicher Grünanlagen wie zum Beispiel der Neustadtwallanlagen oder des Grünzugs Leher Feld in Horn-Lehe abgeschlossen werden. Die Aufwertung weiterer Grünanlagen wie der Neustadtwallanlagen im Bereich Piepe oder der Grünanlage mit Spielplatz Bahrs Plate in Blumenthal konnte begonnen werden. Mit dem **Spielplatzprogramm** des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr wurden zudem 2,5 Mio. Euro zur Qualitätsverbesserung und Neugestaltung öffentlicher Spielplätze bereitgestellt.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass trotz des engen Finanzrahmens die Pflegestandards in den öffentlichen Grünanlagen aufrechterhalten werden und notwendige Aufwertungsarbeiten durchgeführt werden. Auch die Mittel für die Pflege des **Straßenbegleitgrüns** dürfen nicht gekürzt werden.

Durch den Besuch von Landschaftsschutzgebieten erfahren die Menschen viel über die Zusammenhänge in der Natur, aber auch über ihre Gefährdung. Wer dieses Wissen hat, weiß um die Schutzbedürftigkeit dieser Grüngürtel. Die CDU unterstützt deshalb eine Weiterentwicklung des Projektes „**Erlebnisraum Natur**“, das durch Beschilderungen, Führungen und Beobachtungspunkte versucht, Menschen die Natur- und Landschaftsschutzgebiete näher zu bringen.

Die bereits jetzt erfolgreich durchgeführten Veranstaltungen in den Parks wie zum Beispiel der „Sommer in Lesmona“ oder das Wallfest werden sehr gut angenommen. Derartige Events sollen auch auf andere Parks ausgeweitet werden.

Die **Kleingärten** übernehmen eine wichtige Erholungsfunktion in unseren Städten. Die Gartenfreunde im Land Bremen pflegen und entwickeln sowohl ihre Parzellen als auch das Rahmengrün und leisten ihren Beitrag zum positiven Gesamterscheinen des Bremer Grüns. Die CDU erkennt diese Leistungen an und möchte gemeinsam mit dem Landesverband an der Weiterentwicklung des Kleingartenwesens (Umgang mit Leerständen, Identifizierung neuer Zielgruppen, Ausbau der Schulung und Fortbildung) arbeiten.

Auch in anderen Bereichen des Naturschutzes konnten in der vergangenen Legislaturperiode wesentliche Erfolge erzielt werden: So wurde die neue **Baumschutzverordnung** stark vereinfacht und überträgt dem Eigentümer mehr Eigenverantwortung. Und mit der Meldung der „Natura 2000 Gebiete“ wurde die Vorgaben der Europäischen Kommission erfüllt und der Lebensraum seltener Tier- und Pflanzenarten langfristig unter Schutz gestellt.

Landwirtschaft – ökologisch und traditionell

Auch in einem Stadtstaat wie Bremen muss die Landwirtschaft eine Entwicklungsperspektive haben. Die CDU sieht diese für die konventionelle ebenso wie für die „ökologisch orientierte“ Landwirtschaft.

Fördermaßnahmen für den ländlichen Raum haben zu einer Aufwertung der landwirtschaftlich genutzten Flächen unter Berücksichtigung des Arten- und Biotopschutzes geführt und gleichzeitig zu einer Stabilisierung landwirtschaftlicher Betriebe beigetragen.

In den bestehenden Schutzgebieten soll das Zusammenspiel von Belangen der Landwirtschaft, des Tourismus und des Naturschutzes noch besser gestaltet werden.

Wir wollen unsere landwirtschaftlichen Betriebe bei der Bewältigung des Strukturwandels unterstützen. Daher fördern wir Veränderungen, auch baulicher Art, damit die Landwirte sich „zweite Standbeine“ erschließen können.

Insbesondere hinsichtlich der Bereiche Naherholung, Tourismus und regenerative Energien sehen wir noch Wachstumspotentiale. Dabei wird es wichtig sein, bremische Umweltauflagen nicht unnötig bürokratisch zu überfrachten, sondern mit Augenmaß und in Kooperation mit den Landwirten zu entwickeln.

Novellierung des Landesjagdgesetzes

Die CDU setzt sich für eine Novellierung des Landesjagdgesetzes in Anlehnung an die in Niedersachsen beschlossenen Regelungen ein. Das neue Gesetz soll sowohl den Erfordernissen des Arten- und Naturschutzes genügen als auch die Belange von Jagd und Jägern berücksichtigen.

Saubere Umwelt – Luft, Lärm, Boden

Lärm und Schadstoffe in der Luft und im Boden belasten die Menschen und beeinträchtigen ihre Lebensqualität und ihre Gesundheit. In Großstädten wie Bremen und Bremerhaven mit ihren zahlreichen Verkehren, der ansässigen Industrie sowie den privaten Verbrauchern lassen sich diese Belastungen nicht vollkommen vermeiden. Die CDU setzt sich dafür ein, die Belastung von Luft, Böden, Gewässern und Seen durch eine Vielzahl von aufeinander abgestimmten Maßnahmen zu verringern.

Eine wichtige Maßnahme ist in diesem Zusammenhang die Schließung des Autobahnringes (Fertigstellung der A 281). Nach der Fertigstellung der A 281 wird sich der Durchgangsverkehr durch das Stadtgebiet erheblich reduzieren. Dies wird zu einer spürbaren Verkehrsentslastung sowie Schadstoffreduzierung führen. Zahlreiche Quartiere erfahren so eine nachhaltige Aufwertung.

Mit weiteren Maßnahmen wurde in dieser Legislaturperiode versucht, die Lebensqualität in unseren beiden Städten zu verbessern:

- Erarbeitung eines Aktionsplans zur Luftreinhaltung;
- Einwerbung zusätzlicher Mittel für Bremen aus dem Lärmschutzprogramm des Bundes (zum Beispiel für Projekte in Huchting und Arsten);
- Beginn der flächendeckenden Lärmkartierung, um aussagekräftige Ergebnisse über die Lärmsituation zu erlangen;
- Systematische Aufarbeitung der Altlasten;
- Verbesserung der Wasserqualität der Weser und sonstiger Gewässer durch den Ausbau der Kläranlagen.

Die CDU wird sich auch in der kommenden Legislaturperiode für eine lebenswerte Umwelt einsetzen und darauf achten, dass die Vorgaben der Europäischen Union zur Verringerung der Luftverschmutzung und des Lärms und des Bodens eingehalten werden. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob eine Umweltzone eine sinnvolle und verträgliche Maßnahme zur Minderung der Schadstoffbelastung darstellt.

Hochwasserschutz

Aufgrund der sich bereits jetzt andeutenden Klimaveränderungen muss in Zukunft mit höheren und häufigeren Sturmfluten gerechnet werden. Aus diesem Grund wird die CDU dem Deichschutz noch mehr Bedeutung beimessen. Der gemeinsam mit dem Land Niedersachsen erarbeitete **Generalplan Küstenschutz** zeigt Maßnahmen auf, mit denen auch mittel- und langfristig der Hochwasserschutz garantiert werden kann. Die CDU setzt sich für ein **Sonderprogramm Deichschutz** ein, für dessen Umsetzung die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Starke Partnerschaft von Ökonomie und Ökologie

Für die CDU ist die Umweltwirtschaft ein wichtiger Baustein einer modernen Umweltpolitik. Die Entwicklung von umweltfreundlichen Produkten, der sparsame Verbrauch von Ressourcen oder auch die Anwendung von Umweltmanagementsystemen sind Kennzeichen ökologischen Wirtschaftens. Im Bereich der Umweltwirtschaft konnten in den vergangenen Jahren bedingt durch die unterschiedlichen Förderinstrumente zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen werden. Die CDU setzt sich für die Aufrechterhaltung und angemessene Ausstattung dieser

Förderprogramme ein und unterstützt alle Bemühungen des freiwilligen betrieblichen Umweltengagements.

Zudem hat sich die „**partnerschaft umwelt unternehmen**“ zu einem erfolgreichen Netzwerk zwischen Wirtschaftsunternehmen und der Verwaltung entwickelt. Mittlerweile gehören mehr als 80 Unternehmen diesem Zusammenschluss an, der Anreize für freiwilliges Umweltengagement und die Investition in moderne Umwelttechnologien bietet. Der **Bremer Umweltpreis**, einer der höchstdotierten Umweltpreise in Deutschland, rundet die Aktivitäten zur Unterstützung des Umweltengagements von Unternehmen im Land Bremen ab.

Kulturstadt – Stadtteilkultur

Bremen und Bremerhaven haben eine überaus vielseitige und attraktive Kunst- und Kulturszene. Diese kulturelle Attraktivität entsteht durch und lebt von einer guten Mischung aus staatlicher institutioneller Förderung und ehrenamtlichem bürgerschaftlichen Engagement. Die Kulturhauptstadtbewerbung hat Kunst und Kultur im Lande Bremen zahlreiche wichtige Impulse gegeben.

Die Stadtteilkultur bietet ein breites Spektrum und vermittelt mit ihrem dichten Netz von Bürgerhäusern, Kulturzentren, Kulturwerkstätten und Initiativen Kultur für alle. Sie ist in dieser Form bundesweit einmalig.

Als kulturelle Aushängeschilder sind das Bremer Theater, die Kunsthalle, die Glocke, das Deutsche Auswandererhaus, das Deutsche Schifffahrtsmuseum, das Morgenstern-Museum, das Theater Bremerhaven, das Focke-Museum, das Überseemuseum oder das Neue Museum Weserburg überregional bekannt und anerkannt. Bremen ist Musikstadt und hat mit dem Musikfest, den Bremer Philharmonikern und der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen ein starkes Profil. Auch Einrichtungen wie die Shakespeare-Company, das Kinder- und Jugendtheater „Moks“ oder das Junge Theater beleben unsere Kulturszene.

Kunst und Kultur brauchen Freiräume und Verlässlichkeit für ihre Entfaltung. Die Kultur braucht deshalb die Politik als verlässlichen Partner. Publikum und Besucher leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Profilierung: Mit dem Besuch und der Wahrnehmung des attraktiven Angebots zeigen sie, dass wir unsere Kulturszene und unsere kulturellen Einrichtungen brauchen.

Kulturpolitik zwischen Bewahren und Erneuern

Der Masterplan für die Kulturentwicklung Bremens bis zum Jahr 2011 wurde auf breiter Basis erarbeitet und diskutiert und ist Leitlinie für alle Beteiligten, Institutionen, Kulturschaffende und Kulturpolitiker.

Kulturförderung steht im Spannungsfeld zwischen Bewahren und Erneuern. Die Vergabe staatlicher Finanzmittel für Kunst und Kultur muss beiden Seiten gerecht werden. Für uns ist Kulturförderung keine Subvention, sondern eine Investition in die Zukunft unserer Städte und unseres Landes. Kulturelle Attraktivität erhöht die

Lebensqualität der Bremerinnen und Bremer und ist ein wichtiger Standortfaktor für den Tourismus sowie für Bremens Funktion als Oberzentrum im Nordwesten.

Die erfolgte Neuaufstellung gibt dem Bremer Theater eine konkrete und langfristige Zukunftsperspektive. Der designierte Generalintendant wird zur Spielzeit 2007/08 seine Arbeit am Bremer Theater aufnehmen. Ein neuer Kurs und ein neues Team setzen neue Akzente und bauen auf Bewährtem auf. Wir versprechen uns neue Impulse im Event-Management, im Fundraising und im Marketing für das Theater und Bremen. Nur wer Neues wagt und angeht, kann erfolgreich sein. Dieser Erfolg ist wichtig für die langfristige Absicherung des Hauses, zu dem wir uns ganz ausdrücklich bekennen.

Wir führen den Betrieb der Volkshochschule Bremen (VHS) am Standort „Bamberger Haus“ zusammen. Diese Entscheidung sichert die Arbeit der VHS langfristig und ist ein entscheidender Schritt in die Zukunft. Ein zentraler Veranstaltungsort wird die Wahrnehmung der VHS in der Stadt stärken und das Profil schärfen. Zum Winter 2007 wird der Umzug der VHS das Stephaniviertel weiter aufwerten.

Mit dem Konzept zur Neuordnung des Bibliothekangebots in Bremen ist ein Projekt, das die CDU schon seit langem verfolgt, erfolgreich umgesetzt worden. Die Stadt ist mit der Zentralbibliothek Am Wall und den Bibliotheken in den Stadtteilen Huchting, Lesum, Osterholz, Vahr, Vegesack und im Bremer Westen mit einem qualitativ hochwertigen Angebot präsent. Davon profitieren insbesondere Kinder und Jugendliche, für die ein früher Zugang zu Literatur wichtig ist.

- Wir wollen bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt in den Bereichen Kunst und Kultur stärken.
- Wir wollen das Freiwillige Soziale Jahr für Kultur ausbauen und erhoffen uns damit, noch mehr junge Menschen für ein solches Engagement gewinnen zu können.
- Wir setzen auf Projektförderung, die Gestaltungsspielräume eröffnet, einen Wettbewerb der Ideen fördert und neue Impulse gibt – ohne dabei zu einer Dauerfinanzierung zu werden.
- Wir wollen die Nachwuchsförderung weiter verstärken und Kinder und Jugendliche neugierig auf die Welt der Musik, der Kunst und der Literatur machen. Dazu brauchen Initiativen wie „Jugend musiziert“ oder die „Start Jugend Kunst Stiftung Bremen“ aber auch der Musik- und Kunstunterricht an den Schulen unsere Unterstützung.
- Wir bauen bei der Jugendförderung die Kooperationen der Musikschule Bremen mit den Klangkörpern der Stadt aus.
- Wir setzen uns für das Staatsarchiv als den Schlüssel zur Bremischen Geschichte ein. Dazu müssen wir die Arbeit des Staatsarchivs – auch im personellen Bereich – langfristig absichern.

- Wir setzen uns für einen verantwortungsvollen Umgang mit den für Kunst und Kultur zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln ein und wollen keine „Ökonomisierung von Kunst und Kultur“. Unser Ziel ist es, mehr Kunst und Kultur zu ermöglichen.
- Wir setzen uns für einen Anbau der Kunsthalle Bremen ein, um auch in Zukunft große Ausstellungen mit internationalen Leihgaben realisieren zu können.
- Wir wollen eine Stärkung des Kulturmarketings, wie zum Beispiel den Ausbau der Marke „Musikstadt Bremen“.
- Wir brauchen in Zukunft starke Kooperationen zwischen Wirtschaft und Kultur, die einen erheblichen kulturellen Beitrag zu leisten im Stande sind.

Leben mit Behinderungen

Wir haben uns stets in aktiver und bewusster Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden für eine gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am Leben in unserer Gesellschaft eingesetzt. Wir stehen voll und ganz zu der integrativen Beschulung behinderter Kinder in Kooperationsklassen und Förderzentren. Bei der Zuweisung der Stunden für die Sonderbedarfe der Förderzentren haben wir deren besondere Belange berücksichtigt. Die verlässliche und verpflichtende Grundschule gilt für alle Schulkinder. Bei den Eingliederungshilfen haben wir mit allen Mitteln dafür gekämpft, zumindest einen gewissen Grundbetrag zu erhalten. Mit der Einsetzung eines Landesbehindertenbeauftragten sind wir einen wichtigen Schritt in Richtung auf die Verwirklichung einer gleichberechtigten Teilhabe behinderter Menschen am Leben gegangen.

Starke Förderung und Integration

- Wir wollen uns besonders der behinderten Menschen in unserer Gesellschaft annehmen, denn Menschen mit Behinderungen sind Teil unserer Gesellschaft, an der wir ihnen eine aktive Teilhabe ermöglichen wollen. Förderung und Integration stehen deshalb für uns an erster Stelle.
- Wir setzen die Zusammenarbeit mit LAG und Wohlfahrtsverbänden fort, um eine gelungene Integration zu erreichen.
- Wir stehen für die integrative Beschulung und setzen uns für die entsprechende Ausstattung der Förderzentren ein.
- Wir wollen ein barrierefreies Leben in der eigenen Wohnung und in der Stadt, auf Straßen und Wege und beim Zugang zu öffentlichen Gebäuden sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln ermöglichen.
- Wir stehen für die Teilhabe am Arbeitsleben und unterstützen Behinderte bei der Arbeitssuche ebenso wie bei der Ausübung einer Tätigkeit.

- Potentielle Arbeitgeber wollen wir durch gezielte Förderung und die Vereinfachung von Verwaltungsabläufen zum Umdenken bewegen, um zu erreichen, dass mehr behindertengerechte Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden.

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Die Kirchen und kirchlichen Organisationen leisten wichtige Beiträge in nahezu allen gesellschaftlichen, sozialen und politischen Bereichen und sind tragende Elemente unserer Stadtgesellschaften in Bremen und Bremerhaven.

Für unsere Städte und unser Land sind der interreligiöse Dialog, eine gelebte Ökumene sowie ein gutes Verhältnis zwischen den Religionsgemeinschaften wichtig. Wir werden deshalb auch in Zukunft diese Zusammenarbeit unterstützen. Wir freuen uns über eine lebendige und wachsende jüdische Gemeinde in Bremen. Und wir setzen auf die Integrationsleistung der gemäßigten muslimischen Gemeinden.

Bremen und Bremerhaven wären ohne die Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser der Kirchen und ohne die Einrichtungen der Diakonie oder Caritas ärmer. Diese besondere Fürsorge für die Schwachen und Benachteiligten, die Kranken, die Jungen und Alten sind uns Vorbild und Ansporn. Wir schätzen und unterstützen das Engagement der Kirchen und den unmittelbaren Einsatz am Nächsten.

Wir unterstützen als CDU die Kirchen in ihrem Bemühen, christliche Werte zu vermitteln. Diese ethischen Maßstäbe bieten in einer pluralistischen Gesellschaft den Menschen Orientierung und Halt und haben für die CDU besondere Bedeutung, da sie uns selbst Leitbild und Grundlage unseres Menschenbildes sind.

Ein sicheres Leben gewährleisten

Das Thema „Innere Sicherheit“, das zu den Kernaufgaben des Staates gehört, hat in den letzten Jahren eine neue Bedeutung erfahren. Unsere Polizei- und Sicherheitsbehörden sehen sich nicht nur im Bereich der Alltagskriminalität mit immer neuen und immer schwereren Formen von Straftaten konfrontiert. Weltweit wurden wir durch die Anschläge aufgerüttelt, die islamistisch motivierte Terroristen in New York, Madrid und London verübt haben. Wie real die Gefahr auch in Deutschland ist, haben die versuchten Anschläge mit Kofferbomben in Regionalzügen in Nordrhein-Westfalen im Sommer letzten Jahres gezeigt. Deutschland hat sich vom Ruhe- und Vorbereitungsraum über den so genannten Gefährdungsraum zum Handlungsraum für Terroristen entwickelt.

Neue Herausforderungen – Schnelle Reaktion

Wir haben auf die veränderten Anforderungen schnell und umfassend reagiert und uns mit aller Kraft dafür eingesetzt, den Menschen in Bremen ein friedliches und sicheres

Miteinander zu ermöglichen. Wir konnten zahlreiche wichtigen Reformen in der Gesetzgebung und der Organisation unserer Polizei durchsetzen und damit sicherstellen, dass eine effektive Verbrechensbekämpfung in Bremen kein leeres Wort ist. Die Bremerinnen und Bremer können sich in unseren Städten – entsprechend einem fundamentalen menschlichen Grundbedürfnis – gut geschützt und sicher fühlen.

Das Sicherheitspaket – Mit modernen Gesetzen gegen Terrorismus und Kriminalität: Unter dem Stichwort „Sicherheitspaket“ haben wir ein Bündel von Gesetzesänderungen initiiert, in deren Mittelpunkt der Schutz des Einzelnen vor Terrorismus und Kriminalität steht. Polizisten und Verfassungsschützer haben die Befugnis erhalten, die Konto- und Reisebewegungen von mutmaßlich verfassungsfeindlichen Personen zu beobachten. Außerdem sind die Befugnisse zur akustischen Wohnraumüberwachung erweitert worden. Dadurch haben es terrorismusverdächtige Personen künftig deutlich schwerer, ihre Aktivitäten zu verschleiern. Weiterhin haben wir der Polizei neue Instrumente an die Hand gegeben, um auf schwere Formen der Alltagskriminalität reagieren zu können. So können die Beamtinnen und Beamten zum Beispiel automatische Kennzeichen-Lesesysteme einsetzen, um nach bestimmten Fahrzeugen zu fahnden. Auch die neuen verdachtsunabhängigen Anhalte- und Befragungsrechte sind wichtig, um Straftaten verhindern zu können. Insgesamt hat Bremen jetzt die bundesweit modernsten Gesetze im Bereich der Polizei und des Verfassungsschutzes.

Die Polizeireform – für mehr Effektivität und Stärke vor Ort

Wir haben eine umfassende Strukturreform bei der Polizei auf den Weg gebracht. Bereits umgesetzt ist die organisatorische Neuaufstellung bei der Schutzpolizei, bei der Bereitschaftspolizei sowie im Bereich Wasserschutz und Verkehr. Ziel der Reform ist es, die Polizeipräsenz auf den Straßen zu erhöhen und die Polizei in die Lage zu versetzen, sich um besonders wichtige Aufgaben intensiver kümmern zu können, sowie die Erreichbarkeit der Polizei zu verbessern. Dazu wurde die Zahl der Beamten erhöht, die vermehrt auch per Rad oder zu Fuß auf den Straßen unterwegs sind. Die regionale Kriminalitätsbekämpfung wurde durch die Einrichtung eines speziellen Jugendeinsatzdienstes erheblich verbessert. Die Bereitschaftspolizei wurde um eine zweite Hundertschaft verstärkt und auf vier Standorte in der Fläche verteilt, wo sie den Polizeiinspektionen Nord, Süd, Ost und Mitte/West für Einsätze in den Stadtteilen an Kriminalitätsbrennpunkten und für andere Schwerpunktmaßnahmen zur Verfügung steht. Außerdem wurden bei allen Polizeirevieren spezielle Stellen für Bürger-Kontaktbeamte geschaffen. Die flächendeckende stationäre Präsenz der Polizei wurde durch die Reform nicht berührt; alle 18 Polizeireviere sind erhalten geblieben.

Stärkung der öffentlichen Ordnung

Konsequentes Einschreiten auch gegen „kleinere“ Rechtsverstöße: Wer hat sich nicht schon über angetrunkene und zum Teil lautstark pöbelnde Mitbürger vor dem Hauptbahnhof, unter den Rathausarkaden, auf Spielplätzen oder in Grünanlagen

geärgert? Ein solches Verhalten wie Lagern, Alkoholgenuss oder Urinieren auf öffentlichen Plätzen ist – ungeachtet der sozialen Hilfsbedürftigkeit der betreffenden Personengruppen – nicht akzeptabel, weil es das Wohlbefinden und das persönliche Sicherheitsgefühl anderer beeinträchtigt. Auf unsere Initiative hin wurden die Handlungsmöglichkeiten bei Beeinträchtigungen der öffentlichen Ordnung erweitert, so dass diese seitdem besser und wirkungsvoller unterbunden werden können. Bedeutung hat die Gesetzesänderung auch auf der Diskomeile erlangt. Die dort von der Polizei praktizierte Null-Toleranz-Philosophie, nach der jede Ordnungswidrigkeit konsequent zur Anzeige gebracht wird, stützt sich zum Teil auch auf diese Rechtsänderungen.

Personelle und technische Ausstattung der Sicherheits- und Rettungskräfte

Die personelle und sachliche Ausstattung der Sicherheits- und Rettungskräfte haben wir erheblich verbessert. So hat sich zum Beispiel die Zahl der Vollzugsbeamten der Polizei Bremen seit 2002 jedes Jahr erhöht. In der Summe gibt es heute in Bremen 100 Polizisten mehr als im Jahr 2002. Außerdem haben wir die größte Erneuerung des polizeilichen Fuhrparks vorgenommen, die es in Bremen jemals gegeben hat. Wir haben die 30 Jahre alten Schiffe der Wasserschutzpolizei durch moderne Polizeiboote ersetzt. Wir haben dafür Sorge getragen, dass die Bremer Polizei moderne Einsatzmittel wie z.B. Elektroschockwaffen erhält.

Insgesamt sind die Sicherheitsbehörden in Bremen inzwischen gut für die Zukunft aufgestellt und können wirksam auf die Herausforderungen reagieren, vor denen sie heute und morgen stehen.

Klare Linie – Deutliche Erfolge

Die klare Linie der CDU in der Innenpolitik zeigt inzwischen deutliche Erfolge. Durch die seit mehreren Jahren anhaltende stetige Erhöhung der Zahl der Polizisten und durch die Verbesserung des Personaleinsatzes aufgrund der Polizeireform hat sich die Polizeipräsenz sichtbar erhöht. Außerdem wurde die Polizei endlich in die Lage versetzt, auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren und wichtige orts- oder klientelbezogene Aufgabenschwerpunkte (wie z.B. die Bekämpfung des öffentlich wahrnehmbaren Drogenhandels oder die Bekämpfung der stetig zunehmenden Kinder- und Jugendkriminalität) effektiv und mit dem notwendigen Einsatz an Personal wahrnehmen zu können. Auch größere Sondermaßnahmen - wie der Aufbau eines erheblichen Kontrolldrucks anlässlich der Ermittlungen zu den Brandstiftungen in Huchting und der Steinwürfe auf die Autobahn oder die massive Erhöhung der Polizeipräsenz auf der Diskomeile in der Bremer Innenstadt - sind erst durch die organisatorische Umsteuerung im Rahmen der Polizeireform möglich geworden. Insgesamt gilt, dass Kriminalität in Bremen heute nicht mehr verwaltet, sondern mit allem Nachdruck bekämpft wird.

Die erhöhte Schlagkraft der Polizei spiegelt sich auch in der Kriminalitätsstatistik wieder. Die Polizei ist seit der Polizeireform nicht nur jederzeit in der Lage, auf neue Kriminalitätsfelder wie beispielsweise Stalking effektiv und gezielt zu reagieren. Auch insgesamt ist die Kriminalität deutlich zurückgegangen. Allein vom Jahr 2004 zum Jahr

2005 nahm die Kriminalität in Bremen um 4,6 Prozent (= minus 4665 Straftaten) ab. Der Rückgang der Kriminalität erstreckt sich zwar auf nahezu alle Kriminalitätsfelder, besonders erfreulich ist aber, dass es weniger Menschen gab, die als Opfer von Kriminalität körperlichen Schaden genommen haben.

Ein zweiter wichtiger Indikator dafür, dass die Verbrechensbekämpfung in Bremen auf dem richtigen Weg ist, ist die Entwicklung des subjektiven Sicherheitsempfindens. Dieses hat sich in den letzten Jahren stetig verbessert. Inzwischen erklären über 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, dass sie sich in Bremen sicher fühlen.

- Wir werden die **hohe Polizeipräsenz** auf den Straßen beibehalten, um die damit verbundene Abschreckung von möglichen Straftätern zu gewährleisten, und schaffen somit die Grundlage dafür, dass sich die Bremerinnen und Bremer sicher fühlen können.
- Uns ist wichtig, dass die Polizei weiterhin in der Lage ist, auf besondere Problemlagen mit einem starken Kräfteinsatz zu reagieren. Hierzu wollen wir im Jahr 2007 einhundert Polizeianwärter einstellen und die Anwendung der Personalentwicklungsquote auf den Polizeibereich aussetzen.
- Wir stehen dafür, dass die Polizei für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar bleibt, in dem wir die vielen neu geschaffenen Stellen für Bürger-Kontaktbeamte (KOPs und Jugend-KOPs) aufrechterhalten.
- Wir bekämpfen die Kriminalität noch gezielter und wollen – als **zweite Stufe der Polizeireform** – die Kriminalpolizei neu aufstellen.
- Die Kriminalpolizei soll sich durch die Bildung entsprechender strategischer Schwerpunkte intensiver als bisher um Gewaltdelikte, Eigentums- und Vermögensdelikte, die Betäubungsmittelkriminalität, die Korruptionsbekämpfung und den Bereich Staatsschutz/Terrorismusbekämpfung kümmern.
- Die **Bekämpfung krimineller Strukturen** wollen wir weiter verbessern, indem wir flexible Ermittlungsgruppen, für die im vergangenen Jahr bereits 15 neue Mitarbeiter bei der Kriminalpolizei eingestellt wurden, schaffen.
- Der Kampf gegen die Alltagskriminalität bleibt einer unserer Schwerpunkte, weil die Alltagskriminalität das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen häufig noch stärker berührt als zum Beispiel schwere Wirtschaftsstraftaten.
- Wir treten allen Versuchen einer Entkriminalisierung kleinerer Delikte entgegen und wollen, dass kleine Regelverstöße stärker als bisher in einem beschleunigten Strafverfahren geahndet werden.
- Bei den **Graffiti-Schmierereien** ist es nach jahrelangen Streitereien mit der rot-grünen Bundesregierung endlich gelungen, im Strafgesetzbuch klarzustellen, dass es sich hierbei um eine Sachbeschädigung handelt.

- Mit uns wird es **keine Legalisierung von Fixerstuben** und keine staatliche Abgabe illegaler Drogen geben.
- Wir treten entschieden **gegen jede Art des Drogenhandels** ein, insbesondere werden wir auch in Zukunft den öffentlich wahrnehmbaren Drogenhandel mit Nachdruck bekämpfen.

Um die **Diskomeile** als Treffpunkt für junge Menschen zu erhalten und zu verhindern, dass dort ein durch Gewalt und Verwahrlosung geprägter Raum entsteht, ist auch weiterhin eine starke Präsenz der Polizei und ein Beibehalten der Null-Toleranz-Politik gegenüber jugendlichen Gewalttätern erforderlich. Die intensiven polizeilichen Kontrollen dienen vor allem dazu, die Gewalt und das Mitführen von Waffen zu verhindern. Weiterhin soll erreicht werden, dass nur noch geeignete Türsteher für die Sicherheit in den Diskotheken sorgen. Die Kriminalpolizei, die im vergangenen Jahr u.a. wegen der schweren Straftaten auf der Diskomeile um 15 Beamte verstärkt wurde, muss Hinweisen auf organisierte Kriminalität – insbesondere im Umfeld der Türsteher bzw. bestimmter auf der Diskomeile aktiver ethnisch abgeschotteter Gruppierungen – konsequent nachgehen. Sie geht dabei auch dem Verdacht nach, dass einige der Betriebe von kriminellen ausländischen Clans beherrscht werden. Ein zweiter wichtiger Baustein zur Verbesserung der Situation auf der Diskomeile war die Einrichtung einer mobilen Anlauf- und Beratungsstelle „Pro.Meile“, die jugendlichen Diskobesuchern die Möglichkeit bietet, sowohl direkt vor Ort über die Diskomeile betreffende Probleme zu sprechen, als auch sich bei privaten Problemen Hilfestellung zu holen. Dieses Betreuungs- und Beratungsangebot wollen wir fortführen.

Bei der Bekämpfung der erschreckend hohen **Kinder- und Jugendkriminalität**, die wir als CDU in den letzten Jahren immer mehr in den Fokus der polizeilichen Arbeit gerückt haben, setzen wir auf eine konsequente strafrechtliche Verfolgung der Täter. Sie ergänzt die zahlreichen vorhandenen Präventionsprojekte, ehrenamtlichen Initiativen wie den „Nachtwanderern“ und die Zusammenarbeit von Polizei, Eltern und Schulen. Dies gilt vor allem für die etwa 400 jugendlichen Intensivtäter, die es in Bremen gibt. Auch wenn sich hinter den kriminellen Karrieren dieser Menschen häufig soziale Probleme oder Integrationsprobleme – 80 Prozent der jugendlichen Gewalttäter sind Ausländer – verbergen, kann dies kein Grund sein, den Jugendlichen den Unrechtsgehalt ihrer Taten nicht nachdrücklich vor Augen zu führen. Sie müssen für diese einstehen. Aus Sicht der Opfer ist es egal, ob eine Straftat von einem Erwachsenen oder einem Jugendlichen, von einem Deutschen oder von einem Ausländer begangen wird.

Um auf Straftaten junger Menschen angemessen reagieren zu können, reichen die ergriffenen organisatorischen Maßnahmen im Bereich der Polizei noch nicht aus. Wir wollen auch das **rechtliche Instrumentarium verbessern** bzw. anders anwenden. Dabei geht es uns darum, kriminelle „Karrieren“ zu verhindern. Junge Menschen sollen nicht in kriminelle Strukturen abdriften und sich damit ihr Leben verbauen. Durch eine vermehrte Auferlegung von sozialer Pflichtarbeit als Erziehungsmaßnahme und durch die Anordnung einer Wiedergutmachung wollen wir die soziale Kompetenz der jugendlichen Straftäter entwickeln. Da Bewährungsstrafen von Jugendlichen häufig

nicht als Sanktionen empfunden werden, treten wir für einen so genannten Warnschussarrest, von ein oder zwei Monaten Dauer ein. Bis zur Schaffung dieser Sanktionsmöglichkeit, wollen wir, dass in diesen Fällen verstärkt Jugendstrafen ohne Bewährung ausgesprochen werden, die dann bei entsprechender Führung nach einer Zeit der Verbüßung im Nachhinein zur Bewährung ausgesetzt werden können. Begeht ein Jugendlicher in der Bewährungszeit eine neue Straftat bzw. hält er sich nicht an Bewährungsaufgaben und -weisungen sollte konsequent und zeitnah von der Möglichkeit des Bewährungswiderrufs bzw. bei Verstoß gegen Auflagen auch des Jugendarrestes Gebrauch gemacht werden. Wir befürworten eine Änderung des Jugendstrafrechts, die dazu führt, dass Straftaten von Heranwachsenden generell nach dem Erwachsenenstrafrecht geahndet werden und eine Anwendung von Jugendstrafrecht bei dieser Personengruppe nur in Ausnahmefällen erfolgt. Zudem treten wir dafür ein, die Höchststrafe im Jugendstrafrecht für besonders schwere Straftaten wie Mord von 10 auf 15 Jahre heraufzusetzen, um solche Verbrechen angemessen sanktionieren zu können.

Im **Jugendhilferecht** wollen wir neue Reaktionsmöglichkeiten schaffen, die straffällige Kinder und deren Eltern stärker in die Pflicht nehmen. Notorische Mehrfachtäter, bei denen erzieherische Maßnahmen nicht mehr greifen, müssen als *ultima ratio* in geschlossenen Heimen untergebracht werden.

Auch wenn der überwiegende Teil der in Bremen lebenden Ausländer gut integriert ist und die allermeisten Ausländer ein Leben frei von Straftaten führen, dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass mehr als **ein Viertel aller Straftaten von Ausländern begangen** wird, obwohl ihr Anteil an der Bevölkerung nur knapp über 10 Prozent liegt. Allein unter den Intensivstraftätern befanden sich in den letzten sechs Jahren 1400 Ausländer, die mehr als 29.000 Straftaten begangen haben. Um die Begehung weiterer Straftaten in Deutschland zu verhindern, treten wir dafür ein, bei ausländischen Straftätern neben strafrechtlichen in aller Regel auch ausländerrechtliche Maßnahmen zu ergreifen. Der dringendste Handlungsbedarf besteht derzeit bei verschiedenen in Bremen und dem niedersächsischem Umland lebenden Familien und Gruppierungen, die nicht nur in großem Umfang Straftaten begehen, sondern bei denen sich auch die Verfestigung einer kriminellen Nebengesellschaft mit eigenen, der hiesigen Rechtsordnung nicht in Einklang stehenden Wertvorstellungen abzeichnet. Um die konsequente Rückführung ausländischer Straftäter in ihre Heimatländer zu ermöglichen, haben wir beim Stadtamt eine Sondergruppe eingerichtet, die sich speziell um diese Personengruppe kümmert. Dies allein reicht allerdings nicht aus, um die bestehenden Probleme zu lösen. Vielmehr sind weitere umfangreiche Gesetzesänderungen erforderlich, weil die bestehenden und von der rot-grünen Bundesregierung zu verantwortenden Schwächen des Ausländerrechts selbst bei Schwermisstraftätern in der Praxis nur selten eine Abschiebung ermöglichen.

Wir werden uns auch weiterhin entschieden gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet einsetzen und hierzu die Informations- und Aufklärungsmaßnahmen verstärken.

Wir wollen den **Opferschutz weiter verbessern**, insbesondere sollen Kinder bei Sexualstrafverfahren nicht über das Notwendige hinaus belastet werden. Die Möglichkeiten, bei den Gerichten separate Vernehmungszimmer und Videoschaltungen einzurichten, müssen konsequent genutzt und ausgebaut werden.

Neben der Kriminalität stellen der **Rechts- und Linksextremismus sowie der Extremismus ausländischer Gruppen** große Herausforderungen an die Sicherheitsbehörden in Bremen. Verfassungsfeindliche Kräfte, seien es Islamisten, Neonazis oder autonome Linke, versuchen, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung anzugreifen. Wir bleiben weiterhin wachsam gegenüber extremistischen Bestrebungen jedweder Art. Glücklicherweise teilt die große Mehrheit der hier lebenden Muslime die fundamentalistischen Positionen der Islamisten nicht. Trotzdem wird der Schwerpunkt der Tätigkeit des Verfassungsschutzes auch in den nächsten Jahren eindeutig im Bereich der islamistischen Szene liegen. Nicht wegen der erheblichen Größe dieser Gruppe, sondern wegen der hohen Gewaltbereitschaft. Mit einer Beobachtung des betreffenden Personenkreises ist es nicht getan. Vielmehr treten wir für eine konsequente Ausweisung ausländischer Extremisten ein.

Der Rechtsextremismus hat im Land Bremen bislang keine große Bedeutung erlangt, weil die Sicherheitsbehörden und die demokratischen Parteien den Alt- und Neonazis immer energisch entgegengetreten sind. Es gilt, auch weiterhin hart daran zu arbeiten, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Gleiches trifft auf die Gefahren aus dem linksextremistischen Spektrum zu, die nicht verharmlost werden dürfen. Autonome und andere Linksextremisten versuchen immer wieder, den demokratischen Rechtsstaat in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren und Politik mit dem Mittel der Gewalt zu betreiben.

Wir plädieren für eine neue Strategie zum **Schutz der Bevölkerung bei unvorhergesehenen Ereignissen wie Terroranschlägen oder Umweltkatastrophen**. Der Bund muss seine Verantwortung übernehmen und die Länder in solchen Fällen entlasten. Wir brauchen daher den Auf- und Ausbau eines noch wirkungsvolleren Bevölkerungsschutzes. Zur Frühwarnung der Bevölkerung werden technische Konzepte zu entwickeln sein. Ferner wollen wir die haupt- und ehrenamtlichen Helfer der Feuerwehren und der verschiedenen Organisationen des Katastrophenschutzes auch zukünftig intensiv unterstützen.

Wir werden uns weiterhin für eine gute personelle und technische **Ausstattung der Sicherheits- und Rettungskräfte** einsetzen. Besonders wichtig ist dabei eine Erhöhung der Einstellungszahlen, damit die in den nächsten Jahren stark anwachsende Zahl anstehender Pensionierungen kompensiert wird und die Personalstärken nicht, wie bisher geplant, absinken, sondern auf dem gegenwärtigen Stand gehalten werden können. Bei der Polizei sind zum Beispiel im Jahr 2007 100 Neueinstellungen und in den Jahren 2008 und 2009 jeweils 80 Neueinstellungen erforderlich. Außerdem benötigen die Polizei, die Feuerwehr und die anderen Sicherheitsinstitutionen endlich moderne Kommunikationsmittel. Der von dem damaligen SPD-Bundesinnenminister Schily zu verantwortende Scherbenhaufen beim Digitalfunk muss so schnell wie möglich

beseitigt und spätestens im Jahr 2010 eine Funkversorgung auf digitaler Basis eingeführt werden. Der Erfolg der **Videoüberwachung** des Bahnhofsvorplatzes und in den Bahnen und Bussen der BSAG ist für uns Anlass, über weitere Einsatzorte nachzudenken. An erster Stelle steht für uns eine Videoüberwachung der Diskomeile.

Die Sicherheits- und Rettungskräfte werden durch uns auch in Zukunft eine breite **Rückendeckung** bei ihrer schwierigen Aufgabe erfahren. Auch dies ist Bestandteil einer verlässlichen Sicherheitspolitik, bei der auf uns und die Bremer Sicherheitsbehörden stets Verlass ist.

Schlagkräftige Justiz

Wir setzen uns für eine schnelle, durchsetzungsfähige und schlagkräftige Justiz ein. Mit zügigen Prozessen und angemessenen Strafen wollen wir das Sicherheits- und Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land erhöhen. Wir haben in den vergangenen vier Jahren auf vielfältige Weise darauf hingewirkt, Bremen und Bremerhaven zur sicheren Heimat für die Menschen zu machen und die Gerichte und Haftanstalten des Landes durch sinnvolle Reformen effizient und bezahlbar auszugestalten.

Wir haben erreicht, dass sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven **Fachgerichtszentren** eingerichtet wurden. Im Fachgerichtszentrum in Bremen wurden die Fachgerichte Obergerichtsgericht, Finanzgericht, Landessozialgericht, Verwaltungsgericht und Sozialgericht in einem gemeinsamen Gerichtszentrum zusammengeführt. Durch gemeinsame Einrichtungen wie Bibliothek, Sitzungssaal, Servicepoint und eine Verwaltungsabteilung war es möglich, eine Kosten sparende und dabei effektive und bürgernahe Arbeitsweise einzuführen.

Für die Staatsanwaltschaft ist es uns gelungen, die **Personalzahlen zu verstärken**, damit eine schnelle Verbrechensbekämpfung nicht an einer zu niedrigen Personaldecke und zu langen Verfahrensdauern scheitert. Wir haben durchgesetzt, dass für bestimmte Schwerpunkte der Kriminalitätsbekämpfung Sonderdezernate eingerichtet werden. So haben wir bereits ein **Sonderdezernat**, das für den Umgang mit **jungen Intensivtätern** zuständig ist. Darüber hinaus wurde eine **Task Force** eingerichtet, in der erfahrene Staatsanwälte schwerpunktmäßig **Verfahren von Tätern mit Migrationshintergrund** bearbeiten. Zudem haben wir erreicht, dass das **Sicherheitskonzept** für die Unterbringung von Untersuchungs- und Strafgefangenen in der **Justizvollzugsanstalt Oslebshausen** verbessert werden wird. Im Rahmen eines umfangreichen Sanierungskonzeptes wird durch verschiedene Baumaßnahmen die Sicherheit in und um das Gebäude deutlich erhöht werden.

Auf unsere Initiative haben Bundestag und Bundesrat klare rechtliche Vorschriften für die Strafbarkeit des „Stalking“ geschaffen, nach denen auch die „schwere Belästigung“ strafbar ist. Hier war dringender Handlungsbedarf gegeben, um die gute Arbeit der Bremischen Polizei und Staatsanwaltschaft, die in diesem Bereich

bundesweit eine Vorreiterrolle einnehmen, auch durch adäquate strafrechtliche und strafprozessuale Möglichkeiten zu unterstützen. Außerdem ist es Bremen mit unserer Unterstützung gelungen, Fördermittel der Europäischen Union für ein bundesweit einzigartiges Stalking-Kriseninterventions-Projekt (Stalking-Kriseninterventionsteam = Stalking-KIT) einzuwerben. Stalking-Opfern und Tätern soll durch ein speziell geschultes Team an Psychologen und Pädagogen zeitnah geholfen werden, was deeskalierende Wirkung hat. Außerdem erfolgt unter der Federführung des Bremer Täter-Opfer-Ausgleichs ein europaweiter Erfahrungsaustausch in Sachen Stalking.

Bei Polizei und in der Justiz wurden Videovernehmungszimmer eingerichtet. Videoschaltungen können direkt in den Gerichtssaal erfolgen. Damit sind wichtige Schritte hin zu einem deutlich verbesserten Schutz der Opfer getan.

- Wir werden den **Opferschutz** weiter verbessern und den konsequenten Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Gewalt- und Sexualstraftätern, der bereits im Strafprozess beginnen muss, weiter ausbauen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere Kinder innerhalb von Verfahren um Sexualstraftaten nicht über das Notwendige hinaus belastet werden.
- Wir treten für eine Verschärfung der Voraussetzungen für eine vorzeitige Haftentlassung bei Sexualstraftätern und Gewaltverbrechern ein und fordern, die Entscheidung über eine Haftentlassung auf Bewährung künftig auf der Grundlage von zwei externen Gutachten treffen zu lassen.
- Wir stehen für eine Verschärfung der Regelungen über Haftlockerungen, Entlassungsvorbereitungen und Nachsorgemaßnahmen und wollen, dass bei bestimmten Sexualstraftätern bereits für einen Hafturlaub oder eine Haftlockerung eine positive Prognose in Form von zwei externen Gutachten erforderlich ist.
- Um die Bevölkerung vor gefährlichen Sexualtätern und Gewaltverbrechern zu schützen, fordern wir die konsequente Anwendung und die sachgerechte Ausweitung der Regeln über die (nachträgliche) Sicherungsverwahrung.
- Wir treten für eine gesetzliche Regelung ein, dass bei Maßregeln der Besserung und Sicherung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder einer Erziehungsanstalt (Unterbringung) die Gewährung von Freigang, Ausgang oder Urlaub nur im Einvernehmen mit der Vollstreckungsbehörde (Staatsanwaltschaft) zu erfolgen hat. Vor der erstmaligen Gewährung von Lockerungen ist außerdem ein externes Gutachten einzuholen.
- Wir fordern, dass nach einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens vier Jahren wegen schweren Gewaltverbrechen oder Verbrechen gegen die sexuelle Selbstbestimmung die Reststrafenaussetzung nach einer Verbüßung von 2/3 der Strafe die Ausnahme wird und nur unter besonderen Umständen und nach Einholung eines psychiatrischen Gutachtens möglich ist.

- Wir setzen uns für gerechte und schnelle Strafen ein, weil Sicherheit der Bevölkerung und Rechtsklarheit für uns an erster Stelle stehen.
- Wir begrüßen die bestehende gerichtsinterne und außergerichtliche Streit-schlichtung, für die sich die Parteien freiwillig entscheiden können, um an Stelle eines kostenintensiven Gerichtsverfahrens mit Hilfe eines Schlichters interessengerechte Lösungen zu finden.
- Wir wollen die Verfahrensdauer senken, um die Menschen nicht durch übermäßig lange Verfahrensdauer zu belasten.
- Wir wollen eine Zusammenführung von Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit, die sachlich sinnvoll ist und zu Synergieeffekten führt.
- Wir wollen Bremen zum Justizzentrum im Nordwesten mit fachgerichtlichen Zuständigkeiten, die über das Gebiet des Landes hinausgehen und in das Umland und die Metropolregion wirken, entwickeln.

Strafvollzug mit neuen Prioritäten

Im Rahmen der Föderalismusreform I ist die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug vom Bund auf die Länder übergegangen. Damit kommt auf uns die Aufgabe aber auch die Chance zu, den Strafvollzug landesgesetzlich nach neuen Prioritäten auszugestalten. Für uns sind dabei nachfolgende Kernprinzipien wichtig:

- ***Schutz der Allgemeinheit:*** Die Resozialisierung der Gefangenen war immer Ziel des Strafvollzuges. Wir betrachten die Resozialisierung als wichtiges Ziel, an dem unbedingt festgehalten werden muss. Gleichzeitig wollen wir aber den Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten betonen und als weiteres Ziel des Strafvollzugs gesetzlich normieren. Wir wollen ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Grundsätzen der Resozialisierung und des Schutzes der Allgemeinheit herstellen sowie das Gesetz mit den veränderten Vollzugsverhältnissen in Einklang bringen. Der Sicherheitsgedanke muss einen höheren Stellenwert erhalten.
- ***Verbesserung der Resozialisierungsangebote:*** Gleichzeitig wollen wir die Resozialisierungsangebote im Strafvollzug verbessern. Es soll zwischen Betreuung, Förderung und Therapie unterschieden werden. Die Behandlung im Justizvollzug muss mit systematischen Wirksamkeits- und Erfolgskontrollen verknüpft werden. Wir fordern eine selbst verantwortete Mitarbeit der Gefangenen konsequent ein. Fehlende Mitarbeit darf nicht ohne Folgen bleiben.
- ***Arbeit und berufliche Bildung:*** Wir halten an der bisher im Strafvollzugsgesetz normierten Arbeitsregelung für die Gefangenen fest. Zusätzlich wollen wir ihre Bedeutung stärken. Die Arbeit soll in den Mittelpunkt des Tagesablaufs der Gefangenen gestellt werden. Besuche von Angehörigen und Vollzugslockerungen sollen außerhalb der Arbeitszeit stattfinden. Lediglich für intensive soziale oder therapeutische Maßnahmen sind

Ausnahmen von der Arbeitspflicht zu machen. Eine Berufsausbildung muss soweit wie möglich gefördert werden und geht, wenn sie der Erreichung des Vollzugsziels dient, einem Arbeitseinsatz voran.

- **Ein einheitliches Strafvollzugsgesetz:** Wir fordern, die Untersuchungshaft und den Strafvollzug in einem einheitlichen Strafvollzugsgesetz zu regeln. Von isolierten Regelungen nehmen wir Abstand.
- **Jugendliche Intensivtäter:** Erziehung, Resozialisierung und Förderung kommt im Jugendstrafvollzug eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere bei jugendlichen Intensivtätern ist dabei ein konsequentes Vorgehen erforderlich. Wir setzen uns für eine Verschärfung des Jugendstrafrechts bei besonders schweren Verbrechen ein. Straftaten von Heranwachsenden sollten in der Regel nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt werden. Die Anwendung von Jugendstrafrecht sollte die Ausnahme darstellen.

Ausländerintegration mit Zukunft

Wir stehen für eine konsequente Ausländerpolitik. Wir haben uns in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, Zuwanderung zu regulieren, um die Integration der zu Recht hier lebenden Ausländer zu verbessern.

Der demographische Wandel betrifft nicht nur die Veränderung in der Altersstruktur unserer Bevölkerung. Ein bedeutender Punkt ist die Zunahme des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Bremen ist ein gastfreundliches und weltoffenes Land. Viele der hier lebenden Ausländer haben sich integriert und leisten ihren Beitrag zur Allgemeinheit. Wir haben uns durch die Vereinfachung der Einbürgerungsvoraussetzungen in den letzten Jahren dafür eingesetzt, dass diese Menschen sich möglichst schnell und problemlos in unserer Gesellschaft integrieren können. Es gibt aber auch Zuwanderer mit Integrationsdefiziten. Mangelnde Sprachkenntnisse und fehlende Schulabschlüsse führen zu hohen Arbeitslosenquoten, Ghettobildung und der Entwicklung von Parallelgesellschaften. Eine häufig selbst gewählte Ausgrenzung ausländischer Jugendlicher von der deutschen Gesellschaft ist ein Alarmsignal für den sozialen Frieden. Wir wollen die Zuwanderung regulieren und die Integration der hier lebenden Ausländer stärken, um ein friedliches und fruchtbares Zusammenleben zu ermöglichen.

- **Sprachkenntnisse fördern:** Elementar für das Gelingen von Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Integration ist keine Einbahnstraße. Ausländische Eltern müssen alles dafür tun, dass ihre Kinder Anteil an den Lebens- und Arbeitschancen unseres Landes haben. Um Integration konsequent zu leben, müssen aber auch alle die Ausländer die deutsche Sprache erlernen, für die es nicht mehr automatisch mit der Schulung der Sprachfähigkeit einhergeht. Deshalb werden wir die Teilnahme an

Integrationskursen konsequent einfordern und das rechtliche Instrumentarium dafür nutzen.

- **Anerkennung unserer Werte und Kultur:** Für uns bedeutet gelungene Integration auch, dass Ausländer, die hier leben wollen, unsere freiheitlich demokratischen Grundwerte und unsere Kultur anerkennen. Wir setzen uns dafür ein, dass durch Integrationsunterricht, aber auch durch verstärkten und offenen Dialog, dieses Ziel Schritt für Schritt erreicht wird.
- **Zeichen setzen durch Einbürgerungsfeiern:** Die Verleihung der Deutschen Staatsangehörigkeit darf kein bloßer Verwaltungsakt sein, bei dem die Einbürgerungsbescheinigung per Einschreiben zugestellt wird. Deswegen wollen wir weiterhin Einbürgerungsfeiern durchführen, in deren feierlichen Rahmen die Neubürger symbolisch in ihrer neuen Staatsangehörigkeit begrüßt werden. Selbstverständlicher Bestandteil dieser Feier ist für uns das Singen der Deutschen Nationalhymne.
- **Zeichen setzen im Berufsalltag:** Wir setzen uns dafür ein, dass rechtmäßig hier lebende Ausländer durch aktive Unterstützung Aufnahme in unserer Gesellschaft finden. Daher haben wir es in den vergangenen Jahren ausdrücklich unterstützt, dass verstärkt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in die Bremische Verwaltung aufgenommen worden sind.
- **Zeichen setzen durch Dialog:** Ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die aktive Integration der rechtmäßig hier lebenden Ausländer ist ein guter und regelmäßiger Dialog mit den Vereinen und Verbänden, in denen sie organisiert sind. Wir werden diesen in der Vergangenheit erfolgreich geführten Dialog konsequent fortführen.
- **Konsequente Umsetzung der Bleiberechtsregelungen:** Durch die konsequente Umsetzung der Beschlüsse der Innenministerkonferenz zum Bleiberecht für langjährig geduldete Ausländer, insbesondere Kriegsflüchtlinge, werden wir für eine gelungene und zukunftsfähige Form der Integration sorgen. Ausländer, die wirtschaftlich und sozial integriert sind, Ausländer mit minderjährigen Kindern und langjährigem Aufenthalt im Bundesgebiet, Ausländer, die in einem dauerhaften Beschäftigungsverhältnis stehen und den Lebensunterhalt der Familie durch eigene legale Erwerbstätigkeit ohne Inanspruchnahme von staatlichen Sozialleistungen sichern können, werden gerne von uns aufgenommen und in unsere Gesellschaft integriert.
- **Konsequente Ausweisung krimineller Ausländer:** Genauso konsequent fordern wir, kriminelle Ausländer, die gegen unsere Rechtsordnung verstoßen oder unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährden, aus dem Bundesgebiet auszuweisen.

Wir halten es für erforderlich, das Asylverfahren zu beschleunigen und rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, bei denen es keine Abschiebungshindernisse gibt bzw. die ihr Asylrecht durch Begehung von Straftaten missbrauchen, konsequent abzuschicken. Asylbegehrende sollen während des Asylverfahrens primär Sachleistungen statt Geldleistungen erhalten, um die Förderung der Schlepperkriminalität zu verhindern. Eine Flucht aus wirtschaftlichen Gründen darf nicht gefördert werden. Wir wollen Sozialleistungen einschränken, wenn die Ausreisepflicht aus selbstverschuldeten Gründen nicht erfolgen kann, zum Beispiel dann, wenn der Ausreisepflichtige seinen Pass vernichtet hat. Auch verurteilte Straftäter müssen konsequent abgeschoben werden.

Gesundes Gesundheitswesen

Das Bremer Gesundheitswesen genießt deutschlandweit einen guten Ruf. Unsere kommunalen Kliniken, wie auch die privaten und freigemeinnützigen Krankenhäuser bieten wohnortnahe, umfassende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung. Der vom SPD-geführten Gesundheitsressort zu verantwortende Skandal im Klinikum Bremen Ost hat zu einem erheblichen Ansehensverlust der Bremer Krankenhauslandschaft geführt. Hier gilt es, durch konsequentes Handeln schnellstmöglich das verloren gegangene Vertrauen zurück zu gewinnen. Zentrale Entscheidungen zum Neubau des Klinikums Bremen-Mitte und zur Neustrukturierung der kommunalen Kliniken wird der Senat auf Drängen der CDU noch vor der Bürgerschaftswahl treffen.

Steigende Kosten im Gesundheitswesen und die allgemein angespannte Haushaltslage erfordern besondere Anstrengungen. Wir wollen durch sinnvolle Umstrukturierungen dafür Sorge tragen, auch unter veränderten Voraussetzungen ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen für Bremen und Bremerhaven zu entwickeln. Dies wollen wir durch Spezialisierung und Konzentration schaffen. Eine gute medizinische Versorgung erfordert es nicht, an allen Standorten eine Vollversorgung für jeden Bereich der medizinischen Versorgung vorzuhalten.

- Wir wollen die vier kommunalen Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft belassen. Ein Verkauf kommt für uns nicht in Betracht.
- Wir stehen zu dem beschlossenen Masterplan für das Klinikum Bremen-Mitte und wollen diesen umsetzen.
- Der bestehende gesellschaftsrechtliche Verbund der vier kommunalen Krankenhäuser muss überarbeitet werden. Dabei wird es in erster Linie darauf ankommen, dass zukünftig zentrale Aufgaben wie Finanzen, Warenbeschaffung und Personalsteuerung für die vier Kliniken verbindlich von einer Dachgesellschaft wahrgenommen werden. Ein besonderes Augenmerk wollen wir auf das interne Controlling der Kliniken und die Aufsicht des Senats über die kommunalen Krankenhäuser legen.

- Wir wollen erreichen, dass sich durch einen positiven Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern privater, freigemeinnütziger und kommunaler Träger wirtschaftlich überlebensfähige Kliniken etablieren, die den Menschen in unserem Land einen hohen medizinischen Standard bieten und als Arbeitsplatzmotor erhalten bleiben,
- Wir fordern im frühkindlichen Bereich die Einführung verbindlicher Vorsorgeuntersuchungen, um von Kindesbeinen an eine umfassende medizinische Versorgung sicherzustellen und ein Netzwerk sozialer Hilfestellung aufzubauen.
- Wir wollen ein Modellprojekt fördern, um das Thema Gesundheit in den Schulen im Land Bremen zu stärken, damit Kinder und Jugendliche frühzeitig durch Aufklärung und Förderung in ein gesundes Leben eingeführt und durch Präventionsarbeit vor Suchtgefahren geschützt werden,
- Bei Suchtproblemen wollen wir durch eine gezielte Vernetzung und Förderung der bereits bestehenden Projekte Jugendliche und Erwachsene beim Umgang mit Suchtmitteln beraten und ihnen ein Netzwerk bieten, das durch eine ernsthafte und erfolgsorientierte Herangehensweise durch Prävention und Therapie die Sucht bekämpft.
- Wir brauchen eine völlig neue Einstellung zu Drogen, die sich nicht auf die Bekämpfung der Drogenkriminalität beschränkt, fordern eine sorgfältige Auswahl der Substitutionsärzte und eine strenge Kontrolle bei der Vergabe von Ersatzdrogen.
- Wir wollen den Drogenabhängigen einen Ausstieg ermöglichen, keinen staatlichen Rausch, und fordern neben der Begleitung durch einen Sozialarbeiter eine medizinisch-psychiatrische Behandlung, da alle Drogenabhängigen unter einer psychischen Grunderkrankung leiden.

Verbraucher ist jeder

Selten betrifft ein Politikbereich so viele Menschen gleichermaßen, wie dies beim Verbraucherschutz der Fall ist. Wir alle kaufen Waren und nutzen Dienstleistungen und sind damit Verbraucher. Es gibt niemanden, der nicht auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln aus dem Einzelhandel, Supermärkten, Bioläden oder direkt von unseren Bauern angewiesen ist. Verbraucher ist somit jeder!

Auch wenn für uns die Bereiche Gesundheits- und Ernährungsschutz Priorität haben, umfasst Verbraucherschutz auch die Bereiche Dienstleistungen und Warenverkehre, Finanzen, privater Wohnungsmarkt, Öffentlicher Personennahverkehr, Telekommunikation, Energie und vieles mehr. Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe. Daraus ergibt sich ein umfangreicher politischer Handlungsauftrag. Wir stellen uns dieser Aufgabe und setzen uns für einen effektiven Verbraucherschutz in Bremen und Bremerhaven ein. Der Verbraucherschutz beinhaltet Rechte und Pflichten für Verbraucher und Anbieter von

Waren und Dienstleistungen. Die tragenden Säulen des Verbraucherschutzes sind Transparenz und Information, Vorsorge und Abschreckung, Kontrolle und Standards sowie Eigenverantwortung und Aufklärung.

Das Treffen bewusster Verbraucherentscheidungen wird auch in Zukunft davon abhängen, dass Entscheidungskriterien, also in erster Linie handhabbare Informationen, für die Verbraucher verfügbar sind. Daher bleibt der informierte Verbraucher auch weiterhin grundlegendes Ziel unserer Verbraucherschutzpolitik.

- Herstellern oder Händlern, die absichtlich lebensmittelrechtliche Vorschriften umgehen und beispielsweise verdorbene Waren in den Verkehr bringen, muss die Zuverlässigkeit abgesprochen und die Betriebserlaubnis entzogen werden.
- Wir wollen den Informationsaustausch zwischen den staatlichen Stellen der Lebensmittelüberwachung und Lebensmittelkontrolle verbessern.
- Wir stehen für die Verzahnung der staatlichen Kontrollen mit privaten Eigenkontrollen, Qualitätssicherung und Meldepflichten.
- Wir setzen uns für eine Vereinheitlichung der Standards in Europa ein.
- Wir wollen sicherstellen, dass auch Verbrauchern mit knappem Geldbeutel zuverlässige, sichere und gesunde Angebote zur Verfügung stehen.
- Wir machen Verbraucherschutz zu einem wichtigen Bestandteil der vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit.

Bremen und Bremerhaven bewegen

Sport ist im Land Bremen eine große Bürgerbewegung. Mehr als 170.000 Menschen sind Mitglied in einem Sportverein. Zahlreiche Individualsportler kommen hinzu. Sport ist nicht nur gesund, sondern fördert auch das soziale Miteinander, die Begegnung der Generationen und den Kontakt zwischen Einheimischen und Migranten. Gerade für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, sich im Sport auf faire Art und Weise zu messen und zu lernen, dass man ein Ziel besser erreicht, wenn man im Team arbeitet. Das oberste Anliegen unserer Sportpolitik ist es, allen Menschen eine sportliche Betätigung zu ermöglichen.

Sportvereine als Partner

Wir wollen den organisierten Sport in seiner Gesamtstruktur nachhaltig unterstützen, seine Autonomie und Eigenverantwortung stärken und ihm dort Hilfe zukommen lassen, wo er mit eigenen Mitteln seine Zielsetzung nicht erreichen kann.

Entsprechend setzen wir uns entschieden für den Erhalt der gemeinnützigkeitsrechtlichen Regelungen in der Abgabenordnung und der Übungsleiterpauschale ein. Zudem wollen wir, dass die Besteuerungsfreigrenze im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Vereine im Sinne eines Inflationsausgleiches

angehoben wird. Pläne zu einer möglichen Besteuerung von Vereinsbeiträgen lehnen wir ab. Außerdem halten wir es für wichtig, bürokratische Hemmnisse abzubauen, um den Vereinen die Bewältigung ihrer vielschichtigen Aufgaben zu erleichtern. Konkret bedeutet dies zum Beispiel, dass wir das Verfahren zur Abwicklung der Aufwandsspenden vereinfachen wollen.

Trotz der angespannten Haushaltslage des Landes Bremen, bekennen wir uns als CDU zur kommunalen Unterstützung von Sportvereinen, Sportverbänden und Sportinstitutionen, die wir in der nächsten Legislaturperiode in Form einer „Allianz für den Sport“ auf eine neue Grundlage stellen wollen. Die Gewährung von Zuschüssen an die Sportvereine durch die Verteilung der Zweckabgaben der Bremer Toto- und Lottogesellschaft ist eine wichtige Säule bei der Förderung des Breitensports. Uns ist wichtig, dass Gewinne aus Wetten den Sport treibenden Bremerinnen und Bremern zugute kommen und nicht an Private ins Ausland gehen. Diese Wettmittel zu erhalten und dem Sport verfügbar zu machen, ist uns ein wesentliches Anliegen. Das gleiche gilt für die Übungsleiter- und Organisationsleiterzuschüsse, die Energiekostenzuschüsse und die Zuschüsse für das Vereinsschwimmen.

Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Vereinssports betrifft nicht nur die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen, sondern verlangt in vielen Fällen auch eine Professionalisierung des Vereinsmanagements und im Einzelfall auch der Vereinsstrukturen. Hier sind insbesondere die Sportverbände gefragt, ihre Mitgliedsvereine beratend und fortbildend zu unterstützen. Öffentlich gefördert wird dieser Prozess z.B. durch ein Programm des Landessportbundes, das das betriebswirtschaftliche Know-How in den Vereinsvorständen und -geschäftsstellen erhöhen soll. Auch hat der Landessportbund einen von der Stadt bezahlten Berater angestellt, der bei Umstrukturierungsmaßnahmen hilft.

Den eingeschlagenen Weg, den Sportvereinen bei der Erhaltung und Entwicklung des Sports so viel Entscheidungsfreiheit wie möglich zu lassen, werden wir konsequent weitergehen. Überlassungs- und Schlüsselgewaltverträge über Sportstätten und die Verteilung von Sportfördermitteln durch den Landessportbund sind sichtbarer Ausdruck unserer Politik.

Sportstätten und Bäder

Neben der Vereinsförderung ist die Versorgung der Sportvereine und Sportverbände, der Schulen und der nicht vereinsgebundenen Sportlerinnen und Sportler mit ausreichenden Sportanlagen und -einrichtungen zur Durchführung des Trainings- und Spielbetriebes eine zweite wesentliche sportpolitische Aufgabe des Staates.

Intakte Sportstätten und eine umfassende Sportinfrastruktur sind unabdingbare Voraussetzungen für den Breiten- und den Spitzensport. Wir machen uns nachdrücklich für den Erhalt der Sportförderungsgesetze des Landes Bremen stark. Verbände und Vereine sind vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage auch gefordert, gemeinsam mit der Politik daran zu arbeiten, knappe Ressourcen finanzieller, räumlicher und personeller Art, effektiver und effizienter einzusetzen. Die

von uns initiierte Einrichtung eines zentralen Hallenmanagements beim Landessportbund ist hierfür ein gutes Beispiel.

Da ein Teil der Bremer Sportanlagen auf Grund eines vor unserer Regierungszeit entstandenen Sanierungsstaus nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht, haben wir vor einigen Jahren ein umfassendes Modernisierungsprogramm aufgelegt, mit dem die Qualität und Nutzbarkeit dieser Sportstätten verbessert wird. Im Mittelpunkt steht dabei die Neuanlage von Großspielfeldern als Kunstrasenplatz. Dieses Programm wollen wir in den nächsten Jahren fortsetzen und nach und nach alle Sportstätten wieder in einen guten Zustand bringen. Dabei ist die Weiterentwicklung von Sporthallen zu multifunktionalen Sportstätten vor dem Hintergrund des demographischen Wandels wichtig.

Durch das von uns entwickelte Bäderkonzept ist es nicht nur gelungen, nahezu alle städtischen Bäder zu erhalten, sondern wir haben erhebliche Finanzmittel mobilisiert, um die Bremer Hallen- und Freibäder flächendeckend zu modernisieren. Dadurch hat sich die Qualität der Bäderlandschaft deutlich erhöht. Damit besteht in Bremen heute wieder ein angemessenes Angebot an Schwimmbädern für die verschiedenen Bedürfnisse vom Sport- bis zum Freizeit- und Erlebnisbad. Besondere Highlights sind das Südbad und das Stadionbad, dessen Umbau sich – anknüpfend an eine breite Bürgerbeteiligung – in einem bisher nie da gewesenen Maß an Vorschlägen und Wünschen der Nutzerinnen und Nutzer orientiert hat. Die Infrastruktur an den zehn Bremer Badeseen wollen wir weiter verbessern.

Anerkennung ehrenamtlichen Engagements

Über 12.000 ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger bilden in Bremen und Bremerhaven das Rückgrat des Sports. Sie übernehmen Aufgaben, die der Staat in dieser Komplexität nicht leisten könnte und nach unserem Verständnis von Bürger, Staat und Gesellschaft auch nicht leisten sollte. Für dieses Engagement gebührt den ehrenamtlich Tätigen besonderer Dank, Anerkennung und Unterstützung. Wir fördern das ehrenamtliche Engagement im Sport nach Kräften, zum Beispiel durch die jährliche Ehrung von Ehrenamtlichen im Rahmen der Sportlerehrung oder durch die finanzielle Unterstützung des Projekts „Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in den Sportorganisationen“ durch Wettmittel in beträchtlicher Höhe.

Leistungssport

Wir bekennen uns als CDU nachdrücklich zum Leistungs- und Spitzensport, wie er in Bremen zum Beispiel im Fußball, im Eishockey, im Basketball, im Tanzsport, im Rudern und in der Gymnastik, aber auch in anderen Sportarten ausgeübt und von uns unterstützt wird. Der Leistungssport bietet der jüngeren Generation Identifikation und Vorbildfunktion. Der Leistungsgedanke und die Eliteförderung, die für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung von Bedeutung sind, kommen im Leistungssport in besonderer Weise zum Ausdruck. Spitzensportlerinnen und -sportler sind

Botschafter unseres Landes bei internationalen Wettkämpfen. Die Fußball-WM in Deutschland hat gezeigt, wie viel Begeisterung der Spitzensport auslösen kann.

Wir haben in den letzten Jahren viel getan, um gemeinsam mit den Vereinen, der Universität und den Schulen die Rahmenbedingungen für unsere Leistungssportlerinnen und -sportler weiter zu verbessern. So haben wir uns nachdrücklich für die Einrichtung von Schulen mit einem sportlichen Leistungsprofil eingesetzt, die den optimalen Ablauf von Schule und Training in einem Verbundsystem von Schule und Verein gewährleisten. Die Sportbetonte Schule an der Ronzelenstraße sowie das Schulsportleistungszentrum in Obervieland sind gute und ausbaufähige Modelle, um die Verträglichkeit zwischen schulischer Ausbildung und leistungssportlicher Entwicklung voranzutreiben. Dabei geht es vor allem darum, verantwortungsvolle Lebenskonzepte für Nachwuchstalente zu entwickeln, die die sportlichen Leistungen fördern, die Entwicklung von Persönlichkeiten unterstützen und Perspektiven für die nachsportliche Karriere schaffen.

Die Förderung des Leistungssports in Bremen hat für uns hohe Priorität. Anknüpfend an eine Initiative zur besseren Vereinbarkeit von Leistungssport und Studium, die Bürgermeister Thomas Röwekamp in seiner Funktion als Vorsitzender der Sportministerkonferenz der Länder ergriffen hat, wollen wir uns zum Beispiel dafür einsetzen, dass Sport nicht berufliche Karrieren behindert, sondern zu einem Pluspunkt wird. Auch wollen wir uns dafür stark machen, dass der Bund den Bremer Bundesstützpunkt für Rhythmische Sportgymnastik weiterhin in dem bisherigen Umfang fördert. Die Idee der Gründung einer Stiftung zur Förderung des Leistungssports unterstützen wir deshalb ausdrücklich.

Sport und Gesundheit

Wir begrüßen und unterstützen das Engagement des Sports bei der Gesundheitserziehung, der Gesunderhaltung und der Prävention. Qualitativ gesicherte Angebote und Programme wie „Sport pro Gesundheit“ und „Sport pro Reha“ tragen wesentlich zu einem stärkeren Gesundheitsbewusstsein der Menschen bei, leisten einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Gesundheit und sind geeignete Maßnahmen der Prävention, der Rehabilitation und der Therapie. Projekte wie „Junge Familien in Schwung“ des Bremer Turnverbandes sorgen dafür, dass bereits frühzeitig eine Bewegungs- und Gesundheitserziehung durch und mit dem Sport erfolgt.

Integration durch Sport

Der Sport bietet Menschen unterschiedlicher Herkunft eine große Chance zur Integration. Diese Chance können und dürfen wir nicht verschenken. Wir stärken den Integrationsgedanken in den Vereinen gerade auch in sozialen Brennpunkten weiter. Gelungene Kooperationen verdienen es, auch zukünftig gefördert zu werden, damit Projekte erfolgreich fortgeführt werden können.

Dopingbekämpfung

Bei der Bekämpfung des Dopings muss der Bund nach unserer Auffassung endlich handeln. Mit dem Einsatz von Dopingmitteln sind nicht nur schwere Gefahren für die Gesundheit der Sportlerinnen und Sportler verbunden, sondern Doping stellt auch einen Betrug zulasten der Mitkonkurrenten, der Zuschauer, der Sponsoren und der staatlichen Sportförderung dar. Von Doping ist allerdings nicht nur der Leistungs- und Spitzensport betroffen, sondern auch der Breitensport. Dort geht es vor allem darum, das Problem des Missbrauchs anaboler Steroide und anderer gesundheitsschädlicher Substanzen im Fitness- und Bodybuildingbereich in den Griff zu bekommen.

Da es trotz erhöhter Anstrengungen der Sportverbände bislang nicht gelungen ist, Doping effektiv zu bekämpfen, unterstützen wir eine intensivere, auch strafrechtliche Verfolgung des Einsatzes von Dopingmitteln durch den Staat, für die sich Bürgermeister Thomas Röwekamp als Vorsitzender der Sportministerkonferenz der Länder bereits in den vergangenen beiden Jahren stark gemacht hat.

Aktiv im Alter

Die Lebenserwartung steigt kontinuierlich, die medizinische Versorgung ist exzellent und die Zahl der jungen und aktiven Alten nimmt zu. Wir begreifen dies als Chance, sind unseren älteren Mitmenschen für ihren Beitrag in unserer Gesellschaft dankbar und wollen ihre Erfahrungen nutzen. Wir haben die ältere Generation in besonderer Weise gefördert und bereits vieles erreicht.

So wurden verschieden Einzelprojekte von uns gefördert und begleitet. Hier sind an erster Stelle die „Aktive Bürgerstadt“ und der „Bremer Senior Service e.V.“ zu nennen. Im Rahmen des Projekts „Aktive Bürgerstadt“ wurden Ideen zur Wohnumfeldverbesserung entwickelt und Programme wie „Wohnen in Nachbarschaft – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“ gefördert, die unter anderem die Integration älterer Menschen in lebendige und sichere Stadtteile zum Ziel haben. Der „Bremer Senior Service“ ist ein Zusammenschluss von ehemaligen Führungskräften aus dem unternehmerischen Bereich, die mit ihren Erfahrungen jungen Existenzgründern auf ihrem Weg in eine erfolgreiche Zukunft helfen, zum Beispiel durch Beratung zur Struktur bei Neugründungen, zur betriebswirtschaftlichen Organisation und zur Finanzierung. Wir haben in diesem Jahr dem Gründer des „Bremer Senior Service“ mit dem von uns ins Leben gerufenen Bürgerpreis für ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet, um so seine außerordentlichen Verdienste zu würdigen.

Aber auch im Bereich Bau und Stadtentwicklung haben wir bereits große Schritte zu seniorengerechten Quartieren durch Möglichkeiten des barrierefreien Wohnens oder eine integrierte Stadtteilpolitik getan.

Wesentliches haben wir auch im Gesundheitsbereich geleistet, der im Alter zunehmend an Bedeutung gewinnt. Durch Programme zu Gesundheit und Fitness im Alter, Möglichkeiten ambulanter Pflege, aber auch Verbesserungen im Bereich der

Palliativ- und Hospizmedizin haben wir Ansätze entwickelt, die beschwerlichen Umstände des Älterwerdens zu mildern.

Dies sind jedoch erst die Anfänge. Wir wollen das soziale Klima in unserem Land dem demographischen Wandel anpassen, dem unsere Gesellschaft unterworfen ist. Der Anteil älterer Menschen an unserer Bevölkerung wächst. Das liegt zum einen daran, dass die Zahl der Geburten in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist. Ein weiterer Grund ist, dass dank veränderter Lebensbedingungen, besserer medizinischer Versorgung und anderer Faktoren die Menschen im Schnitt deutlich länger leben. Gerade ältere Menschen können viel zu unserer Gesellschaft beitragen, durch ihre Erfahrung, durch ihr Wissen und auch durch die Zeit, die sie anderen Teilen unserer Gesellschaft zur Verfügung stellen. Die Mehrgenerationenfamilie, aber auch die klassische Nachbarschaftsgemeinschaft als soziales Netz ist im Rückgang begriffen. Wir setzen uns dafür ein, auch außerhalb der Familie die Generationenbeziehungen neu zu gestalten, um einen regen Austausch zwischen Alt und Jung zu erreichen. Wir wollen die Vorteile nutzen, die diese gegenseitige Unterstützung bietet. Daher setzen wir uns dafür ein, dass ein solcher Austausch ermöglicht wird.

Mit dem Konzept der **Mehrgenerationenhäuser** soll ein Beitrag zu einem verstärkten Austausch zwischen den Generationen geleistet werden. Diese Einrichtungen sind offene Tagestreffpunkte für junge und ältere Menschen, in denen vielfältige Aktivitäten und Serviceangebote möglich sind. Für bestimmte Angebotsbereiche, zum Beispiel Kinderbetreuung, Altenpflege, Fachberatungen oder Fortbildungen können Kooperationen abgeschlossen werden.

Der demografische Wandel, aber auch die veränderten Wohnwünsche der neuen Senioren sowie die zu erwartenden Veränderungen in der Betreuung älterer Menschen werden erhebliche Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt haben. Wir setzen uns für ein Bündel von Maßnahmen ein, um geeignete Wohnangebote für diese Menschen zu schaffen. Damit sich ältere Menschen in ihrem Umfeld wohl fühlen, ist die Ausgestaltung der gesamten Infrastruktur in einem Stadtteil sehr wichtig. Wir setzen uns für eine **generationenübergreifende Stadtteilentwicklung** ein.

Chancen im Alter

- **Wir fördern alternative Wohnformen** und wollen vermehrt alternative Wohnformen schaffen, d. h. durch gezielte Baupolitik in Form altengerechter Wohnbebauung oder Projekte wie Mehrgenerationenhäuser einen äußeren Rahmen bieten, in dem das Zusammenleben gefördert und ein Austausch ermöglicht wird.
- **Wir fördern den barrierefreien Wohnungsneubau** durch die Identifizierung und Bereitstellung geeigneter Flächen.

- Wir bauen Barrieren im öffentlichen Raum und beim Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln ab.
- Wir wollen die individuelle Anpassung der Wohnung an die Bedürfnisse der älteren Menschen und spezielle Beratungsangebote fördern.
- Wir setzen uns für die Erhaltung eines spezifischen Freizeit- und Kulturangebotes für ältere Menschen sowie gesundheitlicher Einrichtungen ein.
- Wir sichern die Nahversorgung mit Produkten des täglichen Bedarfs durch generationengerechte Stadtplanung.
- Wir unterstützen das Ehrenamt und sind überzeugt, dass gerade die ältere Generation mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung einen wertvollen Beitrag leisten können, indem sie für ehrenamtliche Projekte wie den „Bremer Senior Service“ zur Verfügung stehen.
- Wir setzen deutliche Zeichen, damit ehrenamtliches Engagement honoriert wird.
- Wir befürworten den Ausbau haushaltsnaher Dienstleistungen, damit für Personen, die keiner ambulanten Hauskrankenpflege bedürfen, Dienstleistungen angeboten werden, die im normalen Alltagsleben ansetzen.

Gesund und fit bis ins hohe Alter

Wir wollen erreichen, dass Menschen aller Altersgruppen ihrer Zukunft mit Freude entgegen sehen und die gesteigerte Lebenserwartung nutzen können. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass sich das Älterwerden für die Menschen in Bremen positiv gestaltet. Längst nicht immer wird die gesteigerte Lebenserwartung in unserer Gesellschaft als Chance wahrgenommen. Viele Menschen haben Angst vor dem Alter, vor körperlichen oder geistigen Gebrechen und dem Alleinsein. Ein Schlüssel zu mehr Lebensqualität im Alter ist die körperliche und geistige Gesundheit. Je länger ein Mensch lebt, umso wichtiger wird die Qualität der gewonnenen Jahre. Hier sind Themen wie Pflege, Palliativmedizin und Hospizarbeit von besonderer Bedeutung. Ebenso wichtig ist **gesundheitliche Prävention**. Körperliche Gesundheit soll durch gezielte Informationen zur Ernährung, aber auch durch neue Angebote zu Fitness und Bewegung durch Sportvereine gefördert werden.

- ***Ausbau ambulanter Pflegemöglichkeiten:*** Im Bereich der Pflege werden wir die Förderung und den Ausbau ambulanter Pflegemöglichkeiten vorantreiben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass den Menschen die Möglichkeit gegeben wird, in ihrer eigenen Wohnung und in ihrem vertrauten Umfeld zu bleiben, auch wenn sie aufgrund körperlicher Beeinträchtigungen nicht mehr komplett selbstständig leben können. Zusätzlich wollen wir erreichen, dass die ambulante Pflege für bestimmte Krankheitsbilder wie Demenz ausgebaut und geschult wird, um die Betroffenen und ihre Angehörigen zu entlasten.

- **Beratungsnetzwerk für den Krankheitsfall:** Einige Krankheitsbilder, wie Demenz, Herzerkrankungen und Schlaganfälle, sind typische Erscheinungsbilder des Alters. Für diese Fälle wollen wir ein Netzwerk an Beratungen bieten, in dem sich Bürgerinnen und Bürger frühzeitig über die entsprechenden Krankheiten informieren können und Unterstützung im Umgang mit diesen Krankheiten erhalten. Dieses Netzwerk soll sich an die Betroffenen und ihre Angehörigen richten.
- **Gesundheitliche Versorgung vernetzen:** Für die gesundheitliche Versorgung im Alter, Maßnahmen der Palliativmedizin und die Hospizarbeit wollen wir uns gezielt einsetzen, um diese Bereiche in Bremen zu fördern, besser zu vernetzen und auszubauen.

Starke Verwaltung in Bremen und Bremerhaven

Politik vor Ort

Einer der Grundgedanken unserer Politik ist die Subsidiarität. Dies bedeutet, dass Entscheidungen auf einer möglichst niedrigen Verwaltungsstufe und damit möglichst nah bei den Menschen getroffen werden sollen, die von diesen Entscheidungen betroffen sind. Sei es in der Stadtbürgerschaft, der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven oder den Beiräten. Die CDU tritt deshalb für eine lebendige Stadtteildemokratie ein. Zu einer lebendigen Stadtteildemokratie gehören für uns starke Beiräte. Die Mitglieder der Beiräte sind in ihrem Stadtteil fest verwurzelt und wissen meist am besten, was die Menschen dort bewegt. Auf unsere Initiative hin können in diesem Jahr erstmals 16-jährige an den Beiratswahlen in Bremen teilnehmen. Wir erhoffen uns davon in erster Linie, das Interesse junger Menschen an der politischen Arbeit zu erhöhen.

Stadtteildemokratie stärken

- Wir wollen die 5 % Hürde für die Wahl der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven beibehalten und die Änderung des Bremischen Wahlgesetzes insoweit zurücknehmen.
- Wir wollen die Entscheidungsrechte der Beiräte im verfassungsrechtlich möglichen Rahmen erweitern. Die CDU tritt dabei insbesondere ein für eine klare, umfassende und verbindliche Formulierung der Beiratsrechte, für eine Ausdehnung der Entscheidungskompetenzen der Beiräte u.a. durch die Schaffung einer neuen Beteiligungskategorie „zustimmungsbedürftige Angelegenheiten“, für eine Verpflichtung der Senatsressorts zur Durchführung jährlicher Planungskonferenzen mit den Beiräten und für die Einrichtung von Stadtteilbudgets.
- Außerdem macht sich die CDU dafür stark, dass es zukünftig in den Bremer Stadtteilen von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählte Stadtteilbürgermeister bzw. Stadtteilbürgermeisterinnen gibt, die ihren jeweiligen Stadtteil repräsentieren und gegenüber den stadtbremischen Behörden vertreten. Jeder Stadtteilbürgermeister soll stimmberechtigtes Mitglied des betreffenden Beirates sein und als Vorsitzender dessen Sitzungen leiten.
- Die Ortsämter als Geschäftsstellen der Stadtteilbürgermeister und der Beiräte wollen wir so weiterentwickeln, dass sie nicht nur als Ansprechpartner für Bürger und Vereine fungieren, sondern verstärkt auch Aufgaben des Stadtteilmanagements wahrnehmen.

Verwaltung für die Bürger

Eine effiziente und bürgernahe Verwaltung ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Politik im Land Bremen. Wir setzen uns weiter für eine leistungsstarke Verwaltung ein, die kostenbewusst und effizient arbeitet und von der die Wirtschaft und die Bürger profitieren können.

Auf dem Weg zu einer modernen und bürgernahen Verwaltung wurde bereits viel geleistet. Unter der Bezeichnung „E-Government“ stellt die Nutzung elektronischer Medien zur Abwicklung von Verwaltungsvorgängen einen Schwerpunkt der Verwaltungsmodernisierung im Land Bremen dar. Der Einsatz moderner Kommunikationsmittel erlaubt es, Dienstleistungen der Verwaltung schnell und unkompliziert zu nutzen und die Transparenz in Bezug auf das Verwaltungshandeln zu verbessern. „E-Government“ kann damit ein Höchstmaß an Kundenorientierung gewährleisten, aber auch die Prozesse innerhalb der Verwaltung rationalisieren und optimieren. Derzeit sind in Bremen und Bremerhaven etwa 270 Dienstleistungen online verfügbar. Das Angebot reicht von Informationsplattformen bis hin zur Abwicklung von komplexen Transaktionen, wie zum Beispiel elektronische Vergabeverfahren oder elektronische Mahnanträge.

Ein wichtiger Meilenstein zur Verbesserung der Verwaltungsstrukturen ist auch die Neuformierung der Bürgerservice-Einrichtungen in der Stadt Bremen. Die nunmehr bestehenden zentralen Bürger Service-Center setzen neue Maßstäbe in Sachen Erreichbarkeit und Dienstleistungsangebot. An einem Ort und aus einer Hand vollzieht sich die Abwicklung von Verwaltungsvorgängen. Der Bürger muss nicht mehr, wie bisher, für verschiedene Anliegen und Anträge unterschiedliche Ämter aufsuchen. Mit dem Pilotprojekt „Mobiler Bürgerservice“ wird künftig auch die Möglichkeit eröffnet, dass die Bürger in ihrem täglichen Umfeld Behörden-Angelegenheiten erledigen können. Insbesondere für ältere Menschen stellt dies eine erhebliche Erleichterung dar.

Die Verwaltungsmodernisierung ist für die CDU Bremen kein Selbstzweck. Im Vordergrund steht nicht allein die Erhöhung der Effizienz des Verwaltungshandelns, sondern nach wie vor die sachgerechte Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben.

- Wir werden überprüfen, in welchen Bereichen der Verwaltungstätigkeit die regionale Zusammenarbeit mit dem Land Niedersachsen erweitert und intensiviert werden kann.
- Wir werden im Land Bremen eine konsequente Aufgabenkritik durchführen, um das optimale öffentliche Dienstleistungsangebot zu ermitteln.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung in Bezug auf die personelle und technische Ausstattung den zukünftigen Anforderungen an das Verwaltungshandeln gewachsen ist.

- Wir wollen die Verwaltungssteuerung durch die Einführung des Integrierten Öffentlichen Rechnungswesens (Kosten-Leistungsrechnung/Dopik) verbessern.
- Wir werden das Konzept der Bürger Service Center konsequent weiter verfolgen. Hierzu gehört die Entwicklung des Standortes in Bremen Nord, die Erweiterung des Standortes Mitte, die einheitliche und übergreifende Fortentwicklung des Terminmanagements an allen Standorten und die Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden in Meldeangelegenheiten (online Initiative RegNet).
- Wir wollen die E-Government-Strukturen im Land Bremen unter Berücksichtigung der Rechts- und Datensicherheit konsequent weiterentwickeln.
- Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung des Meldegesetzes ein, mit dem Ziel die Datenübermittlung und Melderegisterauskünfte online zu ermöglichen.
- Wir wollen das Personenstandsrecht ändern und die papierernen Personenstandsbücher durch elektronische Register ersetzen, die eine medienbruchfreie Kommunikation mit anderen Standesämtern und eine umfassende Verfügbarkeit der Personenstandsdaten ermöglichen.
- Wir setzen uns für eine Modernisierung des Wahlaktes ein und wollen insbesondere die Möglichkeit der elektronisch unterstützten Wahlen (z.B. digitaler Wahlstift) prüfen.

Bürokratieabbau

Überbordende bürokratische Regelungen beeinträchtigen die Möglichkeiten wirtschaftlicher und bürgerlicher Entfaltung. Sie kosten Zeit, Geld und Arbeitsplätze. Die CDU Bremen verfolgt daher das Ziel, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger von überflüssiger Bürokratie und den damit verbundenen Kosten zu entlasten, um so Innovations- und Investitionskräfte freizusetzen.

In der Vergangenheit haben wir im Land Bremen zahlreiche Initiativen ergriffen und unterstützt, um den Bürokratieabbau voranzutreiben. Die Einführung von so genannten „one-stop-agencies“ in Bereichen der Wirtschaftsförderung, die Erleichterung der Kfz-Zulassungen und des Meldewesens, die Einschränkung der Gewerbeaufsicht bei Kleinstbetrieben und die Vereinfachung des Vergabewesens sind nur einige Beispiele, in denen sich die Entbürokratisierung und Deregulierung widerspiegelt. Im Rahmen einer umfangreichen Rechtsbereinigung konnte fast die Hälfte der bestehenden landesrechtlichen Vorschriften abgeschafft oder befristet werden. Um das Anwachsen der Zahl der Rechtsvorschriften zukünftig zu vermeiden, werden Gesetze grundsätzlich auf fünf Jahre befristet.

Auch mit dem Mittelstandsförderungsgesetz sind wichtige Regelungen zur Vermeidung überflüssiger Bürokratie getroffen worden. Vor dem Erlass oder der Novellierung von Rechtsvorschriften muss zukünftig geprüft und dokumentiert

werden, ob Auswirkung auf Kosten, Verwaltungsaufwand und Arbeitsplätze mittelständischer Unternehmen zu erwarten sind.

- Wir setzen uns weiter für die Verwirklichung einer „Modellregion Bremerhaven“ ein, in der die Auswirkungen des Bürokratieabbaus räumlich und zeitlich begrenzt untersucht werden können.
- Wir wollen alle Ressortbereiche dahingehend überprüfen, ob die verwaltungsrechtlichen Vorverfahren notwendig sind. Insbesondere in Bereichen, in denen ohnehin regelmäßig eine gerichtliche Überprüfung stattfindet, könnte auf das Widerspruchsverfahren zu Gunsten einer Straffung der gesamten Verfahrensdauer verzichtet werden.
- Wir wollen das Standard-Kosten-Modell als Instrument zur Messung von Bürokratiekosten einführen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Unternehmen in Bremen und Bremerhaven von gesetzlichen Informations- und Statistikpflichten so weit wie möglich entlastet werden.
- Wir werden die Rechtsbereinigung im Land Bremen weiter fortsetzen.
- Wir wollen das Mittelstandsförderungsgesetz konsequent anwenden, um die Wirtschaft im Land Bremen vor überflüssiger Bürokratie zu schützen.

Öffentlicher Dienst

Die CDU will einen modernen öffentlichen Dienst, der die Landes- und Kommunalaufgaben bürgerorientiert und effizient wahrnimmt. Der öffentliche Dienst kann die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die Verwaltung nur dann erfüllen, wenn in den Behörden qualifizierte und motivierte Menschen tätig sind. Die Beschäftigten der öffentlichen Hand haben in den vergangenen Jahren ganz erhebliche Beiträge zur Haushaltskonsolidierung erbracht. Es sind Stellen abgebaut worden, so dass die Arbeitsbelastung der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestiegen ist. Außerdem wurden die Gehälter über lange Zeit nicht entsprechend der allgemeinen Einkommensentwicklung angepasst, ein Teil der Beamten erhält kein Weihnachtsgeld mehr und die wöchentliche Arbeitszeit wurde erhöht.

Damit der öffentliche Dienst für qualifizierte Berufseinsteiger und berufliche Leistungsträger attraktiv bleibt, wollen wir die Rahmenbedingungen für eine Tätigkeit in der Verwaltung konkurrenzfähig zu denen in der Privatwirtschaft halten.

- Deshalb tritt die CDU dafür ein, dass die Bezüge der Beamtinnen und Beamten (einschl. der Pensionäre) Anfang 2008 in der Höhe steigen, wie dies für die Tarifbeschäftigten bereits vereinbart wurde.

- Außerdem wollen wir die durch die Föderalismusreform neu gewonnenen Landeskompetenzen nutzen, um für das Land Bremen ein modernes öffentliches Dienstrecht zu schaffen. Hierzu gehören für uns u.a. eine deutliche Erleichterung der Mobilität zwischen verschiedenen Dienstherren sowie zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft (u.a. Mitnahme von Versorgungsansprüchen, Berücksichtigung von Vorerfahrungen). Zudem bedarf es einer stärkeren Orientierung der Vergütung an der Leistung und an der Erfahrung statt nur am Lebensalter. Die Beibehaltung des Beihilfesystems und eine Erhöhung der vertikalen Durchlässigkeit zwischen den Laufbahnen sind für uns in diesem Zusammenhang sinnvolle Maßnahmen.
- Wir setzen uns für familienfreundliche Strukturen in der bremischen Verwaltung ein. Dies steigert u.a. die Bereitschaft der Mitarbeiter, sich effektiv in die Arbeitsprozesse einzubringen. Bausteine einer familienfreundlichen Behörde sind flexible Arbeitszeiten, der Ausbau der Teilzeitbeschäftigung, eine flexible Gestaltung des Arbeitsortes (Telearbeit) oder Serviceleistungen für Familien insbesondere in Krankheits- und Notfällen oder während der Ferien. Wir begrüßen ausdrücklich die Bemühungen einiger Ressorts, sich als familienfreundlicher Betrieb auditieren zu lassen und damit verbindliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familien und Beruf zu vereinbaren, deren Einhaltung von Externen kontrolliert werden.

Bremen in der Region

Aufgrund ihrer geografischen Lage gibt es für die Bürger Bremens und Bremerhavens im täglichen Leben zahlreiche Berührungspunkte und Kooperationen mit unseren niedersächsischen Nachbarn. In den vergangenen Jahren konnten bereits auf den unterschiedlichen Ebenen zahlreiche Fortschritte zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Bremen und den niedersächsischen Kommunen erzielt werden. Mit der **Gründung der Metropolregion Bremen / Oldenburg** ist ein weiterer wichtiger Schritt zu einer verbindlichen und dauerhaften Zusammenarbeit im Nordwesten gemacht worden. Es ist es nun möglich, sich besser auf die Fördermöglichkeiten der Europäischen Union einzurichten und sich im Wettbewerb um Standortansiedlungen, Arbeitsplätze und Einwohner zu positionieren. In der nächsten Legislaturperiode geht es darum, die Metropolregion mit „Leben zu füllen“ und durch konkrete Projekte deutlich zu machen, welche Vorteile eine intensive Zusammenarbeit im Nordwesten hat. Die zukünftige Zusammenarbeit muss zudem stärker die wirtschaftliche Dimension der Kooperation berücksichtigen.

- Wir schaffen eine **Marke „Metropolregion Bremen / Oldenburg“** durch ein professionelles **Regionalmarketing**, um dadurch die gesamte Region nach außen besser darzustellen.

- Wir bestimmen **weitere Felder der inhaltlichen Zusammenarbeit** in der Metropolregion.
- Wir wollen ein in die Region gerichtetes Marketing, um das regionale Zusammengehörigkeitsgefühl der Bürger zu stärken.
- Wir erarbeiten eine gemeinsame **Europa-Strategie** für die Metropolregion.
- Wir setzen den **Intra-Prozess** mit dem Ziel einer verbindlichen Siedlungs-, Freiraum- und Verkehrsplanung einschließlich der Einzelhandels- und Gewerbeentwicklung fort.

Finanzen in Bremen und Bremerhaven

Handlungsfähigkeit des Staates wiederherstellen – Finanzen in Ordnung bringen

Bremen und Bremerhaven sollen dauerhaft lebens- und liebenswert sein, auch im Interesse nachfolgender Generationen. Deshalb ist unser vorrangiges Ziel in der Haushalts- und Finanzpolitik, die Grundlagen der Eigenständigkeit des Landes zu sichern und die Handlungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen. Dazu gehören neben der Überwindung der extremen Haushaltsnotlage auch die Sanierung und Modernisierung unseres Gemeinwesens.

Bremen dauerhaft aus der Schuldenfalle befreien

Die Frage nach dem Erhalt der Selbstständigkeit Bremens ist untrennbar mit der finanziellen Lage des Landes verbunden. Der Status als Bundesland hat für Bremen nur dann einen substantiellen Wert, wenn die daraus resultierenden politischen Gestaltungsmöglichkeiten zum Wohl der Menschen in konkrete Programme und Projekte umgesetzt werden können. Bereits jetzt ist dies wegen der hohen Zinslasten nur noch eingeschränkt der Fall. Bei einer weiteren Zunahme der Verschuldung droht eine finanzielle Handlungsunfähigkeit des Landes. Deshalb müssen wir alles daran setzen, eine finanzwirtschaftliche Trendwende zu erreichen.

In der vergangenen Wahlperiode stand die Haushalts- und Finanzpolitik der Großen Koalition unter der Leitlinie „Sparen und gezielt in die Zukunft investieren“. Diese Politik hat zu einer erheblichen Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur geführt, die die Investitions- und Produktionsbereitschaft insbesondere der kleinen und mittelständischen Unternehmen innerhalb der bremischen Grenzen gefördert hat. Dadurch ist es uns gelungen, die Wettbewerbsfähigkeit Bremens zu verbessern und den Strukturwandel weiter voranzubringen.

Die Sanierungsstrategie der Großen Koalition, die ganz wesentlich auf unsere Regierungsbeteiligung zurückgeht, hat das Land nicht nur als Wirtschaftsstandort gestärkt. Sie war Voraussetzung dafür, dass Bremen sich als Stadt der Wissenschaft, als Luft- und Raumfahrtstandort und Innovationszentrum sowie als Logistikstandort erfolgreich profilieren konnte. Außerdem hat sie die Attraktivität Bremens als Metropole für Kultur-, Einkaufs- und Freizeitaktivitäten weiter erhöht. Vor allem hat sie ganz erheblich dazu beigetragen, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Dasselbe gilt für Bremerhaven, das sich trotz einer deutlich schwierigeren Ausgangssituation – unterstützt durch eine überproportionale Zuweisung von Finanzmitteln aus dem Landeshaushalt – ebenfalls positiv entwickelt hat.

Die aktuellen Wirtschaftskennzahlen zeigen, wie richtig und erfolgreich der Ansatz einer „aktiven Sanierung“ war. Nachdem Bremen in Folge der jahrzehntelangen SPD-Herrschaft in allen wichtigen Politikbereichen den Anschluss an das übrige

Bundesgebiet verloren hatte und in Ländervergleichen stets weit abgeschlagen auf dem letzten Platz stand, ist Dank unserer zahlreichen Initiativen in Senat und Bürgerschaft in den vergangenen Jahren eine beispiellose Aufholjagd gelungen, die die Lebensbedingungen der Bremerinnen und Bremer entscheidend verbessert und wieder an die in anderen Ländern angeglichen hat. Seit unserer Regierungsbeteiligung entwickelt sich die bremische Wirtschaft überdurchschnittlich. Zwischen 1996 und 2005 ist das Bruttoinlandprodukt um 13,0% gestiegen – damit liegen wir im Bundesvergleich auf Platz 2.

Die nächsten vier Jahre sind entscheidend

Auf diese und zahlreiche weitere Erfolge, die wir schon nach relativ kurzer Zeit mit unserer Sanierungsstrategie erzielt haben, können wir alle stolz sein. Trotzdem kommen die entscheidenden Weichenstellungen erst noch auf uns zu. Obwohl Bremen auf seinem Sanierungsweg schon beachtliches erreicht hat, ist das Land noch nicht über den Berg.

Die Rückführung der in den 70iger und 80iger Jahren aufgebauten gewaltigen Staatsschulden wird für viele weitere Jahre unsere wichtigste Aufgabe bleiben. Hinzu kommt, dass eine dauerhafte Sanierung der Landesfinanzen nur gelingen wird, wenn wir Unterstützung von außen erhalten. Ob wir diese Unterstützung bekommen, wird sich in den nächsten beiden Jahren entscheiden, weshalb der kommenden Legislaturperiode für Bremen eine größere Bedeutung zukommt, als jeder anderen seit 1945.

Ausgehend von einer aktuellen Bestandsaufnahme haben wir drei Handlungsbereiche einer langfristig soliden Sanierung identifiziert, die den richtigen Weg skizzieren, um den Schuldenstand zu reduzieren und die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen dauerhaft zu schließen:

- Die Ursachen dafür, dass die Sanierungsanstrengungen noch nicht zu einer nachhaltigen Trendwende bei der Schuldenentwicklung geführt haben, liegen in den Tatsachen begründet, dass die Einnahmen des Landes aufgrund der schlechten Konjunkturentwicklung in den Jahren 1998 bis 2005 sowie aufgrund mehrerer Gesetzesänderungen der Schröder-Regierung, die zu erheblichen Steuersenkungen geführt haben, weit hinter den Prognosen zurückgeblieben sind. Hierfür trägt der Bund die Verantwortung. Entsprechend hat Bremen beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen den Bund eingereicht, um vom Bund Finanzhilfen zu erhalten, die die Steuerausfälle kompensieren und den Bund dazu zwingen sollen, den von ihm zu verantwortenden Teil der Bremer Schulden zu übernehmen.
- Wir werden den Sanierungskurs unter den Prämissen „Sparen und Investieren“ fortsetzen.
- Die eingereichte Verfassungsklage kann nur dann Erfolg haben, wenn wir unsere massiven Eigenbemühungen zur Verbesserung der finanziellen Lage

fortsetzen und dies gegenüber dem Bundesverfassungsgericht auch glaubwürdig dokumentieren. Dazu ist eine solide Finanzpolitik erforderlich, die sowohl eine Haushaltskonsolidierung beinhaltet, als auch auf die Beseitigung der Ursachen der extremen Haushaltsnotlage abzielt. Bei einer entsprechenden Unterstützung durch den Bund können wir es schaffen, im Jahr 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Sobald dies erreicht ist, wollen wir die Landesverfassung so ändern, dass eine Schuldenfinanzierung staatlicher Ausgaben – abgesehen von eng gefassten Ausnahmen – untersagt ist. Neuen Leistungsgesetzen des Bundes werden wir nur zustimmen, wenn diese keine Mehrausgaben für das Land zur Folge haben.

- Die Wirtschaftskraft Bremens wird im bisherigen Finanzsystem nicht angemessen berücksichtigt. Obwohl Bremen ein wirtschaftsstarkes Land ist, ist die Einnahmesituation aufgrund von Verzerrungseffekten durch das Finanzausgleichssystem deutlich schlechter als die von vielen anderen Großstädten. Außerdem beteiligt sich die bundesstaatliche Gemeinschaft bisher kaum an den erheblichen Sonderlasten, die Bremen als Hafenstandort zu tragen hat, obwohl die Häfen in Bremen und Bremerhaven allen deutschen Ländern zugute kommen. Die Verhandlungen über die zweite Stufe der Föderalismusreform sind für Bremen eine einmalige Chance, die Finanzbeziehungen zum Bund und zu den übrigen Ländern dauerhaft neu zu ordnen. Wir können erreichen, dass die in Bremen erbrachten wirtschaftlichen Leistungen – anders als bisher – dem bremischen Landeshaushalt und nicht primär dem niedersächsischen Umland oder den anderen Bundesländern zugute kommen. Diese Chance muss unbedingt genutzt werden, um mit einer klaren Verhandlungsposition, mit einer kompetenten Verhandlungsdelegation und mit möglichst vielen Verbündeten in die Gespräche über die Föderalismusreform II zu gehen. Nur so können wir dort den nötigen Druck für positive Veränderungen zum Wohle Bremens aufbauen.

Sowohl die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht als auch die Verhandlungen über die zweite Stufe der Föderalismusreform haben existenzielle Bedeutung für unser Land. Ohne einen Erfolg der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht wird es Bremen wegen der enormen Höhe der Schulden, die die SPD in den 70'er und 80'er Jahren aufgehäuft hat, nicht gelingen, der Schuldenfalle zu entkommen. Das Zustandekommen der zweiten Stufe der Föderalismusreform ist unabdingbare Voraussetzung dafür, dass Bremen auch zukünftig mit den anderen Ländern Schritt halten kann und die Bremerinnen und Bremer keine schlechtere Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen hinnehmen müssen als die übrigen Bundesbürger. Deshalb ist es nicht übertrieben zu sagen, dass Bremen in der nächsten Wahlperiode vor der größten Herausforderung seiner Nachkriegsgeschichte steht.

Bundesland Bremen – mehr als die Summe seiner Teile

In jüngster Zeit fühlt sich manch einer – oftmals aus dem Süden der Republik – berufen, medienwirksam über Sinn und Unsinn der Selbstständigkeit unseres Bundeslandes zu philosophieren und eine Auflösung zu fordern. Für uns steht die Selbstständigkeit des Landes Bremen nicht zur Debatte. Bremen hat im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern eine große Vergangenheit und kann selbstbewusst in die Zukunft blicken, auch und gerade, weil wir wirtschaftlich stark genug sind, um unsere Aufgaben selbst zu bewältigen.

Bremen und Bremerhaven sind nicht nur zwei Städte in Deutschland, sondern bilden als Zwei-Städte-Staat ein zusammenhängendes Gemeinwesen. Gleichzeitig besteht eine produktive Konkurrenz zwischen Bremen und Bremerhaven, die dazu anspornt, den Strukturwandel zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger aktiv zu gestalten und die hohe Lebensqualität zu sichern.

Erst durch die Verbindung von Bremen und Bremerhaven werden beide Städte zu einem starken Wirtschaftsstandort, der vielen Menschen Arbeit bietet. Das Land Bremen trägt in Deutschland und Europa durch die gemeinsamen Anstrengungen im Bereich der Häfen, der Wissenschaft oder der Luft- und Raumfahrt einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung bei. Was wäre Deutschlands Exportwirtschaft ohne unsere hervorragenden Hafenkapazitäten?

Bremens Selbstständigkeit sichern – Zukunftschancen wahren

Die Jahrhunderte lange Eigenständigkeit Bremens als Stadtstaat ist Teil der Identität der Bremer und Bremerhavener. Dies allein reicht allerdings nicht, um den Landesstatus für die Zukunft zu erhalten. Vielmehr müssen wir den Bund und die anderen Bundesländer mit guten Argumenten davon überzeugen, dass die Selbstständigkeit dem Wohl des Landes und der Menschen in Bremen und Bremerhaven dient und der bundesstaatlichen Gemeinschaft nützt. Wir sind davon überzeugt, dass die Selbstständigkeit Bremens für alle Beteiligten Vorteile bietet.

Für die Bremerinnen und Bremer eröffnet der Status als Bundesland vielfältige Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten, die zum Vorteil der Menschen in Bremen und Bremerhaven eingesetzt werden können:

- Wichtige Entscheidungen in der Gesetzgebung und Verwaltung können wir selbst treffen und damit Weichenstellungen für die Zukunft vornehmen. Genutzt werden diese Entscheidungsmöglichkeiten zum Beispiel zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Über 85.000 von den Häfen abhängige Arbeitsplätze sind nachhaltig gesichert durch Investitionen in die Hafeninfrastruktur. Eine aktive Mittelstandspolitik hilft den kleinen und mittleren Unternehmen und den Familienbetrieben, die die meisten Arbeitsplätze anbieten. Im Technologiepark an der Universität haben sich

mittlerweile 320 Unternehmen mit 6.200 Mitarbeitern angesiedelt. Durch gezielte Innovationsförderungen sind fast 1.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Zudem ist Bremen der Raumfahrtstandort Nr. 1 in Deutschland. Auch in anderen Bereichen hat die Möglichkeit, Entscheidungen vor Ort treffen zu können, große Bedeutung. Wer weiß zum Beispiel, ob es in Bremen Universitäten oder Hochschulen gäbe, wenn die Stadt nur eine unter vielen wäre. Und wer weiß, ob Gelder aus Europa oder vom Bund in Bremen ankämen, wenn sie in Hannover verteilt würden. Oder ob Bremerhaven weiterhin mit 25 Prozent der gesamtbremischen Finanzmittel unterstützt würde, wenn die Seestadt mit anderen strukturschwachen Städten in Niedersachsen konkurrieren müsste.

- Bremens Selbstständigkeit ermöglicht kurze Wege. Bremen lebt von der Nähe zwischen Menschen, Unternehmen, Verwaltung, Politik und Kultur. Der enge Raum führt zu Konzentrationen und Verbindungen. Netzwerke und ein ausgeprägter Bürgersinn bilden einen fruchtbaren Boden für neue Ideen. Wir Bremer kennen unsere Ansprechpartner persönlich und wissen, an wen wir uns wenden können, wenn der Schuh einmal drückt. Parlamentarier und Senatoren sind ansprechbar und erreichbar. Ein solches Klima schafft Vertrauen in sich selbst und in die eigene Leistungsfähigkeit.
- Bremen ist flexibel. Wo andere Länder unzählige Verwaltungsebenen und Hierarchien brauchen, wird in Bremen schlicht und einfach entschieden. Es gibt keine Bezirksregierungen oder Landkreise, die andernorts derzeit umständlich aufgelöst werden. Ohne eine übergeordnete Behörde fragen zu müssen, können wir dank unserer Selbstständigkeit in Bremen handeln, wenn es wirklich darauf ankommt.

Die bundesstaatliche Gemeinschaft profitiert ebenfalls von der Selbstständigkeit Bremens. So kann Bremen seine privilegierte Stellung im föderalen Bundesstaat zum Beispiel dazu nutzen, über den Bundesrat die Interessen von anderen Großstädten in Deutschland in die Gesetzgebung des Bundes und der Europäischen Union einzubringen. Weil der Status als Bundesland keine bloße Formsache ist, sondern elementar für die Zukunft unserer beiden Städte, gilt für uns: Stark und Selbstbewusst. Bremen bleibt selbstständig!

Bremen, den 09. März 2007